

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 2,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 28 Pfg. frei im Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-
 nummer mit illustrierter Sonntags-
 beilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Post-
 abonement: 1,10 Mark pro Monat.
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-
 Preisklasse für 1903 unter Nr. 8203.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Kolonne
 jeite ober deren Raum 40 Pfg., für
 politische und gewerkschaftliche Vereins-
 und Veranlassungs-Anzeigen 20 Pfg.
 „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pfg.
 (nur das erste Wort frei). Inspecat für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 1 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Wittwoch, den 15. April 1903.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Ein Wahl-Wisch der Reaktionsparteien.

Wer die schwierige Situation der uns gegenüberstehenden Parteien, im Wahlkampf etwas Ernstliches gegen die Socialdemokratie zu sagen, würdigt, ist nicht überrascht, daß sie auch vor keinem, selbst nicht dem allerabernsten Wahlmittel zurückschrecken. Alle Tage Umsturzgeschrei und Fälschung des Zollwuchers in „Schutz der nationalen Arbeit“ kann es nicht wohl thun, also müssen auch die alten Kamellen der Ablehnung der socialen Gesetzgebung durch die Socialdemokratie in neuem Aufzuge bereitet und denjenigen vorgelegt werden, von denen die bürgerlichen Parteien annehmen, daß sie durch andauernd an ihnen verübte Verdummungs-attentate befähigt sind, auch das nochmals gläubig zu schlucken.

So abgethan die Sache ist — wir müssen unsere Gegner nehmen wie sie sind und auch diesen Unsum nochmals behandeln. Der Schwanz kam aus der „konservativen Korrespondenz“ und verbreitete sich von dort in zahllose größere und kleinere Zeitungen fast aller bürgerlichen Parteien; was das Dünnsste ist, das ist dieser Presse gerade das Willkommenste.

Der konservativ-nationalliberal-ultramontane Wahl-Wisch lautet: „Angeichts der Reichstagswahlen ist es zur Kennzeichnung der Socialdemokratie als angebliche Arbeiterpartei von Wert, festzustellen, wie sich die socialdemokratische Fraktion unserer social- und wirtschaftspolitischen Gesetzgebung gegenüber verhalten hat. Sie hat gestimmt:

- 1883 gegen die Krankenversicherung,
- 1884 „ „ Unfallversicherung,
- 1889 „ „ Invaliditäts- und Altersversicherung,
- 1890 „ das Gesetz betr. Einführung der Gewerbegerichte,
- 1891 „ „ Arbeiterschutz-Gesetz,
- 1881 „ die erste Vörsensteuer-Vorlage,
- 1893 „ „ zweite Vörsensteuer-Vorlage,
- 1895 „ das Vörsengesetz,
- 1895 „ „ Gesetz zur Bekämpfung des unlaut. Wettbewerbs,
- 1899 „ „ erste Gesetz zur Bekämpfung des Wuchers,
- 1894 „ „ verschärfte Gesetz zur Bekämpfung des Wuchers,
- 1896 „ „ bürgerliche Gesetzbuch.

Wenn die bürgerlichen Parteien diese Gesetze nicht gegen die Socialdemokratie zu stande gebracht hätten, so sähe es um den Arbeiterstand heute traurig aus, und der Mittelstand wäre noch schlimmer daran.

Es wird dann weiter die bekannte Aufzählung der Unfallentschädigungen und Rentenauszahlungen auf Grund der Versicherungs-Gesetze vorgenommen, wobei natürlich alles zur Beurteilung der Sache Entscheidende, unter anderem auch die Höhe der von den Arbeitern selbst gesteuerten Beiträge, unterschlagen wird.

Dieser Wisch ist selbst in das offiziöse Organ des Reichskanzlers, in die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ übernommen worden! Aber auch die offiziöse Parteikorrespondenz des Centrums übermittelte ihn ihrer Presse und zwar mit einigem befondentlich hehrerischen Aufspitz; da wird die Abstimmungsliste also eingeleitet und kommentiert:

„Die socialdemokratische Arbeiterfreundlichkeit wird treffend gekennzeichnet durch eine eben vor den Wahlen wie gerufen kommende Aufstellung, die für die Herren „Genossen“ geradezu vernehmlich ist. Man sehe sich nur die folgende Tabelle an... So leben die „Verdienste“ der Socialdemokraten um die Arbeiter und überhaupt um die produktiven Erwerbsstände aus! Man lege doch diese Tabelle dem unwissendsten Arbeiter vor und frage ihn, wie es heute um ihn und seine Familie bestellt wäre, wenn die bürgerlichen Parteien es ebenso gemacht hätten, wie die Herren „Genossen“. Dann wäre die Arbeiterschutz-Gesetzgebung nicht zu stande gekommen: es gäbe weder Kranken-, noch Unfall-, noch Invaliditäts- und Altersversicherung, noch Gewerbegerichte, noch Schutz des Schwachen gegen wucherische Ausbeutung. Und dann frage man den Arbeiter, ob es ihm gleichgültig wäre, wenn alle die Wohlthaten und Vorteile, die diese Gesetze ihm gebracht haben, nicht vorhanden wären. Um diese Wohlthaten aber haben die Socialdemokraten ihn zu bringen gesucht.“

So sollen wir, nach der Centrumskorrespondenz, geradezu vernichtet werden!

Zunächst sei vorbemerkt die grenzenlose Leichtfertigkeit, mit der die Offiziösen der Reaktionsparteien solche Fragen behandeln. In der Tabelle des konservativ-ultramontanen Wahl-Wisches sind nicht weniger als vier falsche Jahreszahlen! Das Vörsengesetz datiert nicht von 1896, sondern von 1898, ebenso das Gesetz betreffend den unlauteren Wettbewerb nicht von 95, sondern 96, das erste Gesetz gegen den Wucher datiert nicht von 1890, sondern von 1880, das zweite nicht von 1894, sondern 1893. Die elementarsten parlamentarischen Thatsachen kennen diese Vernichter der Socialdemokratie nicht und das gesamte Goldschreiberthum der bürgerlichen Provinzpresse drückt diese Fehler ebenso getrost nach wie alle anderen Ungehörigkeiten des Wisches.

Merkwürdig nun, daß die deutschen Arbeiter alle die von der Socialdemokratie begangenen Todsünden dank der konservativen und sonstigen gegnerischen Bezeichnung nicht schon längst begriffen haben. Wegen doch die meisten dieser angeblichen Vergehen an der Arbeiterklasse und am Mittelstand schon um mehrere Gesetzgebungsperioden zurück, sämtlich aber sind sie schon vor den letzten Wahlen begangen worden. Und trotzdem wandten die also von der Socialdemokratie schmächtig behandelte Arbeiterklasse und der ebenso schmächtig behandelte Mittelstand — um diesen unklaren Begriff des gegnerischen Wisches einmal beizubehalten — in stets steigendem Maße ihre Sympathien und ihre Wählerstimmen der Socialdemokratie zu! Es ist ein tragisches Geschick unserer Gegner, daß sie den Arbeitern und Unbemittelten Wohlthaten über Wohlthaten zuschütten und dadurch nur erreichen, daß die Undankbaren immer zahlreicher von ihnen abfallen. Sie liegen die Dinge in Wahrheit?

Die bürgerlichen Parteien thun ja alles, um die unteren Volksklassen im politischen Unverständnis zu erhalten, doch sie überschätzen den Erfolg ihrer Thätigkeit, wenn sie annehmen, daß sich unter den deutschen Wählern noch viele finden, die sich durch die äußerliche Zusammenstellung einiger Abstimmungen verblüffen lassen. Es gehört nicht viel politische Schulung dazu, um zu erkennen, daß Abstimmungen sehr häufig mehrdeutig sind. Erst jüngst stimmte ein erheblicher Teil der Konservativen und Agrarier gegen den Zollwucher, wie er im Kardorffschen Antrag dem Reichstage zur Beschlußfassung vorlag. Wollte deshalb jemand den ländlichen Schutzvollinteressen erklären: Seht da, die Konservativen lehnen den Schutz Zoll ab und verraten eure Interessen! — wie würden die Zollwucherer — und mit Recht — über schändliche Verleumdung klagen. Natürlich stimmten sie nur deshalb, mit den Socialdemokraten, gegen den Zollwucher, weil das vorliegende Gesetz ihnen des Zollwuchers nicht genug bot.

Wenn aber dieses Beispiel lehrt, daß die Konservativen selbst die parlamentarische Taktik verfolgen, durch Ablehnung eines Gesetzes behnden zu wollen, daß es ihnen nicht weit genug geht, so ist es eine doppelt erbärmliche und nur der niedrigsten Bestimmung erreichbare Lügenhaftigkeit, der Socialdemokratie und ihren in vielen Fällen aus ähnlichen Gründen erfolgten Ablehnungen Vorwürfe zu schmieden.

Was bedeutet die Thatsache, daß die Socialdemokraten gegen die Gesetze betr. die Kranken-, Unfall-, Alters- und Invaliditäts-Versicherung gestimmt haben? Nach der Centrums-Presse haben die Socialdemokraten den Arbeiter „um diese Wohlthaten zu bringen gesucht“. So etwas sagen nur Menschen, deren politisches Gewissen durch gewohnheitsmäßige Verlogenheit gänzlich ausgelöscht ist. Die Verleumder wissen, daß die Socialdemokratie gegen diese Gesetze gestimmt hat, weil „die Wohlthaten“, die sie in der ihnen durch die bürgerlichen Parteien gegebenen Form brachten, gegenüber der Not der Arbeiterklasse völlig unzureichend waren und kaum mehr bedeuten konnten als eine Entlastung des kapitalistischen Armenunterstützungswesens.

1889 beantragte die Socialdemokratie zum Krankenversicherungs-Gesetz die Ausdehnung der Versicherung auf alle Arbeiter, ferner als Mindestleistung „vom Tage der Krankheit an“ und „für die ganze Dauer der Erwerbsunfähigkeit“ Krankengeld in der Höhe des ortsüblichen Tagelohnes, sodann Wöchnerinnen-Unterstützung auf sechs Wochen, Begräbnisgeld etc. Wegen der Ablehnung dieser Forderungen und wegen der so ganz ungenügenden Leistungen des Gesetzes stimmte die Socialdemokratie dagegen. Hätten sich die bürgerlichen Parteien auf den Standpunkt der Socialdemokratie gestellt, so hätten wir in Deutschland seit zwei Jahrzehnten ein gutes Krankenschutz-Gesetz, das wir dank des Widerstandes der bürgerlichen Parteien bis heute nicht besitzen.

So lange es eine Socialdemokratie im Reichstag gab, hatte sie gewirkt für vollen Schadenersatz des Arbeiters im Falle des Unfalles und Vollmar sagte 1884 bei Beratung der Unfallversicherungsvorlage mit Recht: „Allerdings sind wir die Anstifter; denn ohne uns, ohne die hochgehende socialistische Bewegung, wäre es Ihnen nicht eingefallen, sich überhaupt auf das Gebiet der Arbeiterschutzgesetzgebung zu begeben.“ Aber die 1884er Vorlage der Regierung bot keinen wirklichen Unfallschutz, sondern sollte lediglich die durch das Socialistengesetz niedergelassenen Arbeiter etwas beruhigen. Die Socialdemokratie versuchte, das Unfallversicherung-Gesetz zu verbessern. Sie forderte auch hier Ausdehnung auf alle Arbeitenden, Erhöhung der Entschädigung bis zum vollen Arbeitsverdienst, rascheres Feststellungsverfahren, wirksame Arbeitervertretung statt der einseitigen Organisation der Unternehmer-Vereine u. s. w. Die bürgerlichen Parteien lehnten das alles ab und schufen ein Gesetz, das den Arbeitern in den schlimmsten Nothfällen kaum das Notdürftigste bot. Daher die Ablehnung durch die Socialdemokratie.

1889 forderte die Socialdemokratie zum Alters- und Invalidenversicherung-Gesetz insbesondere: Feststellung der Erwerbsunfähigkeit, wenn der Arbeiter nur noch die Hälfte des bisherigen Verdienstes in seinem Verufe zu erringen vermag (Vorlage: nur noch ein Sechstel des dreihundertfachen ortsüblichen Tagelohnes gewöhnlicher Tagelöhner und ein Sechstel des Lohnsahes der letzten 3 Beitragsjahre. Die Novelle von 1899 hat diese Bestimmung wenigstens etwas gemildert und damit anerkannt, daß die Socialdemokratie recht hatte, gegen die Vorlage von 89 zu protestieren); Altersgrenze für Altersrentenbezug auf 60 Jahre statt 70, Wartezeit auf 20 statt 30 Jahre; stärkerer Reichszuschuß, aufzubringen durch direkte Einkommensteuer auf höhere Einkommen etc. Wegen Ablehnung dieser notwendigen Bestimmungen durch die bürgerlichen Arbeiterfeinde lehnte die Socialdemokratie schließlich das Gesetz ab. Hätten die bürgerlichen Parteien sich auf den Standpunkt der Socialdemokratie gestellt, so wären schon seit 1889 nicht nur die Verbesserungen, die dann in der Novelle von 1899 geschaffen wurden — wobei die Socialdemokratie sich zu stimmen und verhielt —, erfüllt, sondern weit mehr gründliche Änderungen zum Nutzen der Arbeiterschaft im Sinne der oben bezeichneten Forderungen erreicht worden.

Die Unstimmigkeit dieser Vorwürfe gegen die Socialdemokratie ertweist sich aber um so toller, wenn man daran denkt, daß gerade diejenigen Parteien, deren Presse jetzt solche Verleumdungen mit eifrigem Behagen wiedergibt, zum Teil selbst gegen das Alters- und Invaliditätsgesetz gestimmt haben. Am 24. Mai 1889 stimmten die große Mehrheit des Centrums und zahlreiche Konservative gegen das Invaliditätsgesetz! Dabei trifft diese Parteien der uns unrechtmäßig gemachte Vorwurf, daß sie abgesehen haben, um den Arbeitern gewisse Verbesserungen vorzunehmen. Das Centrum stimmte gegen das Gesetz, weil ihm der Reichszuschuß und die Ausdehnung der Versicherung auf die Landarbeiter mißfielen.

Das Centrum wollte hauptsächlich die Landarbeiter um die „Wohlthaten“ der Alters- und Invaliditäts-Versicherung bringen, während die Socialdemokraten dieses Gesetz ablehnten, weil es völlig unzureichende „Wohlthaten“ gab.

Wehrlich liegt es hinsichtlich der Arbeiterschutz-Gesetzgebung. Wie verlassen von jeder Möglichkeit, die Socialdemokratie ehrlich und sachlich zu bekämpfen, müssen unsere Gegner sein, daß sie unsere Ablehnung des Gewerbegerichts-Gesetzes und der Gewerbe-Novelle von 1890/91 den deutschen Arbeitern als eine Vernachlässigung ihrer Interessen denunzieren zu können vermeinen. Selbst der unwissendste Centrumsarbeiter, der aus Gefühlen anderer Art vor der Socialdemokratie zurückweicht, weiß nunmehr, daß ohne Socialdemokratie in Deutschland keine Socialreform und insbesondere auch kein Arbeiterschutz bestünde. Die Socialdemokratie hat wiederum gegen das Gewerbegerichts-Gesetz und das sogenannte Arbeiterschutz-Gesetz nur deshalb gestimmt, weil selbst die dringendsten und berechtigtesten Forderungen, die sie zu diesen Gesetzentwürfen erhob, von den bürgerlichen Arbeiterfreunden und den Regierungen schmächtig zurückgewiesen wurden.

Die entsetzliche Heuchelei, welche die „christliche“ Partei der Konservativen in dieser Hinsicht betreibt, zeigt sich besonders noch darin, daß gerade die Konservativen jeder Verbesserung und Ausdehnung des Gewerbegerichts-Gesetzes sich widersetzen und daß sie auch das bürgerliche Arbeiterschutz, das durch unglückliche Bemühungen der Arbeiterklasse ertrotzt ist, wieder rückgängig zu machen gewillt sind. Man denke nur an die vieljährige Hege gegen den geringen Schutz der Bäckerei-Arbeiter, man denke an die Verdächtigungen der Arbeiterbeisitzer in den Gewerbegerichten und an die, wie es scheint, erfolgreichen Bemühungen, die selbst von der Regierung beabsichtigte Einführung von kaufmännischen Schiedsgerichten nach Art der Gewerbegerichte zu hintertreiben.

Das Gewerbegerichts-Gesetz von 1890 entsprach nicht den Anforderungen, welche die Arbeiter stellen durften. Es blieben die Innungs-Schiedsgerichte; es blieben die Arbeiterinnen ausgeklüffelt; desgleichen die Hausindustriellen; desgleichen die Handelsangestellten; die Errichtung dieser Gerichte sollte nur fakultativ sein und wurde abhängig gemacht von den meist arbeiterfeindlichen Gemeindeverwaltungen. Auch hier wurden unsere Verbesserungsanträge abgelehnt. Die Socialdemokratie kämpft seitdem Jahr um Jahr für bessere Ausgestaltung des Gewerbegerichtswesens; endlich erreichten wir 1901, daß wenigstens für Gemeinden mit mehr als 20 000 Einwohnern das Gewerbegericht obligatorisch gemacht wurde.

Was weiter die Arbeiterschutz-Gesetzgebung angeht, so genügt es, auf die weiter untenstehende Uebersicht des socialdemokratischen Wirkens zu verweisen.

„Man lege doch diese Tabelle dem unwissendsten Arbeiter vor“ — um mit der „Centrums-Korrespondenz“ zu reden — und frage ihn, wie es heute um ihn und seine Familie bestellt wäre, wenn die bürgerlichen Parteien es ebenso gemacht hätten wie die Herren „Genossen“. Die „Centrums-Korrespondenz“ sagt: Hätten es die bürgerlichen Parteien ebenso gemacht, dann wäre die Arbeiterschutz-Gesetzgebung nicht zu stande gekommen; es gäbe weder Kranken-, noch Unfall-, noch Invaliditäts- und Altersversicherung, noch Gewerbegerichte...“ Ja, man lege die Tabelle der Abstimmungen dem unwissendsten Arbeiter vor und befreie ihn aus seiner Unwissenheit durch eine Erklärung der Tabelle an der Hand der Thatsachen, durch die Darlegung, wie es geschah, daß die Arbeiterklasse seit Jahrzehnten nach Schutz gegen allzu drückende Ausbeutung ihrer Arbeitskraft, nach Sicherung im Falle der Krankheit, des Unfalles, der Invalidität verlangte und wie schließlich ihr miserable Klagen zugeworfen wurden, so miserabel, daß ehrliche Verfechter der Arbeiterinteressen diesen „Wohlthaten“ ihre Zustimmung nicht erteilen konnten. Und der unwissendste Arbeiter wird aufschreien: Hätten es doch die bürgerlichen Parteien ebenso gemacht wie die Socialdemokraten! Hätten sie doch nur ein wenig von dem Ernst gezeigt, den die Socialdemokratie zur Herbeiführung gründlicher socialer Reformen betätigt hat! Dann könnten wir gute Sicherung im Falle von Krankheit, Unfall und Invalidität, dann könnten wir einen Arbeiterschutz haben, der wirklich die Arbeitskraft gegen das Kapital schützt, der der Arbeiterklasse die Bedingungen der Wiedergesundung und der geistigen Aufrichtung giebt! Leider aber haben es die bürgerlichen Parteien nicht so gemacht wie die Herren „Genossen“, sondern jeder Wunsch der Kapitalistenklasse war ihnen Befehl; so ist die Versicherungs-Gesetzgebung kaum mehr als eine Entlastung der kapitalistischen Armenunterstützung geworden, so ist der Arbeiterschutz in den ärglichsten Anfängen stecken geblieben.

Durch eine Reihe anderer Abstimmungen soll die Socialdemokratie den Mittelstand geschädigt haben. „Der Mittelstand wäre noch schlimmer daran“ als selbst „der Arbeiterstand“, sagt der konservativ-wahl-Wisch, wenn die bürgerlichen Parteien nicht die Vörsenvorlagen etc. zu stande gebracht hätten. Wir aber fragen: Was ist denn für „den Mittelstand“ durch diese Gesetze so Bedeutendes geschaffen worden? Der Erfolg dieser Mittelstands-Gesetzgebung ist jedenfalls der, daß die Statistik den Rückgang und die Verkümmernng des selbständigen Kleinbetriebes erweist und daß der Jahrzehnte hindurch „gerettete“ Mittelstand heute demagogischer denn je seine Klagen erhebt, daß diejenigen, die ihn von Enttäuschung zu Enttäuschung führen, weil alle bisher von den bürgerlichen Parteien angewandten Heilmittel nichts genügt haben, nach neuen Mitteln rufen, nach dem obligatorischen Befähigungsnachweis, nach künstlicher Unterbindung des Großbetriebes, nach Verbot des Genossenschaftswesens, sofern dieses den Arbeitern zu gute kommt, usw.

Was hat die Vörsenbesteuerung dem Mittelstand genützt? Die bürgerlichen Parteien versprechen seit zehn Jahren vielfach den Unbemittelten, daß neue Militär- und Flottenvorlagen nicht mehr auf ihre Kosten bewilligt werden sollen, sondern die Vörsen solle herangezogen werden. Aber es sind minimale Beträge, die aus der Vörsen gezogen werden. Die gewaltige Last des gestiegenen Heeres- und Marinebudgets trägt nach wie vor die Masse des Volkes, der Arbeiter und des Mittelstandes aus den Abgaben von den notwendigsten Verbrauchsgegenständen des täglichen Lebens, vom Brotlohn und Fleisch, von Zucker und Salz usw. Die Vörsenbesteuerung war und ist nichts als ein Schwindel der bürgerlichen Parteien, die den Anschein erwecken wollten, als sollten die weiteren Militär- und Marinevorlagen endlich von den Wohlhabenden bezahlt werden. Die Socialdemokratie aber lehnte diese Steuern ab, nicht nur weil sie bürgerlichen Schwindelmanövern dienen, auch nicht nur weil solche Verlehrscheitern wenig einträglich sind und den Verkehr selbst vermindern — wie die Erfahrung der letzten Jahre durchaus bestätigt hat —, sondern vor allem auch, weil der Zweck, dem diese Steuern dienen sollten, nämlich die Förderung des kulturwidrigen Militarismus, von unsrer Partei nicht gebilligt wurde.

Das Vörsengesetz von 1895/96 bedeutete nicht eine Vörsenreform zur Vereinfachung von Brezerei und Ueberborteuerung, wie sie von der Socialdemokratie gefordert wurde, sondern es bezweckte, durch das von den Agrariern diktierte Verbot des börsenmäßigen Terminhandels in Getreide und Mühlenfabrikaten, die Versorgung der Bevölkerung mit der nötigen Menge von Brottromm zu erschweren und so den Preis des Getreides in die Höhe zu treiben. Das Vörsengesetz war ein Brotwucher-Gesetz nicht für, sondern gegen den Mittelstand.

Das Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb hat dem Mittelstand so wenig genützt, daß am 23. Januar 1903 ein hervorragender „Mittelstandsdirektor“, Dr. Hertel, im Reichstage erklärte, das Gesetz habe „seinen Zweck nicht erfüllt“. Also kann es kaum eine so schwere Verleumdung gegen den Mittelstand sein, dies Gesetz abgelehnt zu haben, wie der Wahl-Wisch unsrer Partei vortreibt. Immerhin hätte unsre Partei diesem Gesetz zugestimmt, wenn es sich auf die billigensterweise Abficht beschränkt hätte, unwahre und irreführende Angaben über Herstellung und Preisverhältnisse der ausgetretenen Waren zu verbieten. Unsrer Partei lehnte es ab, weil die bürgerlichen Parteien das Gesetz zu einem Ausnahme-Strafgesetz gegen die Handelsangestellten gestalteten, indem solche Angestellten wegen Mitteilung von Geschäfts- und Betriebsgeheimnissen an andre Personen nicht nur zivilrechtlich, sondern auch strafrechtlich haftbar gemacht wurden. Es ist nicht die Schuld der Socialdemokratie, wenn die bürgerlichen Parteien selbst sonst annehmbare Gesetze mit unerträglichen Ausnahme-Bestimmungen gegen einzelne Schichten der Arbeiterschaft beladen.

Weiter soll es um den Mittelstand „noch schlimmer daran sein“, wenn andre Parteien gleich der Socialdemokratie die Wucherer-Gesetzgebung abgelehnt hätten. Hier ist die konservativ-kerisale Bekämpfung der Socialdemokratie bei der blanken Lüge angelangt. In Wahrheit hat die socialdemokratische Fraktion dem sogenannten Wucherer-Gesetz ihre Zustimmung erteilt! Allerdings hat sie in der Debatte über das Gesetz keinen Zweifel darüber gelassen, daß sie in ihm keine wesentliche Hilfe für den Mittelstand erkenne, wie die „Netter des Mittelstandes“ andauernd vortäuschen. Wer behält Recht? Es ist offenbar, daß die Jahrzehnte dauernden Gesetzgebungsexperimente zum Schutze des Mittelstandes nicht hindern konnten, daß die selben kapitalistischen Klassen, deren Vertreter diese Gesetzgebung betrieben, den weiteren wirtschaftlichen Niedergang des Mittelstandes gefördert haben. Durch andauernde Vergrößerung der indirekten Steuerlasten, durch Verteuerung der Lebensmittel und industriellen Rohmaterialien, durch Schwächung der Kaufkraft der Arbeiterschaft, durch Förderung des Großkapitalismus auf allen Gebieten haben diese Klassen den Mittelstand ruiniert, dem sie aus politischen Gründen des Wählerfanges Rettung und neue Blüte versprechen.

Die Ablehnung des Bürgerlichen Gesetzbuches endlich ist ähnlich anzufassen wie die Stellungnahme unsrer Partei zur bürgerlichen Schein-Socialpolitik. Die socialdemokratische Reichstags-Fraktion arbeitete aufs eifrigste an der Verbesserung des bürgerlichen Rechts, und wenn sie in der endgültigen Abstimmung ablehnte, so natürlich wiederum nur, weil die meisten auch ihrer bescheidensten Verbesserungsanträge dank dem Widerstande der konservativen, nationalliberalen, ultramontanen Volksfeinde zu Fall gebracht worden waren. Das neue Bürgerliche Gesetzbuch ordnete nicht den Arbeitsvertrag für alle Arbeiter gleich und den wirtschaftlichen Verhältnissen entsprechend; es erhielt die Ausnahmebestimmungen für Bergarbeiter sowie das längst veraltete einzelstaatliche Befindrecht; es erhielt die zivilrechtliche Privilegierung der landesherrlichen Häuser und des hohen Adels; es erhielt die feudalistischen Gesetze über Fideikommiss, Lehen, Rentengüter, Anwartsrecht u. Nicht irgendwie Genügendes brachte das Gesetz hinsichtlich des Rechts der Frauen, die Schadenersatzpflicht der Beamten, des Vereinsrechts usw.

Um den unsozialen und fortschrittswidrigen Charakter des Bürgerlichen Gesetzbuches deutlich zu bekunden, lehnte es die Socialdemokratie ab. Auch hier trifft zu: „Wenn die bürgerlichen Parteien es ebenso gemacht hätten, wie die Herren Genossen“, — dann hätten wir schon seit 1896 ein den Unbemittelten weit günstigeres bürgerliches Recht in Deutschland. Am allerwenigsten haben die konservativen Anlauf, aus unsrer Ablehnung Vorwürfe zu destillieren; die konservativen drohten frech, das Bürgerliche Gesetzbuch abzulehnen, wenn dem kleinen Landwirt Ersatzanspruch für den auf seinem Acker von den junkerlichen Hasen angerichteten Schaden gewährt werde! Das Centrum beugte sich dieser Drohung!

So ist es in all den angeführten Fällen nichts als ein gänzlich verlogener Kniff, dessen Verlogenheit nur noch durch seine Lächerlichkeit und Ausichtslosigkeit übertroffen werden kann, wenn die Centrums-Korrespondenz den Arbeiter vor die Frage stellen will, ob es ihm gleichgültig wäre, wenn alle die Wohlthaten und Vorteile, die diese Gesetze ihm gebracht haben, nicht vorhanden wären. Die Frage ist vielmehr die: „Ist es dem Arbeiter gleichgültig, daß die kapitalistischen Parteien die gründliche Verbesserung der Versicherungs-Gesetzgebung, die Herbeiführung eines seines Namens würdigen Arbeiterschutzes und eines die Interessen der unteren Volksklassen wahrnehmenden zivilen Rechts durch Ablehnung aller socialdemokratischen Forderungen verhindert haben?“

Die Tabelle der socialdemokratischen Abstimmungen sagt dem Arbeiter nicht, um welche Wohlthaten ihn die Socialdemokraten zu bringen suchte. Vielmehr erinnert sie ihn, sobald er befähigt ist, den Dingen ein wenig näher nachzugehen, an tausend Verleumdungen der bürgerlichen Parteien.

Am aber auch „dem unwissendsten Arbeiter“, der etwa sich durch den trägerischen Hauber der bürgerlichen Schwindeltabelle einen Augenblick blenden läßt, die Augen zu öffnen, sei ihnen folgende kleine, wenn auch bei weitem nicht vollständige Tabelle der Arbeiter- und Volksfreundlichkeit der bürgerlichen Mehrheitsparteien aufgerollt.

1867. Erster socialdemokratischer Arbeiterschutz-Gesetzentwurf (Zehnstundentag u.) im norddeutschen Reichstage; wurde infolge der

Interesslosigkeit der bürgerlichen Parteien nicht zur Verhandlung gestellt.

1877. Socialdemokratischer Arbeiterschutz-Gesetzentwurf (Zehnstundentag für Frauen und Jugendliche, Achtstundentag, Verbot der Nachtarbeit und Sonntagsarbeit, Verbot der Arbeit von Kindern unter 14 Jahren, obligatorische Gewerbegerichte, Reichs-Arbeitsinspektoren u.) infolge Interesslosigkeit und Feindseligkeit der bürgerlichen Parteien unerledigt geblieben.

1878. Ausnahme-Gesetz gegen die Socialdemokratie von den bürgerlichen Parteien beschloffen. Zölle und Verbrauchssteuern in Höhe von 235 1/2 Millionen Mark durch die bürgerlichen Parteien beschloffen.

1883. Socialdemokratische Verbesserungsanträge zum Krankenversicherungs-Gesetz von den bürgerlichen Parteien abgelehnt.

1884. Socialdemokratischer Arbeiterschutz-Entwurf (ähnlich den Forderungen von 1877). Infolge der Interesslosigkeit und Feindseligkeit der bürgerlichen Parteien unerledigt geblieben.

1884. Socialdemokratische Verbesserungsanträge zum Unfallversicherungs-Gesetz durch die bürgerlichen Parteien abgelehnt.

1889. Socialdemokratische Verbesserungsanträge zum Alters- und Invalidenversicherungs-Gesetz durch die bürgerlichen Parteien abgelehnt.

1890/91. Socialdemokratische Arbeiterschutz-Entwürfe zur Gewerbe-Novelle. Insbesondere: Zehnstundentag, vom 1. Januar 1894 Neunstundentag, vom 1. Januar 1898 Achtstundentag. Von allen bürgerlichen Parteien zu Fall gebracht.

1891. Socialdemokratischer Antrag: Zehnstündiger Arbeitstag für Frauen — abgelehnt.

1891. Socialdemokratischer Antrag: Schutz der nicht in Fabriken beschäftigten Kinder — abgelehnt.

1891. Das Koalitionsrecht der Arbeiter unter das Ausnahme-Strafgesetz des § 153 der Gewerbe-Ordnung gestellt.

1891. Seelensteuere, Dienstboten, ländliche Arbeiter, Arbeiter in Staatsbetrieben vom Koalitionsrecht ausgeschlossen.

1893. Auswurf-Gesetz gegen die Arbeiterbewegung. Scheitert nur, weil das Centrum noch weiter gehen und auch die liberale Kunst und Wissenschaft mebeln wollte.

1898. Socialdemokratischer Antrag auf Aufhebung der Salzsteuer. Abgelehnt durch Konservative, Centrum, Nationalliberale, Antisemiten.

Kastern der Konservativen gegen den einzigen Schutz der Väderei-Arbeiter.

1897. Geheimer Streik-Erlass des Grafen Kosakowsky an die Unternehmer-Organisationen zur Vorbereitung des Schutzes der Streikbrecher („Arbeitswillige“).

Socialdemokratischer Arbeiterschutz-Entwurf: Achtstundentag für alle Arbeiter im Gewerbe, Industrie, Handels- und Verkehrs-wesen. Von sämtlichen bürgerlichen Parteien abgelehnt.

1898. Socialdemokratischer Antrag auf Einführung einer progressiven Reichs-Einkommensteuer auf Einkommen über 6000 M., aus welcher der Mehrbedarf der Marine über 117 1/2 Millionen Mark pro Jahr gedeckt werden soll. Von den bürgerlichen Parteien abgelehnt.

1899. Zuchtungs-Gesetz zur völligen Vernichtung des Koalitions-rechtes der Arbeiter, insbesondere von Konservativen, teils auch von Nationalliberalen eifrig befürwortet. Nur durch erregte Gegenbewegung der Arbeiterschaft verhindert.

1899. Socialdemokratische Anträge auf Verbesserung und Sicherung des Koalitionsrechtes: Ausdehnung auf Landarbeiter, Seelensteuere, Arbeiter in staatlichen Betrieben, Dienstboten; Sicherstellung gegen die landesgesetzlichen Vereinsgesetze; Strafandrohung gegen Unternehmer, welche Ausübung des Koalitionsrechtes verhindern. Alles von den bürgerlichen Parteien abgelehnt.

1900. Socialdemokratischer Antrag zum Handlungsgehilfenschutz auf Schluß der offenen Verkaufsstellen von abends 8 Uhr bis morgens 6 Uhr abgelehnt.

1900 folgte socialdemokratische Notstandsinterpellation; gesetzliche Verhütung der Arbeitszeit, Arbeitslosen-Unterstützung u. gefordert. Sölliges Verlangen der bürgerlichen Parteien.

1900 folgten socialdemokratische Anträge und Gesetzentwürfe: Zehnstundentag und weitere Stürzung bis auf acht Stunden; Reichs-berufungsamt; Verbesserung der Gewerbegerichte; Gesetz zur Regelung des Wohnungswesens; Schutzbestimmungen für Arbeiterinnen, besonders schwangeren, und Wöchnerinnen; freies Vereins- und Koalitionsrecht; Reichs-Vergesetz. Bis auf geringe Meinigkeiten alles durch die bürgerlichen Mehrheitsparteien verhindert, beziehungsweise nicht zur Beratung zugelassen, da Brotwucher-Gesetze u. die Zeit ausfüllten!

1900. Lex Heinze, welche mit Knippen und Zuhältern Kunst und Wissenschaft in Fesseln schlagen sollte, von Konservativen und Centrum gefordert, durch die Socialdemokratie verhindert.

1900. Socialdemokratischer Antrag: Mehrkosten der Flottenvorlage durch Reichs-Einkommensteuer zu decken. Von den bürgerlichen Parteien abgelehnt.

1902. Zölle und Verbrauchssteuern in Höhe von 819 Millionen Mark durch die bürgerlichen Parteien beschloffen.

Wuchertarif beschloffen, der die Zölle und Verbrauchssteuern auf weit mehr als 1 Milliarde treiben soll. Jede Arbeiterfamilie von 5 Köpfen soll allein vom Brot 45 M. Abgabe jährlich zahlen.

Socialdemokratische Anträge: Aus vermehrtem Postgewinn 100 Millionen zur Förderung des Schulwesens, 49 Millionen zur Vereinfachung der Salzsteuer, Aufhebung der Zuckersteuer. Alles durch bürgerliche Parteien abgelehnt. Desgleichen abgelehnt der socialdemokratische Antrag auf Aufhebung der Getreidezölle in Zeiten der Not.

1903. Socialdemokratische Resolution zum Etat: Zehnstundentag u. (wie Antrag von 1900), Ausgestaltung der Fabrikarbeit (Heranziehung von Ervählten der Arbeiter und Ausdehnung auf Heimarbeit, Landwirtschaft). Von allen bürgerlichen Parteien abgelehnt.

Socialdemokratischer Antrag auf Schutz der Kinder in landwirtschaftlichen Betrieben — abgelehnt.

1903. Von den bürgerlichen Parteien für Militär, Marine, Kolonien, China, Schulzinsen bewilligt: Mehr als 1 Milliarde für 1 Jahr.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 14. April.

Auf der Suche nach einer Wahlparole.

Die Blätter des Zolltariffs stehen in sehr drolliger Weise die Regierung an, endlich eine Wahlparole zu spenden. Sie sind sich offenbar bewußt, daß mit den Parolen des 7 1/2 M.-Zolles, des Antrags Kardorff, der neuen Steuern, Soldaten und Schiffe, der Polenhay usw. keine besonderen Wahlgewinne zu machen sind. Sie wollen, daß die Regierung ihnen eine Wahlparole stifte, die allen häuslichen Hader zwischen den Kartellparteien des Zollwänders aus dem Wege räumt. Und es ist auch kein Zweifel, welche Lösung man von der Regierung hören will.

Die „Kreuz-Zeitung“ beklagt sich lebhaft über die unzeitgemäße „Schweigsamkeit der Regierung“. Schon damals als die Kardorfferei im Schwange war, habe die Regierung sehr unzeitgemäß geschwiegen: „Damals war“, so beteuert die „Kreuz-Zeitung“, „in der über die socialdemokratischen Vergewaltigungsversuche der Reichstagsmehrheit tief empörten (!) Bevölkerung vielfach der Wunsch rege und auch zum öffentlichen Ausdruck gebracht worden, die Regierung möge auch einmal ein Wort im Interesse der Ordnung sprechen und als erster gesetzgebender Faktor zwischen den Reichstags-Anarchismus hinein-fahren. Aber die Regierung schwieg; sie behielt ihre Meinung über die Obstruktion und ihre Ansicht, wie sie zu betätigen sei, für sich, obwohl auch sie an der Erhaltung der Arbeitsfähigkeit des Reichstages stark interessiert ist. Jenes Schweigen der Regierung erleichterte allerdings die einige Wochen später von ihr kundgethane wohlwollende Behandlung der Obstruktion.“

Vor 14 Tagen habe es dann einmal geschienen, als ob die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ in die Wahlbewegung namens

der Regierung eingreifen wolle, dann aber hat das Blatt sich entschuldigt, daß es nur freie redaktionelle Arbeit geleistet habe. Los auf die Socialdemokratie — diese Wahlparole erwartet man von der Regierung; und mißmutig und mißtraulich schreibt die „Kreuz-Zeitung“:

„Wir meinen denn doch, die Parole „Gegen die Socialdemokratie!“ sei eine durch und durch nationale. Wie steht aber die Regierung dazu? Aus ihrem Schweigen schließen socialdemokratenfeindliche Leute, sie würde es nicht ungern sehen, wenn zu Gunsten der radikalen Linken das „Agrarierium“ zurückgedrängt würde. Wäre es da nicht für die Regierung gut, das Schweigen zu brechen?“

Wir glauben, daß hinter diesen Witzgeusen an die Regierung auch der Teil der Regierung steht, der mit den Agrariern verpöht ist. Die berühmte „Einheitsliste“ der Regierung ist nämlich wieder einmal gänzlich aus den Fugen gegangen. Man arbeitet hinter den Coulissen erbittert gegeneinander. Schon bei der Komödie der beiden Wahltermine handelte es sich zweifellos um Intrigen gewisser Regierungskreise gegen den Reichstanzler. In diesem Sinne ist auch die Wohlthätigkeit der „Nordd. Allg. Zeitung“ keineswegs reine Privatleistung. Es ist vornehmlich das preussische Offizientum, das das Blatt scharfnagend beeinflusst. Thatsächlich unterscheidet sich die „Nordd. Allg. Zeitung“ gar nicht mehr von der „Post“ und ähnlichen Kreaturen des gemeinsten und borniertesten Unternehmertums. Sie scheint nicht übel Lust zu haben, eine neue Zuchtansvorlage als Wahlparole auszugeben. Auf diese bestigen Angriffe gegen das Koalitionsrecht haben wir wiederholt hingewiesen. Heute veröffentlicht das Organ die Bestimmungen der holländischen Zwangs-Gesetze an der Spitze des Blattes, rühmt die schnelle parlamentarische Erledigung der Vorlage und spricht die Erwartung aus, daß die „sehr weitgehenden Strafvorschriften“ auch streng gehandhabt werden würden. Diese Regierungschelnacht nach einer neuen Zuchtans-Vorlage verdient beachtet zu werden. Eine „günstige“ Reichstags-Mehrheit für die Scharfnagler, und ein Koalitionsstörungs-Gesetz kommt!

Eine ganz originelle funkelneue Wahlparole hat die „Köln. Zeitung“ entdekt. Sie ruft zu „nationaler Politik!“ auf. Nichts ist begehrender für den geistigen und moralischen Verfall der kartellierten bürgerlichen Parteien als die Flucht zu dieser in seiner Vieldeutigkeit völlig inhaltslos gewordenen Vokabel. Ein Wort, was nicht einmal mehr zum Ansporn einer Bierrede genügt, wird zu feierlicher Wahlparole erhoben.

Für die Socialdemokratie ist diese Suche nach einer zugekräftigen Wahlparole äußerst belustigend. Wir brauchen nicht zu suchen; jede Handlung unsrer Feinde ist eine Wahlparole für uns. —

Gegen das allgemeine Wahlrecht

Spricht sich am Dienstagabend frank und frei die „Kreuz-Zeitung“ aus. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ hatte, indem sie scheinbar die Vorlage zur Sicherung des Wahlgeheimnisses gegen die Konservativen verteidigte, ironisch gemeint, die Konservativen müßten sich auch mit der Maßnahme abfinden, „die nur eine Konsequenz des ja auch von ihnen für unantastbar erachteten bestehenden Wahlrechts ist“.

Gegen diese Meinung, daß das Reichstags-Wahlrecht für sie unantastbar sei, wendet sich das konservative Organ sehr entschieden. Sie erinnert an eine Keuzerung des Ministers v. Puttkamer aus den achtziger Jahren, daß die Regierung erwidere, ob nicht auch im Reichstags-Wahlrecht die öffentliche Stimmenabgabe statt der geheimen einzuführen sei. Die „Kreuz-Zeitung“ fügt hinzu:

„Die Konservativen haben damals gegen eine solche Aenderung des Reichstags-Wahlrechts keinerlei Einspruch erhoben. Wenn konservative Reichstags-Abgeordnete sich mehrfach anders ausgesprochen haben, so haben sie doch niemals gesagt, daß das gegenwärtige Reichstags-Wahlrecht für sie „unantastbar“ sei. Sie haben in der Regel auf Anfragen nur erklärt, daß sie zur Zeit eine Aenderung nicht herbeigeführt sehen wollen.“

Das heißt: die Konservativen werden das Reichstags-Wahlrecht in dem Augenblick antasten, in dem sie sich Erfolg versprechen. Dies Geständnis bringt zwar nichts Neues, ist aber immerhin festzuhalten.

Gegen eine „Verschärfung“ des Wahlgeheimnisses — gemeint ist die Sicherung des Wahlgeheimnisses — wehrt sich die ganz-konservativ-agrarische Presse mit wachsender Festigkeit und gesteigerter Dummheit. Selten hat man so brutal das Recht auf Wahlbeeinflussung proklamiert wie in diesen Preehauerungen. Die „Deutsche Tageszeitung“ droht selbst mit — Obstruktion. Sie verlangt gründliche Verbesserungen und Kommissionsberatung, nachdem in höchst zweideutiger Weise wieder das Regierungsorgan, die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, mit Verbesserungsanregungen vorangegangen war.

Obstruktion gegen ein Gesetz, das bestimmt ist, die „sittliche, ethische Pflicht“ der Geheimhaltung der Wahl zu erfüllen — etwas Angenehmeres könnte der Socialdemokratie wahrlich nicht geschehen. Wir sind sehr zweifelhaft, ob uns das „Mofettgesetz“ mehr Vorteile bringen kann als die agitatorische Wirkung des Zu-Falle-Bringens einer solchen Vorlage. —

Deutsches Reich.

Ein Nachtrags-Etat. Eine Korrespondenz meldet, daß dem Reichstage noch ein Nachtrags-Etat zugehen werde. In demselben soll die von der Budgetkommission und vom Plenum abgelehnte Forderung für den Neubau des Reichs-Marine-Amtes in veränderter Form unter Ermäßigung des Kostenanschlages wieder aufgenommen werden, nachdem die Besitzer der in Frage kommenden Grundstücke von der Vorkaufstrafe ihre Angebote ermiedrigt haben. Von dem Venezuela-Nachtrags-Etat hört man noch nichts. Die Summen sind wohl so peinlich hoch, daß man die Sache lieber hinter die Wahlen verschiebt. —

Besinnungszwang.

Auf den fiskalischen Gruben des Saargebietes ist folgender Achtungsbefehl angeschlagen:

Bekanntmachung. Wir bringen der Belegschaft hierdurch zur strengsten Beachtung zur Kenntnis, daß diejenigen auf den fiskalischen Gruben des Saargebietes beschäftigten Bergleute, welche einem socialdemokratischen Verein angehören oder beitreten oder socialdemokratische Versammlungen besuchen, im Wege der Kündigung aus der Grubenarbeit entlassen werden.

Friedrichsthal, den 7. April 1903.

Hgl. Verginsspektion. (Stempel.)

Die Bekanntmachung ist zwar ein erfreulicher Beweis dafür, daß wir auch in diesen Hochburgen des Centrums Fuß zu fassen beginnen und sie wird uns bei der Reichstagswahl manche Stimme zuführen, aber dennoch müssen wir sie als einen derwerflichen Besinnungszwang bezeichnen, zu dem der preussische Fiskus als Unternehmer so wenig ein Recht hat wie ein anderer Unternehmer. Es ist eine unsittliche Handlung, einem Arbeiter bei Strafe des Hungers die Verhüttung seiner politischen Ueberzeugung zu verweigern und der preussische Fiskus stellt sich damit auf eine Stufe mit den brutalsten Schlot-junkern, denen der Arbeiter nichts als ein Ausbeutungsobjekt ist.

Erster Verhandlungstag.

Eröffnungssitzung, Vormittags 11 1/2 Uhr.

Der Kongress tagt im geräumigen Saal des Alcazar-Theaters, der mit roten Tuch und roten Fahnen dekoriert ist. Die organisatorischen Vorbereitungen sind diesmal sehr gut. Man merkt, daß die Gruppen von Bordeaux, die den Kongress organisiert haben, durch die guesdistische Schule gegangen sind. Sonst freilich gehören sie seit ihrem Austritt aus der guesdistischen Föderation des Gironde-Departements, die als solche fortbesteht, zu den extremen opportunistischen Elementen der P. S. F. (Parti Socialiste Française, Französische Sozialistische Partei).

Ordy, Sekretär der Interföderalen Komitees, eröffnet den Kongress und bittet um Aufstellung von Kandidaten für das Bureau. Gleich die Bureauwahl gestalten sich zu einer Strafpöbe zwischen den Freunden und den Gegnern Millerands. Die erlienen schlagen vor, als Vorsitzenden den Bürgermeister-Adjunkt der Kongress-Stadt, Camelle, die letzteren rufen laut und energisch den Namen Cipriani aus. Nach einer zweifelhaften Abstimmung kommt es zu einer Auszählung, die die Wahl des Oppositions-Kandidaten, Cipriani, mit 47 gegen 39 Stimmen ergibt. Das Ergebnis wird von der Opposition mit Weisfall begrüßt. Zu Weisfallen werden gewählt: Camelle-Bordeaux und Calvignac, Bürgermeister von Carmaux. Schriftführer ist Frau Bonneviale.

Ordy verliest verschiedene Begrüßungsschreiben. Bericht der Mandatsprüfungs-Kommission. Es sind 214 Mandate ausgestellt worden gegenüber 174 auf dem vorjährigen Tours-Kongress. Nur ein einziges Mandat wird beanstandet und vom Kongress für ungültig erklärt. Auf Antrag der Kommission werden ferner der Kammerfraktion, die als eine besondere Föderation gilt, 2 Mandate, d. h. mitemtscheidende Stimmen, zuerkannt. Alle andern Deputierten, sofern sie keine Mandate besitzen, haben beratende Stimmen.

Rosciusko beantragt namens der Seine-Föderation die Sendung von Begrüßungs-Depeschen an den belgischen Parteitag und an die holländische Socialdemokratie anlässlich des Generalstreiks, sowie eines Protestes an das italienische Centralorgan „Avanti“ gegen die Verhaftung des russischen Socialisten Soy auf Verreiben des russischen Despotismus. Jaurès beantragt einen Gruß an den deutschen Parteivorstand. Gerault-Richard spricht dagegen, weil im Gegensatz zu den zuerst beantragten Grüßen hier kein besonderer Anlaß vorliegt. Jaurès weist auf den deutschen Wahlkampf hin. Rosciusko hat nichts gegen den Jaurèschen Antrag einzuwenden, aber die andern Parteien hätten doch an den Tours-Kongress zu deponieren, nicht dieser an jene, sofern kein besonderer Anlaß vorliege. Hierauf werden alle beantragten Begrüßungs-Depeschen votiert.

Schluß der Sitzung 12 1/2 Uhr.

Nachmittags-Sitzung, 2 1/2 Uhr.

Ordy, Parteisekretär: Das Interföderale Komitee hat die eingelaufenen 41 Anträge veröffentlicht. Es macht dem Kongress keine Vorschläge über die Reihenfolge der Tagesordnung. Der Kongress mag selbst diese Frage entscheiden. Es entspinnt sich eine längere lebhafteste Debatte über die Priorität der Verhandlung des Falles Millerand, was von der Opposition durch Zwischenrufe verlangt wird. Die Rechte ruft: „Recht zuerst!“ Renaudel: Millerand sei mit der Ausschließung droht, er könne deshalb nicht an den sonstigen Debatten und Beschlüssen des Kongresses teilnehmen. Zuerst müsse die Ausschließungsfrage behandelt werden. (Protestrufe rechts.) Redner mahnt besonders seine engeren Gefinnungsgenossen zur Ruhe, die desto nötiger sei, je wichtiger die zur Debatte stehende Frage. (Allgemeiner Weisfall.)

Madriane verlangt, zuerst die mit dem Falle Millerand zusammenhängenden Punkte 8 und 9 zu behandeln (d. h. die Fragen, ob ein Deputierter gegen die Abschaffung des Ausfallbudgets stimmen und ob er den Soldaten den Zutritt zu den Arbeitsbörsen verweigern darf). Man müsse mit den Prinzipien, nicht mit den Personenfragen beginnen. Jaurès stimmt mit Renaudel überein, über die Notwendigkeit, zuerst die Frage zu diskutieren, die den Kongress am meisten trenne. Aber im Gegensatz zu Renaudel denke er, daß Millerand bis auf weiteres das gleiche Recht habe wie alle andern Delegierten am Kongress teilzunehmen. (Lebhafter Weisfall rechts.) Prinzipien- und Personenfragen können in diesem Fall nicht auseinandergehalten werden, da die Prinzipienfrage gerade durch Millerands Abstimmungen auf die Tagesordnung gesetzt worden sei. Er schlägt also vor, zuerst den Bericht der Kammerfraktion und darauf den Fall Millerand zu behandeln.

Ladevèze beantragt namens der Gironde-Föderation eine vorauszugreifende Motion, die auf dem letzten Kongress der Föderation votiert wurde und die „vor allem von sämtlichen Delegierten die Verpflichtung fordert, sich den Kongressbeschlüssen zu fügen, sonst würden sich die Betreffenden selbst aus der Partei ausschließen“.

Lenormand-Jonne: In Tours wurde beschlossen, daß die Kammerfraktion ihren Bericht einen Monat vor dem Kongress den Föderationen zuzustellen habe. Dieser Beschluß ist verletzt, wir haben den Bericht bis heute noch nicht gesehen. Daher will er der Beratung des Berichts überhaupt die Vorfrage entgegenstellen. Zuerst müssen wir uns versichern, ob Millerand das Recht hat, unsren weiteren Beratungen beizuwohnen.

Drei weitere Delegierte der Opposition sprechen ebenfalls für die sofortige Beratung des Falles Millerand.

Renaudel erinnert gegenüber Jaurès, daß auf den früheren Kongressen niemals irgend ein Bericht am Anfang der Tagung debattiert worden sei. Niemand hegt persönliche Feindschaft gegen Millerand, wir wollen lediglich eine taktische Frage entscheiden, die eben durch Millerands Auftreten entstanden ist.

Heppenheimer-Paris: Keine Zweideutigkeiten! Niemand will der Behandlung des Falles Millerand ausweichen. Aber die Logik verlangt, daß zuerst der Kammerbericht neben dem Bericht der Seine-Föderation, die den Fall eingehend behandelt hat, diskutiert werde. Redner mahnt zur Ruhe und zur Objektivität. Sonst hätten wir kein Recht, gegen die Ausnahmegerichte zu protestieren. (Lebhafter Weisfall rechts.)

Jaurès: Keine sachliche Meinungsdivergenz liegt vor. Wozu streiten über eine Geschäftsordnungsfrage? Er beantragt, zuerst den Kammerfraktions-Bericht zu verlesen und dann sofort ohne vorherige Generaldebatte den Fall Millerand zu behandeln.

Renaudel stimmt diesem Antrag bei.

Ladevèze verlangt zuerst die Abstimmung über die Gironde-Motion: Mag Millerand zunächst erklären, ob er sich verpflichte, die Kongressbeschlüsse zu befolgen.

Biviani: Diese Motion ist nutzlos und beleidigend. Warum Millerand von vornherein in eine nachteilige Stellung bringen? Ist er ein Angeklagter, so muß er bis auf weiteres für unschuldig gehalten werden. Und dann können denn alle hier sich verpflichten, den Kongressbeschlüssen sich zu fügen? Gibt es denn hier nicht solche, die eventuell an eine Spaltung denken? Wollt Ihr alle jene Verpflichtung übernehmen? (Rufe: Ja! Nein!) Ich höre auch Rufe: „Nein!“ Also taugt die Motion nichts.

Ladevèze: Biviani hat sich über die Bedeutung unserer Motion getäuscht. Sie bezweckt einen verständlichen Ausgang und soll für alle gelten.

Schließlich wird die Motion von der Gironde-Föderation zurückgezogen.

Hierauf erfolgte die einstimmige Annahme des Antrags Jaurès. Der gedruckte Bericht der Kammerfraktion wird nun verteilt.

Der Bericht der Kammerfraktion

wird an Stelle des Abg. Debèze, des Verfassers, vom Abgeordneten Rouanet verlesen: Die Fraktion zählt 31 Mitglieder gegenüber 30 in der früheren Kammer. Im Beginn der Legislatur war sie 33 Mann stark. Seitdem ist der Abg. Calvignac gestorben und Abg. Meslier ist ausgetreten („wegen besonderer Ursachen“, meint der Bericht, will sagen; auf Verlangen der Organisation seines

„Der Anschlag der Regierung auf die Arbeiterorganisationen, auf das Ausstandsrecht der Arbeiter im allgemeinen und auf das der Verkehrsarbeiter im besonderen ist vorläufig geglückt. . . Kameraden! Es ist eine Forderung guter Kriegsmannskunst, sich zurückzuziehen, wenn es die Lage erfordert. Das müssen wir jetzt.“

Ihr habt diesen gewaltigen Kampf mit heiligem Ernst geführt. Bewahrt diese Haltung auch jetzt. . . Und dann, in diesem für die niederländische Arbeiterbewegung so erstem Augenblick, haben wir nur ein Wort zu sagen: Arbeiter, schäut Eure Organisation! Dort ist Eure Hoffnung! Dort ist Eure Zukunft! Es ist doch wahr, das stolze Wort: Uns wird die Welt gehören, trotz allem!

Im Volkshaus waren 5-6000 Arbeiter versammelt. Man war erregt. Die Führer der verschiedenen Gewerkschaften wollten sich dem Aufhebungsbeschlusse nicht fügen. van Erkel (Schriftführer des Nationalen Arbeiterssekretariats und Komiteemitglied) teilt mit, daß das Abwehrkomitee einstimmig, aber aus verschiedenen Gründen, beschlossen habe, den Ausstand aufzuheben. An erster Stelle auf Grund von Verichten aus verschiedenen Plätzen, daß die Eisenbahner mutlos wären. Ohne Wissen des Abwehrkomitees habe der Centralvorstand des Niederländischen Vereins der Eisenbahner Unterhandlungen mit den Direktionen angestellt.

Wessels, Schriftführer der Hafenarbeiter und Komitee-Mitglied, wies darauf hin, daß das Zwangs-Gesetz von der ersten Kammer angenommen und sofort in Kraft gesetzt werden würde. Dann könnten die Vorstandsmitglieder der Eisenbahner mit 4 Jahren Gefängnis bestraft werden. Auch die örtlichen Abwehr-Komitees könnten morgen, ohne sich dessen bewußt zu werden, etwas Strafbares begehen, das sie ins Gefängnis bringe.

Wliegen (Schriftführer des Abwehr-Komitees): Man mache hier einander Vorwürfe; einzelne aber hätten nicht die Schuld, der Streit sei gemeinschaftlich bekommen, müsse gemeinschaftlich beendet werden. Man müsse nun die Arbeit wieder aufnehmen.

Es entstand große Unruhe in der Versammlung, die größtenteils für Fortsetzung des Streiks zu sein schien. Wliegen verzichtet aufs Wort.

van Emmenes (Anarchist, Erdarbeiter) spricht von socialdemokratischem Verrat und meint, wenn der Eisenbahnerstreik 14 Tage gedauert hätte, wäre alles auf den Eisenbahnlunien in vollständige Unordnung geraten.

Dann spricht Boetje von den Metallarbeitern für Fortsetzung des Streiks und Parteigenossin Frau Roland-Golst mahnt die Arbeiter dem Beschluß des Central-Komitees, das sie ja selbst gemacht hätten, Folge zu leisten. Zum Schluß spricht noch D o m e l a R i e u t e n h u i s, der zufällig da war und nicht die Absicht hatte hier zu sprechen, wie er sagte. Er teilte mit, daß die Centralvorstände aller Gewerkschaften zusammenberufen wären und daß diese sich aussprechen würden, welches nun die weitere Haltung sein müsse.

Ein Beschluß wurde in dieser Versammlung nicht gefaßt. Inzwischen ist dann einmütig dem Beschlusse des Komitees Folge geleistet worden.

Frankreich.

Paris, 14. April. Kriegsminister André hat die Untersuchung in der Drehfus-Angelegenheit eröffnet. Der Minister soll auch eine umfassende Säuberung in der Armee beabsichtigen. Die Franziskaner haben gestern Paris verlassen und sich nach Holland begeben. Der Obere erklärte, daß er die Rechte seiner Kongregation vor den Gerichten geltend machen werde. —

Brest, 13. April. Heute abend fanden hier anlässlich eines hier tagenden Katholikentages antikirchliche Kundgebungen statt. Die Menge durchzog die Straßen unter Schmährufen auf die Geistlichkeit und Abhängen der Carmagnole. Die Ansammlungen wurden von der Polizei mehrmals auseinandergetrieben. Dabei kam es zu Zusammenstößen, bei denen ein höherer Polizeibeamter, sowie eine Anzahl Polizisten durch Schläge getroffen wurden. —

Spanien.

Republikanische Demonstrationen. Am Sonntag wurde in Madrid eine Versammlung von Republikanern abgehalten, die von 15000 Personen besucht war. In derselben wurde mitgeteilt, daß auch in den Provinzen an zahlreichen Orten Zusammenkünfte unter Beteiligung von mehr als 300000 Republikanern stattgefunden hätten. Es wurden sehr erregte Reden gehalten, die von Hochrufen auf die Republik begleitet waren. — In der Versammlung in Barcelona hatten sich 20000 Personen eingefunden. Es wurde der Beschluß gefaßt, alle Republikaner zu einer Partei unter alleiniger Führung von Salmeron zu vereinigen. —

Afrika.

Sieg der Aufständischen in Marokko. Eine amtliche Depesche aus Melilla meldet: Die Aufständischen ließen gestern gegen das Fort Frajana eine Mine springen und stürzten dann durch die offene Weisde. Die Befestigung leistete eine Zeit lang Widerstand, wich dann aber zurück und flüchtete sich auf spanisches Gebiet. Die Aufständischen verfolgten die Flüchtigen bis an die Grenze dieses Gebiets. Der Pascha, seine Frauen und eine Anzahl verwundeter Afrikaner befinden sich unter dem Schutze der Spanier.

Privatmeldungen besagen: Als das Fort in die Luft ging, kamen 40 Mann ums Leben, darunter ein Offizier. Mit dem Pascha, der am Schenkel verwundet ist, sind noch 23 Verwundete nach Melilla geflüchtet. —

Der Kongress von Bordeaux.

Am Ostermontag ist in Bordeaux der Kongress der Französischen Sozialistischen Partei zusammengetreten. Er wird parteiamtlich als der „fünfte“ Kongress dieser Partei bezeichnet, indem vom ersten allgemeinen „Einigungskongress“ in Paris 1899 gerechnet wird. Er ist der zweite Kongress der sogenannten Jaurèsistischen Richtung, die sich vor einem Jahre in Tours zu einer besonderen Partei konstituiert hatte.

Die beherrschende Frage des Kongresses wird wiederum die Millerand-Angelegenheit sein. 25 Föderationen der Partei haben den Ausschlußantrag gegen Millerand gestellt; bei einer Gesamtzahl von 38 Föderationen, welche die Partei umfaßt, ist das eine große Mehrheit. Millerands Freunde werden sich jedoch die größte Mühe geben, die Delegierten unzustimmen.

Am Vorabend des Kongresses fand in der großen Eirkushalle zu Bordeaux eine von 3000 Personen besuchte Versammlung statt, in der Jaurès, Gerault-Richard und Pressensé sprachen. Unser Korrespondent berichtet uns hierüber:

Jaurès begann mit dem Hinweis auf das sozialistische Werk der geistigen, sittlichen und moralischen Emancipation, um dann zur Wiederaufnahme der Drehfus-Affaire überzugehen, der der Hauptinhalt seiner Rede galt. Gerault-Richard besprach den Niedergang des Nationalismus, dessen gewaltthätiger Taktik er die auf der Vernunft und der Diskussion beruhende sozialistische Aktion gegenüberstellte. Pressensé sprach eingehend über die innere und äußere Politik seiner Partei; einerseits rechtsfertigte er die bürgerlich-sozialistische Kartellpolitik „selbst in gewöhnlichen Zeiten“, andererseits wies er auf die Gefahren der Taktik hin und erwartete vom Bordeaux-Kongress eine feste Richtschnur für die Kammerfraktion. Die Partei habe tagtäglich für Reformen zu wirken, aber die Revolution bleibe deswegen nicht ausgeschlossen. Keine Partei habe in der Gefährdung auf die Revolution verzichtet. Nachdem wir alle möglichen Reformen erlangt haben werden, würde doch die sociale Revolution, eine radikale Änderung der Gesellschaft als Schlußresultat notwendig sein. Der Charakter dieser Revolution aber, ob sie gewaltthätig sein werde oder nicht — das hänge von den Gegnern ab. Nachfolgend der Kongressbericht.

Die letzte Partei-Liturgie, die an Beiträgen über 100 M. etwa 84 000 M. brachte, erregt den Reiz der bürgerlichen Presse. Man spornet den Eifer der eignen Partei an, es an Opferwilligkeit mit dem Proletariat aufzunehmen — ein regelmäßig wiederkehrender Appell, der auch diesmal in die leere Luft vergebens gerammt ist. Nur aufsteigende Klassen, nur Kämpfer für große, ideale Ziele wissen zu opfern — den gemeinen Interessen der herrschenden Klassen entspricht die Niedrigkeit der Gesinnung.

Die „Märkische Volks-Zeitung“, das Centrumsorgan, empfindet eine besonders lebhafteste Reugier nach den Spenden der großen Beiträge, der 30 000 und 10 000 M. Ueber die Herkunft löhne „man nur Vermutungen hegen, die sich auch auf die der Socialdemokratie nicht allzu fern liegende Börse erstrecken dürfen“.

Wahrhaftig, das katholische Blatt scheint einer Offenbarung teilhaftig geworden zu sein. Wenn es aber solche seltsamen Leute von der „Börse“ kennt, die bereit sind, die Partei zu unterstützen, die den Kapitalismus entwurzeln will, dann bitten wir dringend um ihre Adresse; wir werden kein Augenblick zögern, die „lumpigsten“ 10 000 Mark — unter dem fängst doch ein „Märkischer Volkszeitungs“-Vorsitzer gar nicht an — dankbar entgegenzunehmen. —

Karren-Disputation. In einer Nidborfer Versammlung hatte der Kaplan Dasbach 2000 Gulden demjenigen versprochen, der nachweise, daß in jesuitischen Schriften sich der Satz befände: „Der Zweck heiligt das Mittel“.

Der Exjesuit Graf Hoendbroech zieht daraufhin mit einem offenen Brief vom Leder, und macht sich anheischig, den Preis zu verdienen. Drei katholische und drei protestantische Universitäts-Professoren sollen das Schiedsamt übernehmen und bei Stimmengleichheit soll ein jüdischer Professor den Ausschlag geben.

Die „Germania“ fällt zornig über den Abtrünnigen her und beschäftigt sich — charakteristisch für liberale Polemik — vorwiegend mit dem Umstand, daß der Exjesuit eine reiche Frau geheiratet habe, und sie ergeht sich in weiteren dunklen Andeutungen hinsichtlich seiner Privatverhältnisse.

Der ganze Streit ist höchst albern. Es ist ganz gleichgültig, ob ein Jesuit einmal den Satz geschrieben hat oder nicht, da ja feststeht, daß die ganze Centrumpolitik wie auch die der andern herrschenden Parteien — man denke nur an den Zollkampf — nur eine einzige umfassende Anwendung einer solchen Regel ist. —

Ein Schauspiel für Chinesen.

Aus Peking wird vom 13. April telegraphisch gemeldet: Eine Wirtschaftstreitigkeit zwischen etwa 50 deutschen und ebensoviel österreichischen Soldaten artete auf der Straße zu einer Schlägerei aus. Die Streitenden gingen mit Knütteln, Messern und andren Waffen gegen einander los. Eine Menge von Chinesen sah den Streite zu. Eine deutsche Compagnie mit aufgespanntem Seitengewehr und eine österreichische Patrouille trennten die Kämpfenden und säuberten die Straße. Mehrere der Kämpfenden mußten in das Hospital gebracht werden. Die beiden Kontingente twerden mehrere Wochen Kasernenarrest haben. —

Wahlvorbereitungen.

Die Konservativen im zweiten Berliner Wahlkreise verbreiten ein Wahlflugblatt, worin sie sich an die Arbeiter wenden und sie vor der Socialdemokratie warnen, weil diese — alle Armees- und Marineforderungen ablehnen. Das wird den Konservativen gerade so viel Arbeiterstimmen zuführen wie die Erklärung, daß Brot und Fleisch teurer werden müssen, damit die Agrarier ihre Arbeiter bezahlen können. Das Flugblatt bietet das Eingeständnis, daß die jetzige Zollpolitik auf Verteuerung von Fleisch und Brot gerichtet ist.

Eine ungläubliche Unberstörenheit muß man es nennen, daß in diesem konservativen Flugblatte den Arbeitern „Anerkennung ihrer politischen Rechte, Schutz und Entwicklung ihrer Organisationen und des Koalitionsrechts“ versprochen wird.

Noch sind die Reden des Eisenbahnministers und der Konservativen im preußischen Landtage kaum verhallt, durch die den Eisenbahn-Arbeitern jeder Anspruch auf das Koalitionsrecht brutal verjagt wird; kaum ist die Heidenhat des Norddeutschen Lohd geschrien, durch welche die Arbeiter zum Austritt aus ihrer Gewerkschaftsorganisation gezwungen wurden; das alles geschah und geschieht unter dem Weisfall sämtlicher Organe der Konservativen und aller verwandten Parteien und der Regierungsbücher; Tag für Tag feiert die widerliche Hege gegen das Koalitionsrecht der Arbeiter in der konservativen Presse wilde Orgien; und in demselben Augenblick verspricht ein konservatives Flugblatt den Arbeitern Schutz und Entwicklung des Koalitionsrechtes! Die Konservativen, die dem Justizhausgesetze zuzubeden, die den Landarbeitern das Koalitionsrecht hartnäckig vorenthalten, bringen es fertig, sich als Schützer des Koalitionsrechtes aufzuspielen! Diese Leute müssen die Arbeiter wirklich für ungläublich dumm halten, daß sie ihnen solchen Gohn zu bieten wagen.

Daß die Konservativen es für nötig halten, jetzt, wo sie um die Stimmen der Arbeiter buhlen, diesen Anerkennung ihrer politischen Rechte, Schutz und Entwicklung des Koalitionsrechtes zu versprechen, das beweist, daß sie sehr wohl wissen, wie notwendig politische Rechte und Koalitionsrecht für die Arbeiter sind. In der Praxis giebt es keinen ärgeren Feind dieser Arbeiterrechte wie die Konservativen; sie nehmen also mit Bewußtsein den Arbeitern das Wichtigste, das ihnen jetzt als Wahlhölzer gut ist. —

Wahlarbeit. Die Delegierten des Gauß XX (Süddeutschland) des Arbeiter-Nachfahrerbundes Solidarität, die am ersten Oftertag in München einen Gantag abhielten, beschloßen: Der zweite Gantag des Arbeiter-Nachfahrerbundes erklärt es als heiligste Pflicht und Aufgabe der Arbeiter-Nachfahrer, daß sie mit allen Kräften bei den Reichstagswahlen die socialdemokratische Wahlagitator durch Verteilung der Presse, Flugblätter und Stimmzettel sowie am Wahltage selbst durch mögliche Besetzung der einzelnen Wahllokale unterstützen.

Dänische Wahlkandidaten. Die Dänen haben nun auch ihre Kandidaten aufgestellt. In Hadersleben-Sonderburg laudibiert der jetzige Vertreter Medaeter Jensen, im II. Wahlkreis ist der Tabakfabrikant Andresen, im IV. Hofbesitzer Knudsen aufgestellt.

Ausland.

Nach dem Sturm.

Nach der anfänglichen Bewirrung ist rasch wieder die einheitliche Geschlossenheit im holländischen Proletariat zurückgekehrt. Das Schutzkomitee hat sich aufgelöst. Man hat auch — nach bestigen Auseinandersetzungen — das Vorgehen des Ausschusses als berechtigt anerkannt.

Wie wir einer Darstellung unseres Amsterdamer Korrespondenten entnehmen, wurde zunächst die Meldung von der Aufhebung des Generalstreiks vielfach für ein Unternehmertum gehalten. Erst langsam begriff man, daß das niederländische Proletariat in dem ungleichen Kampfe gegen die Hebermacht der Reaktion unterliege: Die ökonomische Waffe des Generalstreiks gegen Vajonette und Polizei und Justiz, gegen „griffliche“ Zwangsrecht und „drifische“ Streikbrecher! Mit den Christen hatten sich auch verschoren die Liberalen, die einmütig mit der reaktionären Reaktion gegen die wenigen socialdemokratischen und freisinnig-demokratischen Stimmen die Anhebung der Arbeiter beschlossen hatten. Jetzt war man entmutigt, verbittert, — dem Abwehrkomitee gab man die Schuld. Man beachte nicht, welche gewichtige Gründe für diesen Beschluß sprachen. Manche Faust ballte sich und manche Thranen schimmerte in den Augen der plötzlich verdüsterten Gesichter, die eben noch so mutig glänzten. Aber die Besonnenheit siegte über die sich aufbläuhende Leidenschaft.

In dem Manifest des Abwehrkomitees, das die Aufhebung des Streiks verurteilt, heißt es:

Wahlkreises). Die Abgeordneten und Cabenet (Marzelle), die der früheren Fraktion angehören, sind der neuen nicht wieder beigetreten. Rouquet fügt mündlich hinzu, daß seit der jüngsten Wahl Gabriel Desvilles die Fraktion 32 Mitglieder zählt.

Parlamentarische Aktion. Die Fraktion hat nach Möglichkeit diese Aktion befolgt. Die Forderung der Geschäftsordnung der Kammer, wodurch die Erhöhung der Budget-Ausgaben überhaupt erschwert und diejenige des Lohnes der Staatsarbeiter und Angestellten auf dem Wege von Initiativanträgen ganz unmöglich gemacht wurde, hat uns verhindert, ebenso häufig wie früher durch parlamentarische Anträge zu Gunsten des Proletariats im allgemeinen und der vom Staate Beschäftigten im einzelnen einzutreten. Dafür haben wir uns noch nie so oft für die letzteren verwendet, wie im ersten Jahre dieser Legislatur. Noch nie haben wir so zahlreiche Abordnungen von Arbeitern empfangen. Anstatt der Initiativanträge wendeten wir uns an die Regierung, um sie zu entsprechenden Budgetreformen zu drängen. Dabei haben wir bei der Regierung oft ein sympathisches Entgegenkommen gefunden und zuweilen selbst noch etwas mehr. Beweis: die Millionen für die Vergarbeiter-Pensionen. Freilich haben wir nicht alles Geforderte erlangt, aber wir wissen ja, daß der Arbeiter in der Bourgeoisgesellschaft nicht alle seine Rechte durchsetzen kann...

Auch an der Agitation haben wir uns nach Möglichkeit beteiligt. Allen Ansprüchen konnten wir freilich nicht genügen. Der Deputierte ist befaßt mit Briefschreiben und verschiedenen Arbeiten, die nichts mit seiner gesetzgebenden und propagandistischen Funktion zu thun haben. Die neuen Sitten der Wählerschaft machen aus ihm einen Briefkasten.

Parlamentarische Aktion. Sie richtete sich nach dem Tours-Programm. Da wir nie die Republik vom Sozialismus trennen, so haben wir fortgefahren, mit den Republikanern des Blois der Linken für die Politik der republikanischen Verteidigung und Aktion einzutreten. Angesichts des Anstehens der Regierungsmehrheit und unserer numerischen Schwäche hätte man befürchten können, daß die Regierung dazu getrieben würde, ohne unsere Mitwirkung auszukommen. Nichts von alledem, trotz der öffentlichen und privaten Ermahnungen seitens der hervorragenden Vertreter des Centrums, der Ribot und der Kynard, die gern aus der Mehrheit hätten verjagen wollen; um ihr beizutreten. Unser Einfluß beruht eben auf der Thatsache, daß wir der adäquateste (am meisten entsprechende) Ausdruck der Gefühle und der Bedürfnisse der Demokratie sind, daher übertrifft er bedeutend das Maß unserer numerischen Stärke...

Ferner betont der Bericht die ausgiebige Vertretung der Fraktion in den Kommissionen und besonders die Wahl von Jaures zum Vizepräsidenten und entwirft ein Bild von der Fraktionsfähigkeit im einzelnen.

Von den auseinandergehenden Absichtungen der Fraktionsmitglieder erwähnt der Bericht nur die dreifache Abstimmungsweise beim Votum des Gesamtbudgets und die zuerst eingetretene Spaltung der Fraktion bei der Abstimmung über die Geheimfonds: „Diese Fragen haben wir, wie übrigens auch der Tours-Kongress, nicht als Prinzipienfragen betrachtet. Es ist klar, daß es kein Prinzip sein kann, gegen jedes Budget zu votieren: man votiert ein Budget, welches nicht paßt und man votiert ein Budget, welches paßt...“ Das Budget von 1903 enthält übrigens gewisse Reformen zu Gunsten der Vergarbeiter, der Lehrer, der weltlichen Schulunterrichts, Reformen im Heer und in der Marine. Aber auch die Geheimfonds haben im laufenden Jahre zuweilen dazu gedient, armen Arbeitern auszuweichen. Zudem bedeutet die Verwerfung der Geheimfonds stets einen Akt des Mißtrauens gegen die Regierung, der gegenüber dem gegenwärtigen Ministerium unstatthaft wäre...“ Prinzipienfragen, sagt der Bericht, sind dagegen solche Fragen, wie die Trennung zwischen Staat und Kirche, der Generalstreik, und da war die Fraktion einmütig mit Ausnahme Millerands. Folgen unklare Sätze gegen Parteispaltungen und für die Gedankenfreiheit innerhalb der Partei, ein unpassender Vergleich mit den Meinungsverschiedenheiten in der deutschen Sozialdemokratie, die Hoffnung auf eine „glückliche Lösung“ des Falles Millerand.

Konstituierung der Fraktion. Die Seine-Föderation hat die Verlesung der Tours-Statuten moniert, die nur diejenigen Deputierten als Fraktionsmitglieder anerkennen, welche in der Wahlkampagne das Parteiprogramm öffentlich ausgehängt haben. Die neue Fraktion hat aber auch einige Deputierten aufgenommen, die das Programm nicht aufgehängt hatten, darunter Millerand. Außerdem hat dieser der Fraktion erklärt, er erachte für möglich den Eintritt eines Sozialisten ins Ministerium selbst vor dem Zusammenritt eines neuen Parteilages und er werde den Generalstreik bekämpfen. Kein Zweifel, sagt der Bericht, daß Millerand aus Grund der Statuten der Fraktion nicht angehören durfte. Aber die Fraktion liebt die „Vannilische“ nicht übermäßig: „wo es sich um menschliche Wahrheiten handelt, die wie alle Dinge der Entwicklung und der Veränderung unterliegen, ist der Vannilismus stets ein präventiver und oft ein lächerliches Verfahren...“ Die Fraktion hat also niemand ausschließen wollen. Der Kongress mag entscheiden. (Weifall rechts.)

Kun wird der Bericht der Seine-Föderation verlesen, der das Protokoll der Verhandlungen über die bekannten Abstimmungen Millerands enthält. Das Resultat war die Verwerfung des Ausschlußantrages mit 89 gegen 59 Stimmen bei 8 Enthaltungen und die Annahme eines Tadelvotums gegen Millerand mit 71 gegen 56 Stimmen bei 2 Enthaltungen. Zum Schluß wendet sich der Bericht gegen gebundene Mandate der Delegierten in der Millerand-Frage. (Weifall rechts.)

Millerand-Debatte.

Vorsitzender Cipriani fragt Millerand, ob er nicht zuerst sprechen wolle.

Millerand: Mögen die zuerst sprechen, die meine Ausschließung verlangen.

Renardel beantragt, daß Millerand zuerst sprechen solle. Ueber diesen Antrag entspinnt sich eine endlose und sehr erregte Debatte. Schließlich zieht Renardel den Antrag zurück. Es dauert etwa eine Stunde, ehe die sachliche Debatte beginnt.

Lacour-Paris begründet kurz die Vorwürfe gegen Millerands Abstimmungen. Millerand hat in den Seine-Föderations-Sitzungen u. a. die von ihm als Minister bewilligte jährliche Subvention von 10 000 Fr. für die Arbeitsbüros angeführt, um zu zeigen, daß er für die Befolgung des antimilitaristischen „Soldaten-Handbuchs“ votiert hätte keineswegs aus Feindseligkeit gegen die Gewerkschaften. Redner fragt, ob Millerand um den Preis von 10 000 Fr. die Arbeitsbüros zu Dienerinnen des Staates machen wollte. (Lebhafte Weifall links.)

Sarrante-Paris, Delegierter der Cher-Föderation, Verfasser der Broschüre „Oppositions- und Regierungssocialismus“, behandelt die prinzipielle Grundlage der Debatte: Wo Prinzipien in Frage kommen, gelten keine persönlichen Rücksichten. Aber man darf nicht ungerecht sein. Der Angeklagte muß erst gehört werden. Die Debatte ist schwerwiegend. Wir sollen aus unsren Reihen einen Mann wie Millerand verjagen, der seit zehn Jahren der Partei so große Dienste geleistet. (Weifall rechts.)

Eure Vorwürfe gegen ihn richten sich mit keinem Wort gegen die leitenden Ideen, die er längst ausgesprochen. Diese Ideen sind mit Schweigen oder Zustimmung aufgenommen worden. Die Abstimmungen W. S. sind nur die Folge dieser Ideen. Es gilt die Politik des demokratischen Sozialismus der alten Auffassung gegenüber zu stellen. (Ironischer Weifall links.) Die Idee des Klassenkampfes, wie sie von gewissen Theoretikern interpretiert wurde, macht einschränkende Vorbehalte nötig. In dieser Auslegung beherrscht der Klassenkampf das gesamte gesellschaftliche Leben und nicht nur die wirtschaftlichen Verhältnisse. Der Staat ist danach ein Klassenstaat im Dienste der herrschenden Klassen, also kann man von ihm nichts Gutes erwarten. Er muß nicht erobert, sondern zerstört werden. Auch gibt es keine gemeinsamen Interessen des Proletariats und der Bourgeoisie. Diese abstrakte, von Ort und Zeit unabhängige Auffassung vom Klassenkampf schließt in sich vielerlei Folgen: 1. Reformen sind unmöglich, 2. keine solidarischen Interessen des

Proletariats und der Bourgeoisie. So aber nur in der Theorie. Die Praxis war dagegen von Anfang an eine Sache der Thatsachen an jener Abstraktion. Siehe das reformerische Minimalprogramm der sozialistischen Parteien. Die legale und reformerische Aktion liegt nicht an der Schwäche des einzelnen oder an der Korruption, sondern sie ist eine Folge der Demokratie. Sobald das allgemeine Wahlrecht, das Régime der Mehrheit herrscht, giebt es keinen Klassenkampf im alten Sinne. Das allgemeine Wahlrecht schränkt in weitem Maße den abstrakten Begriff des Klassenkampfes und des Klassenstaates ein. Die Klassenherrschaft wird durch die Herrschaft der Mehrheit ersetzt. Von da an giebt es kein legales Hindernis mehr für den Vormarsch des Sozialismus. Die Revolution ist nicht mehr zu machen, sie ist bereits gemacht. In der Demokratie ist die Revolution nicht nur unnötig, sie ist auch nutzlos. Denn nach einer siegreichen Revolution müßte man wieder an das allgemeine Wahlrecht appellieren. Ist aber die Mehrheit gegen die Revolution, so wird diese nichts ausgerichtet haben.

Neben der legalen reformerischen Aktion hat Millerand mit voller Klarheit eine zweite Konsequenz des demokratischen Sozialismus festgelegt — die Solidarität der Interessen zwischen den Klassen. — Die Demokratie ist nach Jaures „politischer Kommunismus“, daher steht das Gesetz über den Klassen. Die sozialistische Partei, die an die Regierung kommen will, laßt sich nicht außerhalb des Gesetzes stellen. Das Proletariat ist somit an der Achtung vor der Gerechtigkeit interessiert, ebenso am Gelingen der nationalen Produktion. Keine Gewerkschaften, keine Reformen würden etwas helfen, wenn die Quelle der nationalen Produktion verlegt.

Die sozialistische Partei muß nicht ausschließlich die Interessen des Proletariats vertreten, sondern auch die Interessen der gesamten Demokratie. Erst wenn Ihr das leugnet, dürft Ihr Millerand beurteilen. Aber Eure ganze Taktik ist gerade von jener Auffassung diktiert. Siehe das parlamentarische Regierungsmanifest. Also warum nicht alle Folgen dieser Euren Taktik anerkennen?

Die Praxis geht voran, die faule Theorie hinter nach. Es gilt die Scheidung zwischen der alten Theorie und der neuen Praxis zu beschleunigen. Zwei Doktrinen zugleich sind unmöglich: eine für die Eingeweihten und im Parlament, die andre fürs Publikum. Uebrigens ist diese Zweifelsfähigkeit nutzlos, denn Eure Handlungen lassen Spuren hinter sich. So lange aber Ihr eine zweifache Doktrin zulasset, erscheinen Eure Handlungen als Verrätereien, anstatt als Fortschritte zu gelten.

Ihr habt über diese Auffassung des demokratischen Sozialismus zu entscheiden, nicht nur über Millerand. Vergesst aber nicht, daß wir auf dem Boden der Deklaration der Menschenrechte, der demokratischen Charta, kämpfen! (Weifall rechts.)

Danach sprach Hervé gegen die Abstimmungen Millerands, obgleich er aus dessen Ministerchaft keine Vorwürfe ableite. Dann sucht Millerand selbst in ausführlicher Rede seine Haltung zu rechtfertigen. Er schloß mit den Worten: Wenn Sie glauben, daß die politische Macht an einem Tage wie ein Wunder auszufällt, so müssen Sie sich ausschließen, wenn Sie aber mit mir der Auffassung sind, daß wir Stück für Stück der öffentlichen Gewalt zu erobern haben, dann dürfen Sie den Ausschluß nicht beschließen.

(Ausführlicher Bericht über die letzten Redner folgt.)

Partei-Nachrichten.

Ueber die jüngsten Diskussionen unserer Theoretiker äußert sich ein Genosse W-r im „Volkswille“ zu Hannover. Er bedauert, daß gerade zu einer Zeit, wo sich die Genossen zusammenschließen zum Kampf gegen den gemeinsamen Feind, ein paar Parteigenossen, die Anspruch darauf erheben, als geistige Führer im Kampfe gegen die Reaktion zu gelten, sich außerhalb der Front herumalben. Der Artikelschreiber tadelt dann im einzelnen, daß Genosse Dr. David noch schnell vor der Wahl durch sein Buch über die Agrarfrage eine Diskussion hervorrief, daß Kautsky keine Kritik des Davidischen Werkes in eine verletzende Form kleidete, daß Göhre nach der Veröffentlichung des Parteivorstandes über die Mitarbeit an der bürgerlichen Presse noch einen Artikel in der „Zukunft“ veröffentlichte und Verstein in den „Socialistischen Monatsheften“ einen Artikel: „Der Marx-Kultus und das Recht der Revision“ erscheinen ließ.

Genosse W-r fragt: „Wohin soll das führen, wenn angesichts eines der schwersten Kämpfe, den die Partei je zu führen hatte, Parteigenossen, die als geistige Führer der Sozialdemokratie gelten wollen, die sich berechtigt glauben, die höchsten Ehrenstellen einzunehmen, die das Proletariat zu vergeben hat, einen derartigen Mangel an Takt und der noch notwendigeren Disziplin belunden?“

Er schließt seinen Artikel: „Soweit wir die Stimmung der Parteigenossen kennen, haben sie es gründlich satt, sich gerade von denjenigen Parteigenossen, die ihnen im Kampf gegen die Gegner vorangehen und der Masse ein Beispiel von Disziplin geben sollten, immer wieder Steine in den Weg werfen zu lassen.“

Wir wollen ununterbrochen lassen, ob die Vorkürse, die Genosse W-r im einzelnen erhebt, gerechtfertigt sind oder nicht; was er jedoch über die Meinung der Parteigenossen von dem Takt und der Disziplin unserer Theoretiker sagt, so können wir aus unsrer Kenntnis der Verhältnisse ihm nur bestätigen, daß er die Stimmung der Masse richtig wiedergegeben hat.

Totenfeier der Partei. In Widaun starb an der Schwindsucht der Steinweg David Herold. Der Verstorbene hat zu allen Zeiten seine Pflicht als Parteigenosse brav erfüllt.

Polizeiliches, Gerichtliches usw. Maifeler und Behörden. Die Polizeibehörde in Elmshorn verbot einen für den 1. Mai geplanten gemeinsamen Ausmarsch der Genossen. Gründe: die allbekannten!

Graben Lafus soll Genosse Radlof, der verantwortliche Redakteur der „Dresdener Volkswacht“, dadurch verübt haben, daß er im Inzeratenteil eine Ankündigung aufnahm, wonach der freireligiöse Prediger Tschirn über das Thema: „Hat Christus überhaupt geliebt?“ sprechen wollte. Desselben Vergehens sind auch die Redakteure der Dresdener bürgerlichen Blätter sowie alle Geschäftsleute angeklagt, welche Plakate mit der Ankündigung des Vortrages aushängten. — Herr Tschirn muß bei der Dresdener Polizei einen guten Freund haben, der ihm die Bomben-Kelche für seinen Vortrag beorgt hat.

Aus Industrie und Handel.

Der Fall der amerikanischen Eisenbahnwerte. Die gerichtliche Entscheidung in dem Prozeß gegen die „Northern Securities Company“ (Vergl. den Bericht in der Sonntags-Kummer.) drängte an der gestrigen New Yorker Börse alle andren die Börsenkreise interessierenden Vorgänge in den Hintergrund. Bei der Eröffnung suchten die hinter dieser Gesellschaft stehenden Kapitalisten zunächst den Kurs der Northern Securities und anderer Eisenbahnaktien durch belangreiche Interventionskäufe zu halten, doch hatte der im Straßenverkehr erfolgte Kurssturz trotz dieses Widerstandes alsbald ein fast allgemeines Einlen der Eisenbahnwerte zur Folge. Besonders wurden die Aktien derjenigen Eisenbahngesellschaften durch umfangreiche Positionslösungen stark mitgenommen, die sich mit Kombinationsplänen tragen oder bei denen die Vermutung besteht, daß sie durch gleiches Vorgehen in der Ausführung ihrer Absichten geföhrt werden können. Dagegen waren Industriewerte weniger durch die rückläufige Bewegung in Mitteleidenschaft gezogen. Als der Verkaufsdruck etwas nachließ trat auf kurze Zeit eine leichte Erholung ein, doch gingen die Preise später abwärts zurück.

Am schärfsten litten natürlich die Aktien der Northern Securities Company unter den Abgaben: sie fielen von 108 1/2 auf 94 1/4; aber

auch die Aktien der Chicago-Milwaukee und St. Paul-Bahn, der Louisville und Nashville-Bahn, der Union Pacific-Bahn usw. gingen um mehrere Prozent zurück.

Die Vorgänge haben auch für das deutsche Wirtschaftsleben ein bedeutendes Interesse, weil sie geeignet sind, den zur Zeit in den Vereinigten Staaten von Amerika betriebenen sehr ausgedehnten Eisenbahnbau etwas einzuschränken und auf diesem wesentlichen Hochkonjunktur des amerikanischen Eisenmarktes beruht.

Bagdad-Eisenbahn. Gestern fand in Konstantinopel die Konstituierung der Kaiserlich-Ottomanischen Bagdad-Eisenbahngesellschaft statt. Auf das Kapital von 15 Millionen Frank wurde die Hälfte einbezahlt. Den Verwaltungsrat bilden die Herren Swinner, Direktor der Deutschen Bank, Berlin, Vorsitzender; Bernes, Vizepräsident der Banque Ottomane, stellvertretender Vorsitzender, Paris; Abegg, Ritter, Präsident der Schweizerischen Kreditanstalt, Zürich; Graf d'Arnou, Generaldirektor der Dette Publique Ottomane, Konstantinopel; G. Aubogneau, Generaldirektor der Banque Ottomane, Konstantinopel; Mor. Bauer, Direktor des Wiener Bankvereins, Wien; Kommandant Berger, französischer Delegierter bei der Dette Publique Ottomane, Konstantinopel; Konul Braunfels, in Firma Jakob S. S. Stern, Frankfurt a. M.; L. Ghenu, Konstantinopel; E. Huguenin, stellvertretender Generaldirektor der Anatolischen Bahngesellschaft, Konstantinopel; A. v. Koulla, Verwaltungsrat der Württembergischen Vereinsbank, Stuttgart; von Mühlmann, Generaldirektor a. D. der Anatolischen Bahngesellschaft, München; P. Raville, Verwaltungsrat der Banque Ottomane, Paris; Eisenbahndirektor a. D. Schrader, Mitglied des Reichstages, Berlin; Generalanwalter S. Schwabach, Mitinhaber des Hauses S. Weidrober, Berlin; M. Steinthal, Direktor der Deutschen Bank, Berlin; Zesto, Ministerpräsident a. D., deutscher Delegierter bei der Dette Publique Ottomane, Konstantinopel; A. Zurettini, Administrateur-Délégué der Union Financière de Genève, Genf; Dr. M. Zander, Schweizer Regierungsrat, Generaldirektor der Anatolischen Bahngesellschaft, Konstantinopel.

Die die „Daily Mail“ wissen will, wird die Bagdad-Bahngesellschaft einen völlig internationalen Charakter haben. Zu dem Kapital werden Deutschland, England, Frankreich je ein Viertel des Betrages beisteuern; das vierte Viertel entfällt auf die Schweiz und die Anatolische Bahn sowie auf Oesterreich. Zunächst will die Gesellschaft für 40 Millionen Frank Obligationen ausgeben, die zur Erbauung der Strecke Konia-Fregli dienen sollen.

Die Mecklenburg-Strelitzische Hypothekbank zieht, da sie doch wohl einseht, daß ein Vorgehen gegen die Treuhand-Gesellschaft und die hinter ihr stehende Bank vergeblich sein würde, ihre neuen Organisationspläne zurück. Sie veröffentlicht ein langes Rechtfertigungsschreiben, in dem sie erklärt:

„Da die deutsche Treuhand-Gesellschaft nicht in der Lage war, sich unsren Vorschlägen anzuschließen und wir uns deshalb von der Einberufung der Pfandbriefgläubiger einen Erfolg nicht versprechen konnten, so hat die Bankverwaltung beschlossen, von weiteren Schritten abzusehen...“

Die Generalversammlung des „Norddeutschen Lloyd“, die am Sonnabend in Bremen stattgefunden hat, genehmigte den vom Präsidenten vorgelegten Geschäftsbericht und die Bilanz. Auf eine Anfrage teilte der Generaldirektor Dr. Wiegand mit, daß soweit bis heute das Gewinnerträgnis für Reifen des ersten Quartals sich abzeichnen ließe, dieses Quartal einen Reinertrag in den Betriebsergebnissen von reichlich 2 Millionen Mark gegen den gleichen Zeitabschnitt des Vorjahres ergeben habe. Das zweite Quartal verpöche ebenfalls recht gute Ergebnisse. Auf eine weitere Anfrage nach den aus Neubauten sich ergebenden Schuldenverbindlichkeiten des Lloyd erklärte Generaldirektor Dr. Wiegand, daß sich die Gesamtsumme der aus abgeschlossenen Baukontrakten sich ergebenden Verbindlichkeiten auf annähernd 23—24 Millionen Mark beläufte. Diese Kontrakte erstrecken sich jedoch zum Teil auf Schiffe, welche erst in den Jahren 1903—1905 zur Ablieferung gelangen. Die Zahlungen verteilen sich ziemlich gleichmäßig auf die Jahre 1903 bis 1905, so daß in jedem Jahre etwas mehr als die Hälfte der aus Abschreibungen und Reservestellungen verfügbaren Mittel dazu zu verwenden sei. Mit der Frage der Dividende habe dies selbstredend nichts zu thun. — In den Aufsichtsrat werden die statutengemäß auscheidenden Herren Direktor Dr. Jordan, A. G. Kulenampff und Generalanwalter Dr. Schwabach durch Juruf wiedergewählt.

Ausgelost wurden von der Anleihe von 1883 die Serien 8 und 30, von 1885 die Serie 1 und von 1894 die Serie 23

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Parteiing der ungarischen Sozialdemokratie. Budapest, 14. April. (W. S.) Der Parteitag der ungarischen Sozialdemokratie nahm eine Resolution an, worin die völlige wirtschaftliche Losrennung Ungarns von Oesterreich verlangt wird, ferner die Entwicklung der ungarischen Industrie mittels Erziehungsschulen, der Abschluß von langfristigen Handelsverträgen auf Grund der Reziprozitätsgrundsätze, überhaupt jede Erleichterung und Sicherung des internationalen Handelsverkehrs sowie schärfste Bekämpfung der Agrarzölle.

Russlands Entschädigungsansprüche. Wien, 14. April. Die „Neue Freie Presse“ meldet aus Belgrad: Es verlangt: Rußland verlange als Entschädigung für die Famine des getöteten russischen Konsuls Sächserbina 120 000 Frank, die Entsendung von 20 000 Mann anatolischer Truppen nach Albanien zur ständigen Niederhaltung der Albanesen und endlich die Errichtung einer Sühnelapelle auf dem Thaloorte.

Zur Lage in Holland. Amsterdam, 14. April. Die entlassenen Angestellten der belden Eisenbahn-Gesellschaften haben an die Gesellschaften das Gesuch gerichtet, in ihren alten Stellungen wiederangestellt zu werden, und eine Anzahl hervorragender Personen gebeten, dieses Gesuch zu unterstützen.

Internationaler landwirtschaftlicher Kongress. Rom, 14. April. (W. S. V.) Die erste Ableitung des hier tagenden siebenten internationalen landwirtschaftlichen Kongresses betraf heute die Frage einer europäischen Verständigung zum Zweck der Anwendung von Differentialzöllen gegenüber den Vereinigten Staaten. Der deutsche Abgeordnete Graf Schwering-Söwig befuhrwortete für die neuen Handelsverträge besondere Vergünstigungen der europäischen Erzeugnisse gegenüber denjenigen der Vereinigten Staaten. Schließlich wurde ein Antrag Luzzattis angenommen, welcher dahin geht, daß die Frage der amerikanischen Konkurrenz bis zum Zusammenritt des nächsten Kongresses vertagt werden solle, damit in der Zwischenzeit die Angelegenheit gründlicher studiert werden könne.

Die Auslieferung Göhs vor dem Appellgerichtshof. Rom, 14. April. (W. S. V.) Die Blätter aus Neapel melden, beantragte der Oberstaatsanwalt am dortigen Appellgerichtshof, daß dem Gesuch um Auslieferung des russischen Staatsangehörigen Göh nicht stattzugeben sei, weil das Verbrechen, welches Göh begangen, mit einem politischen Verbrechen im Zusammenhang stehe.

Röln, 14. April. (W. S.) Nach einem Telegramm der „Röln. Ztg.“ aus Wadib dauert in Cadix der ungeheure Brand, der alle benachbarten Orte in dichten Rauch einhüllt, fort. Der Verlust beläuft sich auf über eine Million.

Kapstadt, 14. April. (W. S. V.) Vom 24. April ab fallen die Transvaal- und alle Erzeugnisse der Kapkolonie werden nach Transvaal zollfrei zugelassen. Ausgenommen sind Branntwein, Bier, Dynamit und von ausländischem Korn verfertigtes Mehl.

Der Parteitag der belgischen Sozialdemokratie.

Brüssel, den 12. April.

Vormittags-Sitzung.

Genosse Desjout eröffnet den Kongress mit einer feurigen Ansprache: Vor einem Jahre standen wir inmitten des Kampfes. Wir wurden geschlagen. Aber die Anwesenheit von 502 Delegierten auf diesem Kongress beweist, daß die Partei stärker denn je besteht.

Vandervelde: Die russischen und polnischen Sozialisten haben einige Genossen beauftragt sie zu vertreten. Ebenso sind Delegierte der internationalen Vergarbeiter-Konferenz und der Luxemburger Abgeordnete Weltzer als Gäste anwesend.

Nach einigen geschäftlichen Angelegenheiten wird zur Tagesordnung geschritten.

Mehrere Beschlüsse werden über die häufige Abwesenheit der sozialistischen Abgeordneten in der Kammer beschließt man in der geheimen Sitzung zu behandeln.

Serwy verliest den Bericht der Kooperativen. Ein großer Fortschritt ist im abgelaufenen Jahre zu verzeichnen. Im Berichtsjahre allein sind zehn neue Volkshäuser errichtet.

Als Präsident wird Genosse Destree-Charleroi ernannt. Von jeder Föderation nimmt je ein Delegierter am Präsidententische Platz.

Fornemont, der Berichterstatter über den 4. Punkt der Tagesordnung „Allgemeines gleiches Wahlrecht“ nimmt das Wort. Diejenigen, welche sich mit der Hoffnung schmickelten, daß nun die Bewegung zu Gunsten des allgemeinen gleichen Wahlrechts für lange Zeit tot sei, werden angeführt des heutigen Tages ihre Meinung ändern müssen.

Auch die Müdigkeit unter uns selbst neigten zu der Annahme, daß für absehbare Zeit an eine neue Wahlrechts-Campagne nicht zu denken sei. Trotz Kampfmüdigkeit und Furchtlosigkeit, die während der Campagne und bis an ihre Ende geherrscht, liegen sich doch die bangen Gedanken an die Zukunft nicht ganz verschließen.

Da auf allen Seiten gewünscht wird, die Campagne für das Wahlrecht wieder zu eröffnen, ist es wohl angebracht, die früher begangenen Fehler zu beleuchten, um eine Wiederholung zu vermeiden.

Heute ist es nun wohl opportun, zu sagen, ebenso gut für uns als für die ausländischen Gäste, daß der Generalstreik im Vorjahre nicht vorangesehen und nicht vorbereitet wurde, die Arbeiterklasse selbst hat ihn begonnen; sie selbst glaubte Existenz und Recht für das Wahlrecht in die Waagschale zu werfen für das, was im Parlament zu erreichen wir zu schwach waren.

Solche Fälle dürfen nicht mehr vorkommen. Wir wissen, uns bleibt so ziemlich weiter nichts übrig als die ökonomische Waffe. In letzter Zeit ist sie oft angewendet worden; so ziemlich überall ohne Erfolg. Dies kann aber unsern Glauben an die Wirksamkeit und Durchführbarkeit des Generalstreiks nicht erschüttern. Im Gegenteil. Überall, wo der Generalstreik proklamiert wurde, waren sofort auch seine Schwächen zu sehen. Und gerade diese Schwächen müssen beseitigt werden. Dazu ist der Ausbau und die Stärkung der Gewerkschaftsorganisation unerlässlich. Der wirtschaftlichen Organisation der Arbeiter müssen alle Kräfte jetzt gelten. So lange und so eifrig wie die politische Tätigkeit gepflegt haben, muß es jetzt auch mit der Stärkung der Syndikate, Ansammlung eines Kampffonds, Verbindung aller Gruppen zu gemeinsamen Handeln geschehen.

Genossen! Der Anbruch eines neuen Wahlrechts-Kampfes ist näher, als viele von Euch glauben. Verdammt seinen Augenblick, Vorbereitungen zu treffen. Alle an die Arbeit für die Gewerkschaftsorganisation. Und mit dieser Vorarbeit zum Streit für das allgemeine gleiche Wahlrecht. (Aushändiger Beifall.)

De Bruyn-Gent wünscht ein beständiges Kompromiß mit den Liberalen zur Festigung des liberalen Regiments. Die Arbeiterpartei allein sei jetzt noch nicht stark genug, allein zu siegen. (Widerspruch.)

Vandervelde: Wir werden wiederum einen Antrag auf Abänderung der Verfassung (allgemeines gleiches Wahlrecht) kurz vor den nächsten Wahlen (1904) einreichen. Und dann wird wieder Zeit und Gelegenheit sein, unsere Kräfte zu zeigen. Das was der Vordredner wünschte, ist nicht nur unmöglich, sondern auch gefährlich. Wie froh sind wir, die proportionale Vertretung und demzufolge keine Kompromisse mehr notwendig zu haben. Wir können dadurch im Kampfsinn die rote Fahne frei hochheben. (Beifall.) Aber im „Peuple“ wird eine Agitation für die Kompromisse gemacht. Es muß dies endlich einmal öffentlich gesagt werden, daß zwischen uns — der Redaktion unseres Zentralorgans und mir — Meinungsverschiedenheiten bestehen. Die Genossen der Redaktion sollen öffentlich die Beweggründe ihrer Taktik und ihre Hintergedanken sagen. Ich glaube, sie sehen unsere Liberalen noch als fortschrittlich an. Das sind sie keineswegs, waren es nie und werden es nie werden. Ich halte für es notwendig, den Liberalen den Namen zu geben, den sie verdienen: Reaktionen. Die falschen Freunde hoffen schon wieder, daß wir ihnen die Kastanien aus dem Feuer holen. Diese Hoffnungen werden und dürfen nimmermehr in Erfüllung gehen. (Beifall.)

Ein e t z e - R i t t i c h: Man will schon wieder in Kompromissen machen. Wenn es den Liberalen ernst mit ihrem Antiliberalismus wäre, dann müßten sie uns folgen und uns noch dankbar sein, daß wir vorangehen. Es ist ihnen aber damit nicht ernst. Ihre ganze Vergangenheit beweist es. Folgedessen ist auch jede Konzeption, alles Liebeswerben umsonst und für uns stets eine Blamage. Stärken wir lieber unser eignes Streikheer; warten wir mit dem Kampf, bis wir allein uns hart genug fühlen, allein mit der Reaktion fertig zu werden. (Stürmischer Beifall.)

A n f e e l e: Ich verstoße den Gedanken der Allianzen schon zu einer Zeit, als man noch viel schärfer dagegen war denn heute. Wir haben in unsern Reihen noch eine Anzahl Genossen, die ihnen nicht zugänglich sind. Aber die Idee der Allianzen mit bürgerlichen Parteien marschiert und in absehbarer Zeit wird man sie auch noch mit andern Augen ansehen. (Zwischenrufe.) Sind wir mit dem Ende des liberalen Gouvernements auch nur um einen Deut unserm Ziele näher? Das liberale Regime hat auch etwas Gutes, denn es gibt uns tagtäglich propagandistische, sehr wirksame Waffen in die Hand, dank deren wir heute im schwärzen Flandern riesige Fortschritte machen. Wenden wir die Waffen an, die uns die Romlinge liefern, und schwingen wir sie mehr denn jemals unter dem Rufe: Sozialismus und immer Sozialismus. (Beifall.)

D e v i n e (Chefredakteur des „Peuple“): Ich neige mit meinen Ansichten mehr denen Anseeres zu. (Zwischenrufe.) Ohne eine Alliance ist es unmöglich, zu unsern Zielen zu kommen. Man spricht von unsern Kräften, als von einer unbefehgbaren Größe. Dieses Uebertreiben unserer Stärke ist es gerade, was zu bekämpfen ich mir zur Aufgabe gemacht habe, weil es zum guten Teile die Niederlage des Vorjahres verschuldete. Eine solche Wiederholung zu verhindern widme ich alle meine Kräfte und vereinige mich zu diesem Behufe mit jedem guten Willen. (Beifall.)

D e s t r e e - C h a l e r o i: Im Namen der Föderation von Charleroi habe ich zu erklären, daß sie beauftragt haben, die A. V. (Proportionale Vertretung) auf die Tagesordnung dieses Kongresses zu setzen. Wir sind und bleiben Gegner der A. V. Wenn aber die Proporzrechnung und bedrohen laßeln, denn sage ich, Ihr seid nicht konsequent. Warum verlangt Ihr nicht die Anwendung des Proporz für alle Wahlen? Solange Ihr dies nicht verlangt, verbitte ich mir diese Vorwürfe. Wer war es denn, der dieses Pluralsystem schuf? Eben dieselben Liberalen schufen es, mit denen uns zu verbünden Ihr verlangt. Habt Ihr schon wieder vergessen, daß es eure Verbündeten, die liberalen Bürgermeister waren, die uns niederjüdeln

siehen und uns verbieten, unsern gefallenen Märtyrern die letzte Ehre zu erweisen?

V e t e n (Redakteur des „Peuple“): Wie wollen Sie denn von uns verlangen, im Parteiorgan die Meinung der Mehrzahl der Genossen zu vertreten, wenn wir nicht wissen, wie diese denkt? (Sehr wahr!) Anseeres verlangt, man solle bei den Kompromissen nur vorsichtig sein. Auf der Tribüne eines Kongresses kann man allerdings vorsichtig sein. Aber Sie (zu Anseeres gewendet) wissen ja, wie schwer es schon für Sie als gewöhnlicher Abgeordneter ist vorsichtig zu sein. (Stürmischer Beifall.) Die Frage ist heute: Wollt Ihr das allgemeine Wahlrecht? (Hundertstimmiges Ja.) Wollt Ihr Euch zu diesem Zwecke mit einer andern Partei verbünden? Dann sagt: Ja! (Einzelnstimmiges Ja.) Das ist gut, hierüber muß Klarheit geschaffen werden. (Beifall.)

H u b e r - B r i s s e l: Ich will kein Kompromiß. Ein Merkmal ist mir lieber als ein Liberaler. Diese haben fünfzig Jahre regiert, ohne etwas für die Arbeiter getan zu haben. Keine Allianzen mit diesen liberalen Handwristen. (Beifall.)

Folgende Resolution wird eingereicht:

Der Kongress hält den Generalstreik für das beste (supremo) Mittel zur Erreichung des allgemeinen gleichen Wahlrechts. Die Partei weist soziale Hilfe nicht von der Hand. Inzwischen ist alle Aufmerksamkeit und Kraft auf den Ausbau der Gewerkschaftsorganisationen zu richten. Die sozialistischen Abgeordneten haben vor den Wahlen (1904) die Revision der Verfassung wieder zu beantragen. Die Annahme dieser Resolution ruft rauschenden Beifall hervor. (Schluß der Sitzung.)

Kontags-Sitzung.

Vandervelde, Berichterstatter über den 5. Punkt (Kampf gegen den Alkoholismus), läßt die Ansichten der heutigen wissenschaftlichen Autoritäten Revue passieren. Sie alle sind einig, daß der Alkohol ein gefährliches Gift ist. Vor allem dürfe in unsern Kooperativen kein Alkohol veräußert werden.

Nach langer Diskussion wird fast einstimmig beschlossen, den Verkauf des Alkohols in den sozialistischen Kooperativen vom 1. April 1904 ab zu verbieten. — Die bisherigen (neun) Mitglieder des Parteivorstandes werden aufs neue gewählt.

(Mittagspause.)

Sitzung Montagnachmittag.

Der Kongress diskutiert die Erhöhung der Parteibeiträge von 10 auf 15 Cents pro Mitglieds und Jahr. Die beantragte Erhöhung der 5 Cents soll an die Gewerkschaftskommission abgeliefert werden, um ihr die Einrichtung eines ständigen Sekretariats zu ermöglichen.

Die Erhöhung der Beiträge wird bis zum nächsten Kongress vertagt.

Geheime Sitzung.

Nachdem die Tribünen geräumt und die Kartenkontrolle vorgenommen, wird die Tätigkeit und der Bericht der Kammerfraktion diskutiert. Zur Kontrolle der Anwesenheit der Abgeordneten in der Kammer wird beschlossen: Der Sekretär der Fraktion hat monatlich den Föderationen mitzuteilen, welche von ihren Abgeordneten und wie oft sie gefehlt haben. Diverse Vorfälle, die speziell einige Abgeordnete betreffen, werden des längeren und häufig diskutiert, ohne durch Beschlüsse besiegelt zu werden.

Der Punkt „Kommunalwahlen“ wird dem Parteivorstand zur Regelung überlassen.

Der Kostenbericht der Partei weist für das letzte Jahr 11 844 Fr. Einnahme auf; dieser steht eine Ausgabe von 11 150 Fr. gegenüber. Den Schluß des Kongresses bildet die lange Diskussion über die Frage: Darf ein nicht gewerkschaftlich Organisiertes in einer Kooperation angestellt werden?

Während dieser Debatte hatten die Delegierten der Provinz nach und nach den Kongress verlassen. Infolgedessen konnte die Frage nicht endgültig geregelt werden. Der Kongress wird gegen 7 Uhr abends geschlossen.

Die dritte Generalversammlung der in Gemeindebetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten

trat gestern früh im Berliner Gewerkschaftshaus zusammen. Anwesend sind 68 Delegierte aus 23 Städten, ferner der Verbandsvorstand und ein Vertreter des Ausschusses. Die sozialdemokratische Stadtverordneten-Fraktion ist durch die Stadtverordneten A. Hünze, Th. Glöck und Dr. Wehl, die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands durch Umbreit vertreten. Außerdem sind als Gäste anwesend: Pfeiffer, Hansen, Pedersen und Christen, sämtlich aus Kopenhagen.

Die Generalversammlung wird um 10 1/2 Uhr von Fiebig-Verlin mit herzlicher Begrüßung der Delegierten und Gäste eröffnet. In das Bureau werden gewählt: H. Schubert-Verlin und F. Scherzer-Fürth als Vorsitzende, S. Ufader-Verlin und Riedel-Hamburg als Schriftführer, Meißner-Dresden und Lisjan-Dresden als Beisitzer.

Hierauf begrüßt Stadtverordneter A. Hünze namens der sozialdemokratischen Stadtverordneten-Fraktion den Verbandstag, er bedauert, daß der Berliner Magistrat nicht vertreten, wünscht den Beratungen besten Erfolg und versichert, daß die sozialdemokratische Fraktion auch in Zukunft im vollen Maße die Interessen der städtischen Arbeiter vertreten wird.

Pfeiffer-Kopenhagen, der Vertreter der Gasarbeiter Kopenhagens, schildert eingehend den Stand der Arbeiterbewegung in Dänemark; er verweist darauf, daß dieselbe tüchtige Fortschritte gemacht hat und demzufolge auch wesentliche Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen erzielt werden konnten.

Pedersen-Kopenhagen, Vertreter des kommunalen Arbeiterverbandes, in dem die städtischen Arbeiter organisiert sind, spricht sich in derselben Weise aus. Auch er betont die Notwendigkeit der Organisation und berichtet, daß von den 700 in Betracht kommenden Arbeitern über 500 der Organisation angehören, trotzdem man derselben anfangs ebenso wie in Deutschland außerordentliche Schwierigkeiten bereitet hat. Das Verhältnis hat sich bedeutend geändert, indem die verschiedensten Betriebsleiter nimmermehr ganz fern mit der seit fünf Jahren bestehenden Organisation der Arbeiter verhandeln und auf diese Weise eine Verständigung erreicht werden konnte.

Aus Holland, von wo in Rücksicht auf die dortigen Verhältnisse von einer Delegation Abstand genommen wurde, ist ein längeres Begrüßungsschreiben eingegangen, in dem es u. a. heißt: Zunächst sind die mächtigen Direktionen gezwungen worden, die Vereinigung des Eisenbahnpersonals anzuerkennen; auch die Amsterdamer Gemeinde-Arbeiter wählten sich so gut Geför zu verschaffen, daß ihnen belangreiche Verbesserungen in Aussicht gestellt worden sind. Die Mühe in unsern kalten, gefühllosen Holland wird sicher wiederkehren, wenn unsere Regierung sich nicht in die Sache einmischte und aufgehört durch die Kapitalistenpresse Gefeis befürwortet, welche die niederländischen Eisenbahn- und Gemeindegewerkschaften vollständig lahm legt.

Die Generalversammlung erklärt sich durch lebhaften Beifall und indem sich die Delegierten von den Wahlen erheben, mit dem Vorgehen der holländischen Arbeiter solidarisch. — Nach Beendigung einiger weiteren Begrüßungstelegramme wird die Geschäftsordnung festgesetzt und eine Mandatsprüfungskommission gewählt.

Hierauf erstattet Bruno Förch den Geschäftsbericht des Verbandsvorstandes. Aus dem Bericht, den wir bereits in der Sonntagsummer behandelten, ist noch bemerkenswert,

daß im Gegensatz zu den staatlichen Behörden, die städtischen Behörden verschiedentlich die Organisation der Arbeiter direkt anerkennen. So hat der Berliner Magistrat — und der Hamburger Senat ist dem Beispiel gefolgt — den Delegierten zur Generalversammlung Urlaub gewährt und es den einzelnen Verwaltungen überlassen, ob sie den delegierten Arbeitern für diese Tage den Lohn zahlen. Von andern Städten ist ein ähnliches Vorgehen seitens der städtischen Behörden zu verzeichnen. Der Redner giebt sodann eine Uebersicht über die Arbeiten des Vorstandes, die sehr umfassend waren und sehr hohe Anforderungen an die leitenden Personen stellten. Die Abrechnung vom Charlottenburger Gasarbeiter-Bezirk, welche vom Vorstande erst jetzt gegeben werden kann, weist eine Einnahme von 8145,24 M. und eine Ausgabe von 1013,85 M. auf.

Nach dem Bericht über die Tätigkeit des Ausschusses, den Schabel-Berlin giebt, folgt eine längere Diskussion, in der wesentliche Einwendungen nicht erhoben werden und sich alle Redner mit der Tätigkeit des Verbandsvorstandes und den von demselben getroffenen Maßnahmen im allgemeinen einverstanden erklären.

In der Nachmittag-Sitzung, die von Scherzer-Kürnberg geleitet wird, wird die Diskussion über die Berichte fortgesetzt. Nach Beendigung derselben wird dem Verbandsvorstande einstimmig die Entlastung erteilt.

Ueber die zukünftige Gestaltung des Verbandes referierte G. Schubert-Verlin. Er verweist darauf, daß die städtischen Arbeiter den sozialdemokratischen Gemeindevorständen vieles zu verdanken haben, daß aber auch die Organisation viel kräftiger und lampffähiger gemacht werden muß, um die Interessen der Arbeiter mit allem Nachdruck vertreten zu können. Der Redner empfiehlt eine intensive Agitation, um den großen Teil der noch fernstehenden Gemeinde-Arbeiter zur Organisation heranzuziehen; ferner damit die ungeheure Fluktuation ausfüßt, die obligatorische Einführung der Unterstützung in Sterbefällen, und außerdem soll eine bessere Ausgestaltung des Nachorgans stattfinden, so daß die Kollegen in jeder Beziehung aufgefährt und mehr wie bisher für die Organisation und deren Bestrebungen interessiert werden. Der Referent erläutert sodann den neuen Statutenentwurf und ermahnt demselben zuzustimmen.

Die wichtigsten Änderungen des bisherigen Statuts sind: die Erhöhung des wöchentlichen Beitrags von 15 auf 20 Pf. für männliche und von 10 auf 15 Pf. für weibliche Mitglieder. Ferner die obligatorische Einführung der Sterbe-Unterstützung, die nach einjähriger Mitgliedschaft 65 M. und jährlich um 15 M. steigend nach zehnjähriger Mitgliedschaft 200 M. betragen soll. Denjenigen Mitgliedern, welche aus städtischen resp. staatlichen Betrieben auscheiden müssen und deshalb aus dem Verbandsverbande austreten, kann ein Teil der eingezahlten Beiträge und zwar 8 Pf. pro Woche seit Einführung der Sterbe-Unterstützung zurückerstattet werden, wenn die in Betracht kommende Summe mindestens 8 M. beträgt. — Von den statutengemäßen Beiträgen müssen 75 Proz. (bisher 50 Proz.), ferner die Eintritts- und Delegierengebühren an den Verbandsvorstand abgeführt werden, während die übrigen 25 Proz. der Beiträge zur Bestreitung der örtlichen Ausgaben verbleiben. Eine wesentliche Änderung ist auch die, daß an ein und denselben Ort nicht mehr mehrere Filialen, sondern nur eine Filiale bestehen darf. Doch können für die einzelnen Berufe, welche sich der speziellen Berufsinteressen anzunehmen haben, Sektionen errichtet werden.

In der Generaldiskussion, die bis zum Schluß der Sitzung noch nicht beendet ist, wenden sich Schabel und König-Verlin gegen die Verschmelzung der Filialen, wodurch sie eine Erziehung der Agitation befürchten, und gegen die Sterbe-Unterstützung, wie sie vom Vorstande in Vorschlag gebracht ist, während die Delegierten von Dresden, Nürnberg, Hamburg etc. sich im allgemeinen mit der Vorstandsvorlage einverstanden erklären.

Die Mühlenarbeiter

hielten am ersten Oftertage im Gewerkschaftshaus zu Berlin eine G a n k o n f e r e n z für den ersten Bau ihres Verbandes ab. Derselbe umfaßt die Provinzen Brandenburg, Pommern, Posen, Ost- und Westpreußen. Anwesend waren außer der Gauleitung Delegierte aus Berlin, Stettin, Brandenburg, Magdeburg und Buxtehude. Kottbus und Oberwalde waren trotz Zusage nicht vertreten, ebenfalls fehlten Vertreter der übrigen Provinzen. Aus dem Bericht des Gauborstandes, den der Vorsitzende Ostwald gab, sowie aus den Einzelberichten der Delegierten ging hervor, daß die Organisation der Mühlenarbeiter sich selber nur schwach entwickelt. In den Ostprovinzen haben zwar schon einzelne Jahrestellen bestanden, dieselben sind jedoch wieder eingegangen. Agitationsstouren nach Bromberg, Königsberg, Danzig, Elbing usw. zeitigten nur recht magere Erfolge, dagegen ist Aussicht vorhanden, in Wittstock, Pörsberg, Ruppin und in mehreren pommerschen Orten festen Fuß zu fassen. Die Hauptzahlstellen sind gegenwärtig Verlin und Stettin; im ganzen Gau sind etwa 300 Mühlenarbeiter organisiert. Vom Gauborstand wie auch vom Referenten Präfer, der über Agitation sprach, wurde auf die großen Schwierigkeiten hingewiesen, die den Organisationsbestrebungen teils durch die beruflichen Verhältnisse, teils durch die Mühlenbesitzer bereitet werden. Nicht zum mindesten aber bilden Indifferenz und Furcht der Arbeiter wie auch der Gang an Mittergebrachten einen Hemmschuß für die Ausbreitung der Organisation. Auch wurde Beschlüsse darüber gefaßt, daß die Gewerkschaftsartelle sich im allgemeinen so wenig hilflos zeigen, eine stilkliche Ausnahme nur mache das Kartell Randow-Greifenhagen. Altkentz regt an, sich mehr wie bisher an die Parteipresse zu wenden, um den Organisationsgedanken stärker zu propagieren. Sauer-Verlin und Lindner-Brandenburg verweisen auf die mangelhafte Gewerbe-Inspektion. Die Gewerbe-Aufsichtsbeamten melden sich meistens vor der Revision bei den Mühlenbesitzern an, und nur in den seltensten Fällen haben sie etwas an ungenügenden Schutzvorrichtungen usw. anzugeben. Ostwald referierte sodann über „Die Durchführung der Bestimmungen betreffend Sonntagsruhe und Arbeitszeit im Mühlengewerbe“. Am günstigsten stehe es mit der Arbeitszeit noch im Stettiner Bezirk, woselbst durchschnittlich 12 Stunden gearbeitet werde. In den übrigen Distrikten des Gaus bemüht sich die Arbeitszeit auf 14, 16, ja 18 Stunden, wobei Verlin keine Ausnahme macht, weil die daselbst übliche zwölfstündige Arbeitszeit durch das Ueberstundenunwesen fast allgemein hoch überschritten wird. Sonntagsarbeit herrscht durchgehends in fast allen Betrieben, zum mindesten müssen mehrere Stunden Reinigungs- oder Schärfungsarbeiten vorgenommen werden. Die diesbezüglichen Bundesratsbestimmungen erweisen sich als völlig wirkungslos, weil sich niemand um deren Einhaltung kümmert. Beschlossen wurde hierauf: „Die Konferenz beauftragt den Vorstand, sein Augenmerk auf die strikte Durchführung der gesetzlichen Bestimmungen betreffend die Sonntagsruhe und Arbeitszeit zu richten. Die anwesenden Delegierten verpflichten sich, für die entsprechenden Unterlagen Sorge zu tragen, wie auch über den Erfolg der jeweiligen Schritte zu berichten.“ Bezüglich des Arbeitsnachweises, über den Vanmann berichtete, wurde beschlossen: In Verlin einen Centralnachweis für den ersten Gau einzurichten, ohne dadurch die Selbständigkeit der einzelnen Zahlstellen betr. der Arbeitsvermittlung zu erschüttern. — Zur Förderung der Agitation in den Provinzen soll versucht werden, geeigneten Verbandskollegen daselbst Arbeit zu verschaffen und diesen eventuell unter Zuhilfenahme von Mitteln aus der Hauptkasse den dort üblichen Pöschlö zu sichern, damit sie möglichst unabhängig für die Organisation wirken können. — Ostwald teilte alsdann mit, daß im Herbst eine Konferenz sämtlicher Gauborstände in einem noch zu bestimmenden Orte stattfinden solle. Die nächste Gaunkonferenz wird am dritten Weihnachtsfesttage dieses Jahres wieder im Berliner Gewerkschaftshaus abgehalten.

Eine Textilarbeiter-Konferenz

fand am ersten Dinstage im Gewerkschaftshause zu Berlin statt, um entsprechend einem Beschlusse der letzten Generalversammlung des Textilarbeiter-Verbandes eine Vorlage über die Einteilung und Anstellung besoldeter Gauleiter auszuarbeiten. Anwesend waren 17 Delegierte als Vertreter der Agitationskomitees aus allen Bezirken Deutschlands, außerdem der gesamte Verbandsvorstand und Ausschuss, bestehend aus zusammen zehn Personen. Der Verbandsvorsitzende Hübsch, der die Konferenz vormittags 10 Uhr eröffnete, wies darauf hin, daß sich der Verband nach außen hin sehr günstig entwickelt und die Mitgliederzahl auf über 51 000 gestiegen ist. Die Konferenz faßte mit 17 gegen 8 Stimmen den Beschluß, der nächsten Generalversammlung die Einteilung des Verbandsgebietes in 7 Gauen und die dementsprechende Anstellung von Gaubeamten vorzuschlagen. Die Gauen sollen folgende Landestheile umfassen: 1. Schlesien und Brandenburg, 2. Sachsen und Nordbavern, 3. Thüringen, 4. Süddeutschland, 5. Westfalen und Norddeutschland, 6. das rechte Rheinland, 7. das linke Rheinland. Eine genauere Abgrenzung der Gauen wird später erfolgen. Die Gaubeamten sollen in geheimer Abstimmung auf den Gauenkonferenzen, die alle zwei Jahre stattfinden, gewählt werden, und bedürfen der Bestätigung des Verbandsvorstandes. Als Gehalt der Gaubeamten werden 1600 M. vorgeschlagen, jährlich steigend um 50 M. bis zum Höchstgehalt von 2000 M. — Die Entscheidung über diese Vorschläge wird die im nächsten Jahre stattfindende Generalversammlung des Verbandes treffen.

Des weitern wurde auf der Konferenz über die Bemühungen der Krimmischauer Textilarbeiter zur Durchführung des zehnstündigen Arbeitstages gesprochen. Hierzu war eine besondere Delegation aus Krimmischau anwesend. Die Textilarbeiter streben dort schon seit einer Reihe von Jahren danach, die Fabrikanten auf friedlichem Wege zur Einführung des zehnstündigen Arbeitstages, der in benachbarten Orten schon seit längerer Zeit besteht, zu veranlassen, hatten aber bisher nicht den gewünschten Erfolg. Die Konferenz nahm einstimmig eine Resolution an, worin den Textilarbeitern Krimmischaus vollste Sympathie ausgesprochen wird und die Delegierten sich verpflichten, in allen Bezirken Deutschlands Aufklärung über die Sachlage in Krimmischau zu verbreiten.

Dritte Generalversammlung des Centralverbandes der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter Deutschlands.

Hamburg, 10. April.
Die Generalversammlung tagte in den Lütjenschen Lokalitäten. In der Begrüßungsrede hob der Verbandsvorsitzende Schumann besonders hervor, daß der Verband sich trotz der ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse noch um rund 3000 Mitglieder vermehrt habe. Noch erfreulicher sei, daß das erste Quartal 1903 eine Steigerung der Mitgliederzahl um 3500 aufzuweisen hat, der Verband somit am 1. April 1903 rund 24 300 Angehörige zählte. Für 111 Verwaltungsstellen sind 45 Delegierte anwesend. Außerdem sind vertreten der Verbandsvorstand, Ausschuss, Redaktion des Fachblattes, Pressekommision und als Vertreter der Generalkommission Legien. Als Gäste sind Vertreter des Verbandes der Handlungsgehilfen und der Hafenarbeiter anwesend. Die österreichischen Berufsorganisationen sandten Begrüßungsschreiben. Zur Prüfung der Mandate wurde eine fünfgliedrige Kommission gewählt. Danach erfolgt die Festsetzung der Geschäftsordnung. Beschlüsse wird, den streikenden Berufskollegen in Holland zur Unterstützung 2000 M. zu übermitteln.

Während der Tagung der Mandatsprüfungs-Kommission referierte Werner-Berlin über: „Die Entmischung der Großbetriebe im Handelsgewerbe und ihr Einfluss auf die Berufsverhältnisse“. — In der dem Referat folgenden eingehenden Diskussion wird dem Referenten allseitig zugestimmt, dann folgt die einstimmige Annahme nachstehender Entschließung, die sich mit dem Inhalt des Referats im wesentlichen deckt:

„Die im Handelsgewerbe immer mehr zu Tage tretende inderartige Konkurrenz und die dadurch sich immer mehr verringende Profitrate bedingte die Zusammenlegung großer Kapitalien zur Schaffung von Großbetrieben, welche eine größere Leistungsfähigkeit nach jeder Richtung ermöglichen. An Stelle der Zwergebetriebe treten die großen Waren- und Exporthäuser. Durch diese Entwicklung der Handelsbetriebe wird das sogenannte patriarchalische Verhältnis mehr und mehr beseitigt, sie bedeutet also auch einen Fortschritt im Arbeitsverhältnis der Arbeiter. Je schneller die Evolution zu Großbetrieben fortschreitet, desto eher wird es möglich sein, menschenwürdige Zustände für die Handelsarbeiter durchzusetzen.“

Die Generalversammlung der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter Deutschlands begrüßt daher die Entwicklung der Großbetriebe im Handelsgewerbe aus besagten Gründen mit lebhafter Genehmigung und beauftragt die Verbandsleitung, mit den maßgebenden Körperschaften und Vereinigungen der Unternehmer in Verbindung zu treten, um die Leitungen der einzelnen Warenhäuser zwecks tariflicher dauernder Regelung der Arbeitsverhältnisse unserer in den Großbetrieben beschäftigten Kollegen heranzutreten und für Festlegung möglichst gleichartiger Arbeitsbedingungen Sorge zu tragen.“

Die Mandatsprüfungs-Kommission gab hierauf ihren Bericht, wonach die Versammlung beschloß, sämtliche Mandate als gültig anzuerkennen.

Hierauf wurde seitens des Verbandsvorsitzenden Schumann der Geschäftsbericht für die verfloßene Periode von 2 Jahren gegeben. Dieser schilderte besonders den Einfluss, den die wirtschaftliche Krise auf die Organisation ausgeübt habe. Den ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnissen sei in erster Linie die Thatsache zuzuschreiben, daß der Fortschritt in der Mitgliederzahl nicht so groß gewesen sei, als in früheren Jahren. Der Verband mußte vielfach seine Thätigkeit in so mancher Beziehung ändern, den Verhältnissen anpassen. Vielfach hätten auch Unternehmer andre Maßregeln ergriffen als bisher, indem vielfach Leute, die sich in Betrieben den Unternehmern unliebsam bemerkbar gemacht hätten, nicht wie früher aus den Betrieben hinaus, sondern in den Betrieben selbst zu höheren Stellen hinaufgehoben wurden. Dadurch wurden viele hervorragende thätige Verbandsmitglieder in einen gewissen Gegensatz zu ihren Mitarbeitern gebracht und so für die Organisation schädlich gesetzt. Andererseits habe sich die Anstellung von Gauleitern im großen und ganzen gut bewährt, und ihr sei es zum großen Teil zuzuschreiben, daß die Zahl der organisierten Berufskollegen während der Zeit der Krise sich nicht gemindert habe.

Nach dem Bericht des Hauptkassierers Kahler wurde trotz erhöhten Beitrags in der Berichtsperiode ein geringerer Ueberschuss erzielt als in den Jahren 1899—1900. Dies sei auf wesentliche Erhöhungen der Unterstützungen, besonders der Arbeitslosen-Unterstützung, zurückzuführen. Eine Stärkung der Verbandskasse sei in Anbetracht der steigenden Ausgaben für Unterstützung unbedingt notwendig.

Den Bericht des Ausschusses giebt Wächter-Leipzig. Er erläutert die verschiedenen gegen den Verbandsvorstand vorgebrachten Beschwerden und spricht sich gegen die Anlegung eines Teils des Verbandsvermögens in Straßenbahnaktien aus.

Selbns des Vorstandes gab Schulz Aufklärung über die Anlage des Verbandsvermögens und betonte, daß das in Aktien der Großen Berliner angelegte Kapital mindestens ebenso sicher sei, als die Anlage bei irgend einer Sparkasse.

Nun folgte die Diskussion des Vorstandsberichts. Die Debatte bewegte sich teilweise um den Bericht des Vorstandes, andererseits auch um die Thätigkeit einzelner Gau-Angehörigen. Es wurde allseitig anerkannt, daß der Centralverband in jeder Beziehung seine Schuldigkeit getan hat, wenn auch einzelne Vorkommnisse seitens der Delegierten nicht gutgeheißen wurden. Eine Debatte von längerer Dauer verursachte eine Berliner Interpellation, den vorjährigen Verloren gegangenen Kolluischer-Streit betreffend. Auch dieser Punkt wurde schließlich zur allseitigen Zufriedenheit erledigt.

Der Vorsitzende der Generalkommission, Legien, gab auf eine Anfröe Dellmarings-Elberfeld betreffs Einsetzung einer

Agitationskommission für Rheinland-Westfalen, seitens der Generalkommission den Rat, die verschiedenen Gauleiter der einzelnen Verbände möchten sich zusammenschließen und so das betrieblische, was der Generalkommission momentan nicht möglich sei.

Verbandstag der Schmiede.

Galle a. S., 11. April.

Die Verhandlungen finden im Saale des Glauchischen Schützenhauses statt. Es sind 47 Delegierte erschienen. Die Generalkommission ist durch Sabath vertreten.

Die heutige Sitzung beschäftigte sich zunächst mit dem vom Hauptvorsitzenden Lange, Hauptkassierer Schreiber und Ausschuss-Vorsitzenden Stäwe erstatteten Bericht. In der Diskussion wurde die Thätigkeit der Verwaltungsbeamten teils bemängelt, teils anerkannt.

Zum Punkt 3 der Tagesordnung, Organfrage, erstattet Tempel-Berlin den Bericht der Pressekommision. Gegen den Redakteur Schreiber, der zugleich Hauptkassierer des Verbandes ist, war bei der Pressekommision nur eine unwesentliche Beschwerde eingegangen. Zum Punkt 4 Organfrage wurde beantragt, den Kopftitel „Bruder Schmied“, der etwas künstlerisch klinge, in „Schmiede-Zeitung“ umzuändern, die Pressekommision aufzuheben und die Uebersetzung der Presse dem Ausschuss zu übertragen. Ferner wird gewünscht, im „Bruder Schmied“ Annoncen nicht mehr aufzunehmen. Es wird auch beantragt, das Verbandsorgan zu vergrößern.

Halle, 12. April.

Am dritten Verhandlungstage wurde mit dem Punkt Organfrage fortgefahren. Der Antrag Berlin, im Fachorgan Annoncen nicht mehr aufzunehmen, wurde abgelehnt. Angenommen wurde der Antrag des Centralvorstandes, dem Verbandsorgan den Titel „Schmiede-Zeitung“ zu geben. Die Pressekommision bleibt bestehen.

Hierauf referiert Schreiber-Hamburg über das Unterstützungswesen im allgemeinen. Mit einer guten, recht übersichtlich zusammengestellten Statistik plädiert Redner für den weiteren Ausbau der Unterstützungen.

Referent für die Einführung der Kranken-Unterstützung ist Schrader-Hamburg. Redner bemerkt, daß diese Unterstützung von den Kollegen mit einer gewissen Leidenschaftlichkeit behandelt worden sei. Dies sei aber kein schlechtes, sondern ein gutes Zeichen für die Organisation und beweise, daß die Kollegen die Vorlagen des Hauptvorstandes nicht gleichgültig hinnehmen. Man möge die Kranken-Unterstützung einführen.

Die Diskussion über die Einführung der Kranken-Unterstützung bewegte sich in demselben Fahrwasser, in dem sie auch in andern Gewerkschaften besprochen wurde. Einige Delegierte erblickten in dem Ausbau des Unterstützungswezens einen Zug nach rechts und behaupten, Politik gehöre in die Gewerkschaften hinein. Der Staat sei verpflichtet für die Kranken zu sorgen und wenn er seine Schuldigkeit nicht thue, so müsse dagegen protestiert werden. Die Vorlage für die Kranken-Unterstützung gehöre in den Diskus. Hiergegen wird von den Anhängern der Einführung der Kranken-Unterstützung eingewendet, daß die Gegner des Unterstützungswezens bei der Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung ähnliche Ausführungen gemacht hätten. Alle Organisationen wären aber durch das Unterstützungswezen nachweislich stabil und kräftig geworden.

Fünfte Generalversammlung des Verbandes der Sattler.

Kassel, 13. April.

Am 2. Feiertag trat hier die Generalversammlung zusammen. Sie ist von 39 Delegierten besucht. Außer zwei Vertretern des Centralvorstandes und dem Vorsitzenden des Ausschusses ist je ein Vertreter der österreichischen und der skandinavischen Bruderorganisationen anwesend. Aus der Schweiz waren Begrüßungsdelegationen eingelaufen. Die Organisation der Portefeuller ist durch ihren Vorsitzenden vertreten.

Am ersten Verhandlungstage wurde der Bericht des Vorstandes und Ausschusses zur Kenntnis genommen. Die eingelaufenen Anträge über die Presse wurden dem Vorstande zur Berücksichtigung überwiesen. Es wurde beschlossen, die Zeitung in Zukunft in der Druckerei des „Vorwärts“ herstellen zu lassen. Den weiblichen Mitgliedern soll in Zukunft neben der „Sattler-Zeitung“ die „Gleichheit“ geliefert werden.

Dem Streikreferat wurde folgendes hinzugefügt: Die Genehmigung von Angriffstreiks kann nur dann erfolgen, wenn zwei Drittel aller in Betracht kommenden Kollegen mindestens ein halbes Jahr dem Verbands angehören. Bei Abwehrestreiks muß mindestens die Hälfte der Kollegen ein halbes Jahr organisiert sein.

Dauert ein Streik bereits zwei Wochen und ist an eine Beilegung noch nicht zu denken, so sind die nicht durch besondere Umstände an den Ort gebundenen Mitglieder verpflichtet, den Ort zu verlassen.

(Privattelegramm.)

Kassel, 14. April. Der Verbandstag beschloß in seiner heutigen Sitzung die Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung mit 25 gegen 14 Stimmen.

Zehnter Verbandstag der Glaser und verwandter Berufsgenossen.

Leipzig, 11. April.

Im Saale des Pantheon wurde heute abend 7 Uhr der Verbandstag eröffnet. Die Verhandlungen, die für Sonntag und Montag in Aussicht genommen waren, können am Sonntag in Leipzig nicht stattfinden, weil am ersten Feiertag alle Versammlungen in Sachsen verboten sind. Die Delegierten müssen deshalb an diesem Tage jenseits der sächsischen Grenze in Schleuditz ihre Beratungen fortzuführen.

Anwesend sind 27 Delegierte. Außerdem der Vorsitzende und der Kassierer des Verbandes sowie der Vorsitzende des Ausschusses. Die Generalkommission ist durch Kube vertreten.

In der regen Diskussion über den Geschäftsbericht wurde die Thätigkeit des Vorsitzenden und Kassierers allseitig anerkannt. Einige Mängel, die sich in der Hauptsache auf den im schriftlichen Verkehr und im Verbandsorgan angewandten Ton bezogen, wurden kritisiert, jedoch betonten sämtliche Redner, daß auch nach dieser Richtung in letzter Zeit eine wesentliche Besserung eingetreten sei. Dem Vorsitzenden und dem Kassierer wurde einstimmig Danksagung erteilt.

Den Bericht des Ausschusses erstattete Helm-Leipzig. Nach kurzer Debatte wurde auch dem Ausschuss Danksagung erteilt.

Die Pressekommision berichtet, daß dem Redakteur Eichhorn bei Beginn seiner Thätigkeit viel Schwierigkeiten bereitet wurden. Von außerdeutschen Abonnenten der „Glaser-Zeitung“ befinden sich in St. Gallen 120, Wien 80, Zürich 40, Schaffhausen 17, Winterthur 15 und Luzern 10.

Leipzig-Schleuditz, 12. April.

Es folgt die Beratung der Anträge auf Anschluß an den Holzarbeiter-Verband. Die meisten Redner wenden sich gegen den Anschluß an den Holzarbeiter-Verband und bedauern, daß diese Frage, die zum mindesten als verfehlt zu bezeichnen sei, schon auf mehreren Verbandstagen angeschnitten worden sei. Schließlich werden die Anträge auf Anschluß an den Holzarbeiter-Verband gegen zwei Stimmen abgelehnt und folgende Resolution gegen drei Stimmen angenommen:

„Die auf dem zehnten Verbandstage anwesenden Delegierten sind mit dem Uebertritt zum Holzarbeiter-Verband im Prinzip einverstanden. Können jedoch aus tatsächlichen Gründen vor der Hand zu einem Uebertritt nicht ihre Stimme geben.“

Hierauf referiert der Verbandsvorsitzende Eichhorn über den Ausbau des Unterstützungswezens im Verbands. Die Erhöhung der Arbeitslosen-Unterstützung sei praktisch durchführbar und der Organisation dienlich. Die bisherige Bestimmung, wonach nur Verheiratete diese Unterstützung erlangen, lasse sich durch nichts rechtfertigen. Eine längere Karenzzeit sei aber empfehlenswert, des-

gleichen die Erhöhung des Wochenbeitrages um 5 Pf. An der Hand eines reichhaltigen Zahlenmaterials sucht der Redner die Möglichkeit einer höheren Arbeitslosen-Unterstützung nachzuweisen.

Zu dieser Angelegenheit liegen zahlreiche Anträge vor. Die Diskussion hierüber ist eine sehr ausgedehnte und wird durch einen Schlussantrag beendet. Mit 14 gegen 13 Stimmen wird ein Antrag des Vorstandes, wonach die Arbeitslosen-Unterstützung für Mitglieder, die mindestens 104 Wochenbeiträge geleistet haben, wöchentlich 8 M. auf die Dauer von 4 Wochen, nach 200 Beiträgen wöchentlich 9 M. auf die Dauer von 6 Wochen, nach 320 Beiträgen wöchentlich 10 M. auf die Dauer von 10 Wochen beträgt, mit der Änderung angenommen, daß die Karenzzeit bei Berechtigung der Arbeitslosen-Unterstützung bei Verheirateten 1 Jahr, bei Ledigen 3 Jahre beträgt.

Leipzig, 13. April 1903.

Die Verhandlungen werden wiederum im Pantheon eröffnet. Mehrere Delegierte erheben Einspruch gegen die gestrige Abstimmung über die Arbeitslosen-Unterstützung. Diese Angelegenheit wird nach längerer Geschäftsordnungs-Debatte einer Kommission zur nochmaligen Vorberatung überwiesen.

Beim Punkt Reise-Unterstützung wird folgender Antrag der Zahlstelle Berlin angenommen: Reisende Kollegen erhalten pro Kilometer 3 Pf. Der volle Betrag ist auszuzahlen, auch wenn die zurückgelegte Strecke 100 Kilometer übersteigt.

Ueber die Anträge auf Einführung einer Krankenunterstützung sowie auf Gründung einer Sterbefall-Unterstützung wird zur Tagesordnung übergegangen.

Beim Punkt: Rechtschutz wird ein Antrag der Zahlstelle Dresden, der eine präzisere Fassung des gegenwärtigen Statuts bezieht, angenommen.

Ueber die Agitation und Neu-Einteilung der Agitations-Bezirke referiert der Verbandsvorsitzende Eichhorn. Auch diese Angelegenheit wird zur Vorberatung einer Kommission überwiesen.

Nach der Mittagspause erstattet zunächst die Kommission, die über die Arbeitslosen-Unterstützung beraten hat, Bericht und empfiehlt folgendes zur Annahme: Die Karenzzeit wird für Ledige auf zwei Jahre, für Verheiratete auf ein Jahr festgesetzt. An Unterstützung wird gezahlt für Verheiratete nach einer Mitgliedschaft von 52 Wochen wöchentlich 6 M. für die Dauer von 4 Wochen,

104	7	5
156	8	6
200	9	7
250	10	8
für Ledige nach einer Mitgliedschaft von		
104	6	4
156	7	5
200	8	6
250	9	7
572	10	8

Ausgeleitete Mitglieder können nach einer Karenzzeit von 40 Wochen erneut Unterstützung beziehen.

Der Höchsttag der Reise-Unterstützung wird von 30 auf 35 M. erhöht.

In namentlicher Abstimmung werden diese Vorschläge einstimmig angenommen.

Die Verbandsbeiträge werden einstimmig von 25 auf 30 Pf. erhöht.

Von der Kommission, die sich mit der Einteilung der Agitationsbezirke zu beschäftigen hatte, wird vorgeschlagen, 14 Bezirke zu bilden mit dem Sitz in Berlin, Chemnitz, Dresden, Breslau, Leipzig, Erfurt, Hamburg, Hannover, Köln, Mannheim, Saarbrücken, Stuttgart, Freiburg und Nürnberg. Die Hauptleitung der Agitation scheidet dem Verbandsvorstand zu. Die Zahlstellen haben zur Deckung der Agitationskosten einen obligatorischen Beitrag von 5 Pf. pro Kopf und Monat zu erheben und an die Bezirke abzuführen.

Der Vorschlag der Kommission wird gegen eine Stimme angenommen.

Alle Anträge auf Änderung der Statuten werden dem Hauptvorstande überwiesen, der dem nächsten Verbandstage einen entsprechenden Entwurf unterbreiten soll.

Das Gehalt des ersten Vorsitzenden wurde von 1600 auf 1800 M. erhöht und ihm ferner für Heizung, Beleuchtung und Bureaukosten 100 M. bewilligt.

Nach einem Referat Eichhorns stimmte sodann der Verbandstag debattelos folgender Resolution zu:

Der in Leipzig tagende zehnte Verbandstag des Centralverbandes der Glaser und verwandter Berufsgenossen Deutschlands erkennt die Zweckmäßigkeit korporativer Arbeitsverträge an. Es wird der Verbandsvorstand beauftragt, die nötigen Schritte einzuleiten, um auch für das Glasergewerbe das Zustandekommen eines korporativen Arbeitsvertrages zu ermöglichen. Sollten die mit den Unternehmern zu pflegenden Verhandlungen wirklich zu einem Resultat führen, so ist über die zu treffenden Abmachungen eine Urabstimmung herbeizuführen.

Der Sitz des Verbandes bleibt in Karlsruhe, der des Ausschusses in Leipzig.

Der nächste Verbandstag wird in Mannheim abgehalten.

Gegen 5 Stimmen wird beschlossen, den Sitz der Pressekommision in Karlsruhe zu belassen.

Der Verbandsvorsitzende Eichhorn und der Verbandskassierer Scherdt werden einstimmig wiedergewählt.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Fünfte Generalversammlung des Verbandes der Vergolder und verwandter Gewerbe.

München, den 13. April.

Der Verbandsvorsitzende Späthe-Berlin betont in seiner Eröffnungsrede, daß sich augenblicklich schon wieder ein Aufschwung im Vergoldergewerbe bemerkbar mache. Der Verband habe aber auch die Krise, trotz schwerer Kämpfe, gut überstanden.

Rom Auslande sind A. Richter und Alois Schmidt aus Wien anwesend. Die Generalkommission ist durch Knoll-Berlin vertreten. Auf der Generalversammlung sind 16 Delegierte sowie zwei Vertreter des Hauptvorstandes und ein Vertreter des Ausschusses anwesend.

Der Bericht des Verbandsvorstandes wird ohne Debatte entgegengenommen, desgleichen der Bericht des Hauptkassierers. Der Bericht des Ausschusses zeitigt eine Debatte, die sich um interne Angelegenheiten der Organisation dreht. Die vom Ausschuss vorgelegte Berufsstatistik nimmt die Generalversammlung ohne Debatte zur Kenntnis. Es folgen die Berichte der einzelnen Delegierten.

Einen breiten Raum in der Debatte nehmen die Verhandlungen über den Generalstreik der Berliner Vergolder in Anspruch. Schnorre-Berlin wendet sich gegen die Auffassung der Berliner Zeitung, daß zu gelegener Zeit auch ein abermaliger Generalstreik nicht von der Hand zu weisen sei. Die Erfahrungen bei dem ersten Generalstreik ermutigen nicht zu einer Wiederholung. Dehler, Heemann und Späthe wenden sich gegen die Ausführungen Schnorres. Die Vorwürfe, welche derselbe der Zeitung mache, seien zum Teil unberechtigt, zum Teil einseitig. Verschiedene Vertreter kleinerer Zirkeln erklären, daß ihre Zirkeln dem Berliner Generalstreik durchaus sympathisch gegenübergefallen haben und auch bereit gewesen wären, denselben mit den höchsten Opfern zu unterstützen, da man in der Provinz das größte Interesse an der Beseitigung des Zwischenmeister-Systems in Berlin habe.

Die Bemühungen zur Organisation der weiblichen Berufsangehörigen haben nur sehr geringen Erfolg gehabt. Späthe erklärt dies dahin, daß die Arbeiterinnen fürchten, aus der Arbeit gedrängt zu werden, wenn sie die Forderung ausstellen: Für gleiche Leistung gleiche Bezahlung. Oftmals mangelt es aber auch an der nötigen Agitation.

Die Delegierten für Bremen und Jülich-Nürnberg führen Beschwerden über mangelndes Entgegenkommen seitens des Holzarbeiter-

Warenhaus A. Wertheim

Leipzigerstr. 132/135 (Versand-Abteilung)
Rosenthalerstr. 27/29 u. 54. — Oranienstr. 52/55.

Schul-Artikel

Schreibhefte 20 Blatt	Dtz. 80 Pf.	Globus-Schulfedern	Gross 55 Pf.	Griffel	Dtz. 8 u. 20 Pf.
Diarium 40 Blatt, m. Wachstuchdeckel oder mit festem Deckel	20 Pf.	Perry-Schulfedern	grau und braun	Reissbretter	1.20, 1.40, 1.90, 3.25
Diarium 80 Blatt, mit Wachstuchdeckel	38 Pf.	Alfred-Schreibfedern	Gross 85 Pf.	Reissnägeln	2 Dtz. 6 Pf., Gross 28 Pf.
Oktavhefte mit und ohne Linien	Dtz. 35 u. 70 Pf.	Soennecken-	" Gross 1.10 Mk.	Reisszeuge	90 Pf., 1.40 bis 7.50
Aufgabenhefte	3 u. 6 Pf.	Federhalter	mit Ring Dtz. 22 u. 55 Pf.	Herbarien	48, 80 Pf., 1.20
Etiketten für Schulhefte,	100 Stück 10 Pf.	Federkasten	aus einem Stück, mit Einteilung 10 Pf.	Schulglobus	2.50 u. 3.50
Umschlagpapier blau, Buch	15 u. 30 Pf.	Federkasten	doppelter Schiebekast. 25, 30, 50 Pf.	Schulatlanten	von Andree, Schillmann, Debes, Dierke u. Gäbler, Lange
Löschblätter Mappe mit 25 Stück	7 Pf.	Federbüchsen	3 u. 4 Pf.	Schulpläne von Berlin	10 u. 30 Pf.
Klebe-Oblaten für Löschblätter	25 Stück 5 Pf.	Bleistifte "A. W. Faber"	Dutzend 22, 45 Pf., 1.40	Butterbrotpapier	fettdicht Karton 100 Blatt 25 Pf.
Ordnungsmappen	18 u. 48 Pf.	Tintenwischer	8 u. 18 Pf.	Briefpapier	100 Bogen u. 100 Umschläge 55 Pf.
Radiergummi	2, 3, 5 u. 10 Pf.	Lineale 2, 4, 8,	mit Metall-einlage 8 u. 12 Pf.	Briefpapier "Libelle"	100 Bogen und 100 Umschläge 1.50
Schreibtinte Flasche	5, 18, 28 Pf.	Schiefertafeln	10, 18, 45 Pf.	Briefpapier "Victoria"	" 1.50

Schulmappen

Schafleder-Tornister	2.60 Mk.	Schafleder-Tornister mit Plüsch	2.60 Mk.	Rindleder-Arm- und Rücken-Mappe	5.25 Mk.
Rindleder-Tornister	5.25 Mk.	Schafleder-Arm- und Rücken-Mappe	2.60 Mk.	" Frühstückstasche	85 Pf.

Carl Schmidt,
Büsten-Fabrik,
BERLIN W.,
Taubenstr. 23,
empfiehlt seine
weltberühmten
Stoffbüsten
für jede Körperform.
Figur wie nebensteh.
von 7 Mk. bis 50 Mk.
Unentbehrlich zur An-
fertigung der Kostüme.
Katalog V gratis und
franco.
Man hüte sich vor wertlosen
Nachahmungen. 4681*

Damen-Saccos,
Capes, Blusen,
Röcke
billiger
als in jeder Fabrik. 11802*
Reste
in Kostümen, Damen-
Mänteln, in Mädchen- u.
Knaben-Sachen.
Oranien-
Oskar Basch, strasse 292, pt.

Kranz- und Blumenbinderei
von **Robert Meyer,**
nur Mariannen-Strasse 2.
Bereits Kränze, Palmen- u. Blumen-
arrangements, Bouquets, Girlanden
etc. werden fein u. preiswert geliefert.

Kranz- und Blumenbinderei
von **H. Rodewald,**
Alexandrinenstrasse 1a.
Kränze mit Bindungschleifen,
Bouquet- und Konfirmations-Bouquets,
Arrangements etc. preiswert. 27380*

Reste
zur [7881]*
Damen-Mäntel-Konfektion und
Kinder-Garderobe.
Futtersolden, Besatzartikel.
Fertige Damen-Mäntel und
Jackets in grösster Ausw.
Kostüm-Stoffreste zu vollständigen
Kostümen u. einzelnen Rücken in
farbig u. schwarz, enorme Ausw.
C. PELZ,
4. Kottbuser-Strasse 4.

Palmin

ist anerkannt die
feinste Pflanzenbutter.
Palmin wird hergestellt aus ausgesuchten
Kokosnüssen und ist frei von jeglichem Geruch und
Geschmack. In der Verwendung beim Backen,
Braten und Kochen ist Palmin gleich vorzüglich
wie Butter, aber viel billiger als diese. Preis pro
Pfund 70 Pf. 449L*
Man achte genau auf die Original-Etikette
"PALMIN"; Nachahmungen sind oft wertlos.
Zu haben in Delikatessen-, Kolonialwaren- und
Buttergeschäften.

Echte
Patzenhofer Biere
Patzenhofer Hell } 30 Fl. { 1/8 T. M. 3.00
Patzenhofer Marine } 1/8 T. M. 3.25
Patzenhofer Dunkel } 3 M. { 1/8 T. M. 3.50
Patzenhofer Crystal 28 Fl. 3 M. 1/8 Hl. M. 3.00

Gefällige Bestellungen an
Patzenhofer Brauerei
NO. Landsberger Allee 24/27
Telephon VII, 2000 u. 5536.
NW. Strom-Strasse 11/16
Telephon II, 127 und 676.
Pfund pro Flasche 10 Pf.

Zucht- und Legehühner
verkauft **Otto Pich, Berlin, Bondstrasse 8.** (0022*)

H. & P. Uder, Berlin SO. 16,
Engel-Ufer 5.
Fabrik-Lager sämtlicher gangbarer Kantabake.
Spezialität: Nordhäuser Kautabak
stets frisch zu billigsten Engros-Preisen. 631L*
Amt 7. 1851.

Verlag v. G. Birk & Co., München.
zur Agitation empfohlen
wir:
**Robert Albert: Kaiser-
Adressen** mit einem Anhang:
Krauppischer Wohlthätig-
keits-Schwindel. 20 Pf.
Der Fall Krupp, eine
Thalloschensammlung. 50 Pf.
Demnachst erscheinen:
Johannes Timm: Centrum und
Socialdemokratie. 20 Pf.
H. von H.: Fürstinnenporträts.
50 Pf. 11472*
Kopierarbeiten hoher Rabatt.

Charlottenburg.
F. Kunstmann
Wallstr. 1.
Uhrmacher und Gold-
arbeiter.
Grosses Lager, billige
Preise. — Reparaturen
schnell, billigst. *

Dur Probe! Beste Rasiermesser
der Welt!
empf. gegen Nachahmung od. versch. Raffen.
Geis Samson'sche, Geis, Solingen,
Stahlwarenfabrik und Versand.
Diamantstahl-Rasiermesser Nr. 1.
besgl. Silberflakt
Nr. 2. — mit Stahl-
Streichriemen mit
Kohle Nr. 1.24. Preis
u. Post 1.50. Geis
625. Abziehstein Nr.
250. Rasier-
geräthe in feinem
Stahl Nr. 8.
Katalog mit über
3000 Gegenständen, wie: Messer, Scher-
ren, Enten, Waagen, Leber-, Gold- u.
Silberwaren, erhält jeder franco, un-
sonst. Bitte zu verlangen. Für Wieder-
verkäufer beste Belegkauthe.
Nachdruck verboten.

Patente
befragt und beantwortet
gut und schnell
Patent-Bureau
B. Reichhold u. Co.,
Berlin NW., Luisenstr. 24.
Kunstst. Kostenlos. 7720*

Reste
billig für elegante
Herrenanzüge, Paletots,
Kinder-Anzüge usw.*
Tuchfabrik-Niederlage
Koch & Seeland, Berlin C, Rosstr. 2.

Patent- [12192*
Verwertung, Finanzierung, An-
meld. v. Pat. u. Gebrauchsmust.
zum Selbstkostenpreis bei An-
trag u. Dersert. Sertfertigung von
Zeichnungen. **Wolters & Co.,**
W., Potsdamer Strasse 123.
Kunststoffe und Stoffabfälle kostenlos.

Der billige Rosenberg.
Einsegnungsanzüge,
Einsegnungskleider, Knabenanzüge
Mädchenkleider, Mädchenjackets,
Damen-saccos, Capes, Kostüme,
Reste
alles zu ganz enorm bill. Preisen.
Kottbuser Damm 93.
Lieferant des Rabatt-Spar-
Vereins „Süd-Ost“.

Dr. Simmel, Prinzen-
Str. 41.
Spezialarzt für (108/11*
Haut- und Hautleiden.
10-2, 5-7, Sonntag 10-12 2-4.

Bruch-Pollmann
empfiehlt sein Lager in Bruchbandagen,
Lössbinden, Gortadhalter, Spritzen,
Suspensoren, sowie sämtliche Artikel
zur Krankenpflege.
Eigene Werkstatte.
Sicherantf. Ortho- u. Hilfs-Strapenlassen.
Berlin C., 10732*
30. Finien-Strasse 30.
NB. Alle Bruchbänder mit elastischen
Belastungen, angenehm und leicht
am Körper.

Vorwärts - Buchhandlung
SW., Lindenstrasse 69.

Empfehlenswerte Werke
für Bibliotheken.
Gesetzliche Werke, eine Auswahl
seiner gesamten Schriften in zehn
Bänden . . . Preis jetzt 15 Mk.
gegen früher 30 Mk.
einzelne Bände . . . 2 Mk.
(Romane, Erzählungen, ausge-
zeichnete Natur- und Reise-
skizzen.)
Reisewerke, neuerschlossene
billige Volksausgabe, in Leinen
gebunden . . . 4 Bände 10 Mk.
8 . . . 13 Mk.
gegen früher 25 Mk.
Billige Klassiker-Ausgaben: Bürger,
Börs, Chamisso, Eichendorff, Goede,
Goethe, Hauff, Hebel, Heine, Hoff-
mann, Kleist, Körner, Lessing, Lehmann,
Ludwig, Müllers, Schiller, Schateles,
Stifter, Uhland.
Preis je nach Anzahl der Bände
von 1.50—9 Mk.
Werke über Naturgeschichte, Welt-
geschichte, Reise-Beschreibungen,
Forschungs- und Entdeckungserzählun-
gen zum Teil zu bedeutend herabgesetzten
Preisen.
Billige, leichtföhlige Werke zum
Selbststudium fremder Sprachen, sowie
ausführliche Wörterbücher.

Bemerken empfehlen als passende und
wirkungsvolle Dekoration für Vereins-
und Versammlungszimmer unsere an-
erkannt vorzüglichen Rubrik-Gradieren,
wie: Die Freiheit führt das Volk,
Der erste Mai, sowie Porträts von
Engels, Lassalle, Marx, Hebel, Liebk-
necht, Singer u. a. 233/11*

**Damen- und Mädchen-
Kostüme, Saccos,
Röcke, Blusen etc.**

47. Wrangelstr. 47, part.
(Kein Laden.)
Hochbahnhof Schloßisch Thor.
Reste
von Kammgarn,
Tuch, Seide etc.
Zuschnitt gratis!

Credit. Monallich
— 10 Mark —
billige Anzüge,
Paletots
nach Maß.
Der Kaufe allerbilligste Preise.
Der selbst Stoff hat u. 20 Mk. an.
J. Tomporowski, Prinzenstr. 55

Der Generalstreik in Rom.

Rom, den 10. April vormittags.

Das Rom drei Tage hindurch von einem allgemeinen Ausstand betroffen werden könnte — und noch dazu in der Woche — hätte vor einigen Jahren wohl kein Mensch für möglich gehalten. Und noch weniger hätte man es für möglich gehalten, daß der Ausstand von den Arbeitern mit solcher Festigkeit und Ruhe durchgeführt werden könnte. Rom ist keine Industriestadt und hat — im Gegensatz zu den großen Städten Nord-Italiens — ein sehr mangelhaft organisiertes Proletariat. Daher war es wirklich erstaunlich, daß 25 000 Ausständige drei Tage lang aus Solidarität der Arbeit fern geblieben sind, in der Hochsaison der Bauarbeiten und des Fremdenverkehrs, um so erstaunlicher, als der Generalstreik aus Solidarität mit den Buchdruckern erklärt worden war, also mit der bescheidensten Arbeiterklasse, und dagegen Arbeiter traf, die einen kümmerlichen Verdienst haben, wie die Droghalensitzer, Bäcker, Straßenlehrer, Gepäckträger, oder die Saisonarbeiter sind wie die Maurer, von denen 10 000 die Arbeit niedergelegt hatten. Auch die Ruhe und Gelassenheit, mit der der Streik geführt worden ist, hätte man den als lärmend bekannten römischen Arbeitern kaum zugehört; man bedachte, daß die Provokation beispielsweise in der ganzen Stadt war während der drei letzten Tage ein irreführendes, aufreizendes Waffengeräusch. Es waren 28 000 Mann Militär in Rom zusammengezogen, sogar mehrere Batterien Feldartillerie, und die Compagnien rasselten durch die Straßen, schwenkten herum wie auf einem Räderfeld, das wirklich eine heilige Geduld dazu gehörte, das Schauspiel ruhig mit anzusehen.

Der Generalstreik ist nun, wie schon telegraphisch gemeldet wurde, beendet, der Streik der Buchdrucker dauert fort. In der vergangenen Nacht hat die Kommission der Buchdrucker mit der der Druckereibesitzer in Gegenwart des Ministers des Innern und der Abgeordneten Roms verhandelt, um einen Modus der Übereinkunft zu finden. Die Besitzer blieben aber bei dem vor der Erklärung des Generalstreiks eingenommenen Standpunkt: sie wollten den neunstündigen und entsprechende Tarifserhöhung gewähren, aber alle Streikbrecher (510 Mann) in Arbeit behalten. Die Verhandlungen waren lang und mühsam. Da aber der Regierung ungemein viel an einer Beendigung des Ausstandes lag, der um des Eigennutzes von 6 Druckereibesitzern das ganze Leben Roms unterbinde, gelang es schließlich, etwas wie eine Übereinkunft zu Stande zu bringen. An Stelle des von den Unternehmern abgelehnten Schiedsgerichts, dem auch die Frage der Streikbrecher überwiegen werden sollte, beschloß man, eine Kommission zu ernennen, bestehend aus 5 Arbeitern, 5 Buchdruckerbesitzern, dem Abgeordneten Zugnani und dem Senator Maur (Herausgeber der „Tribuna“). Diese Kommission soll über die schwebenden Fragen beraten und ihre Beschlüsse den beiden Parteien unterbreiten. Die Buchdrucker, 2000 Mann, setzen einstweilen den Streik fort. Die Sphäre der Tagesblätter, die den Achtstundentag und entsprechende Tarife seit Beginn des Buchdruckerstreiks (und zum Teil schon vorher) hatten, nahmen die Arbeit wieder auf. Die geistungslose schredliche Zeit — in der nur der von Streikbrechern gedruckte „Popolo Romano“ erschien — ist somit zu Ende.

Während heute nacht um 3 Uhr noch nichts über die Wiederaufnahme der Arbeit bekannt war, wurden um 7 Uhr Manifeste der Buchdrucker-Gewerkschaft in der Arbeitskammer angeschlagen, in denen die Ausständigen aufgefordert werden, noch heute die Arbeit aufzunehmen. Die Buchdrucker danken in dem Manifest den andern Arbeitern für die Beweise der Solidarität, erklären aber, weitere Opfer nicht annehmen und ihre Sache allein zu Ende führen zu wollen. Da in dem Manifest von keinem erlangten Zugeständnis die Rede ist, machte es unklar, ob einen sehr schlechten Eindruck unter den Arbeitern, denen es die erste Kunde von der Beendigung des Generalstreiks brachte. Es wirkte wie eine kalte Dusche auf die Ausständigen, die entschlossen waren, weiter zu streiken.

Genau haben zwingende Umstände die Exekutivkommission der Arbeitskammer bezogen, den Streik so ohne Sang und Klang abzubrechen. Die Regierung wird es nicht an Drohungen und Einschüchterungen lassen — in man doch soweit gegangen, von der Verhängung des Belagerungszustandes über Rom zu sprechen! Auch ist ja die Möglichkeit schwerer Komplikationen nie ausgeschlossen, besonders in einer Stadt, deren Arbeiterschaft so zahlreiche anarchistische Elemente enthält wie Rom. Immerhin ist es schwer für die so operativen und entschlossenen Arbeiter, einfach auf ein Wort ihrer Exekutivkommission hin, ohne selbst in einer Versammlung befragt worden zu sein, zur Arbeit zurückkehren zu müssen. Daß ein Generalstreik eine bluternste Sache war, wußte man ja im voraus. Da die Arbeitskammer die Verantwortung für den Schritt drei Tage hindurch getragen hatte, hätte sie vielleicht den Mut finden sollen, sie noch einen oder zwei Tage länger zu tragen. Diese hätten möglicherweise die Buchdruckerbesitzer zum Nachgeben zwingen können.

Unangbar haben die Unternehmer bei den letzten Verhandlungen eine klägliche Figur gespielt. Mit geradezu kindischem Trotz haben sie auf ihrem Willen bestanden. Im Grunde handelte es sich vor der Proklamierung des Generalstreiks nur noch um die Entlassung der Streikbrecher. Die organisierten Arbeiter hatten sich zu folgenden Bedingungen verstanden: Entlassung der Unangbaren und der Bestraften; die übrigen Streikbrecher sollten von der Buchdrucker-Gewerkschaft mit 200 Lire pro Kopf entschädigt und fortgeschickt werden. Dazu hätte der Verein der Hotelbesitzer Roms 50 000 Lire geboten, um die berühmten Streikbrecher abzulohnen, der Herausgeber des „Messaggero“ 60 000. Die Herrschaften hätten also im Luxus von Rom abreisen können. Die Verbotsheit der Unternehmer hat all das abgewiesen. Ob die Gesellschaft nach dem Generalstreik mehr Verzicht zeigen wird, als vorher, wird sich demnächst zeigen. Vielleicht hat die Arbeiterklasse allzu bereitwillig der Stadt Rom ein friedliches Osterfest geschenkt.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die Stukkateure sind mit dem heutigen Tage in den Streik eingetreten. Ein dahingehender Beschluß wurde in ihrer gestrigen Versammlung mit 57 gegen 19 Stimmen gefaßt, nachdem die Korporation der Arbeitgeber sämtliche Forderungen der Arbeiter abgelehnt hatte. Von den ca. 100 in Betracht kommenden Firmen haben bis jetzt 23 bewilligt, darunter mehrere der bedeutendsten. An dem Streik sind ca. 1000 Arbeiter beteiligt, davon gehören etwa 600 der Organisation an. Der Streik ist von dem Hauptvorstande sanktioniert worden und findet dementsprechend auch die Unterstützungsfälle normiert. Wer drei Wochen vor Ausbruch des Streiks arbeitslos gewesen ist, erhält die Streikunterstützung bereits vom ersten Tage ab, alle übrigen erst mit dem sechsten Streiktag. Beschlossen wurde noch, daß jeder zu den neuen Bedingungen arbeitende Kollege pro Tag 50 Pf. an die Streikliste zu zahlen hat. Bei dem gegenwärtigen günstigen Stande der Baukonjunktur hoffen die Stukkateure auf einen baldigen Erfolg. Das Streikkomitee befindet sich im Lokale von Weismann, Grünstr. 21.

Zur Lohnbewegung der Klempner ist zu berichten, daß 28 Firmen die Forderungen unterschrieben anerkennen haben. Es befinden sich zur Zeit noch 300 Klempner bei 42 Firmen im Ausstande. Eine Reihe von Firmen wollen wohl alles bewilligen, aber nicht unterschreiben. Verschiedene Firmen versuchen ihre dringendsten Arbeiten durch solche Meister fertigstellen zu lassen, die bewilligt haben, doch ist es gelungen, in einer Reihe von Fällen diesen Schleichungen auf die Spur zu kommen und sie zu verhindern, so daß auch dieser Ausweg versperrt wird. Auch auf Scheinbares Übertragen der Arbeiten auf andre Firmen, das durch die Baumeister bewirkt wird, ist zu achten. Alle Arbeiten, die Firmen bei Beginn

der Bewegung hatten, sind als diesen Firmen gehörig zu betrachten und wenn diese Firmen nicht bewilligen, Streikarbeit.

Dienstagabend hatten die Meister Versammlung. Da werden sie haben feststellen können, daß trotz der Feiertage kein Streikender abgefallen ist. Auf Grund dieser Thatsache können die Klempner allen Beschäftigten der Meister mit Ruhe entgegensehen.

Ziegelarbeiter-Streit. In Neuenhagen, Nm., haben — wie die „Märk. Volksstimme“ nach einem bürgerlichen Lokalblatt mitteilt — die Arbeiter in zwei Ziegeleien die Arbeit niedergelegt. Darauf haben sich die Arbeitgeber solidarisch mit einander erklärt und eine allgemeine Aussperrung beschlossen. Montag früh haben die Ziegeleien von Hand und Krause in Pralitz, und Wöhlitz in Schiffmühle den Betrieb eingestellt und sämtliche Arbeiter entlassen. Insgesamt sind davon etwa 150 Mann betroffen, so daß mit den früheren jetzt gegen 300 Arbeiter sich im Ausstand befinden.

Deutsches Reich.

Zum Bromberger Bauhandwerkerstreik wird und geschrieben: Die Notiz in den bürgerlichen Blättern, wonach am Mittwoch Einigungsverhandlungen stattgefunden haben sollen, wo die Arbeitgeber jedes Zugeständnis ablehnten und die Arbeitnehmer sich bereit erklärten, die Arbeit zu den alten Bedingungen wieder aufzunehmen, ist unklar. Bis jetzt haben noch keine Verhandlungen stattgefunden. Dieselben sollen erst eingeleitet werden. Der Streik ist sehr günstig für alle drei Verufe. Streikbrecher giebt es an der Polieren nicht. Auch ist es den Unternehmern nicht gelungen, aus den Provinzen Streikbrecher zu erhalten. Nur haben sich wieder in diesen Tagen einige italienische Streikbrecher-Kolonnen eingefunden, um hier den Verräter zu machen. Es sind hier jetzt 103 italienische Streikbrecher. Aber auch diese Elemente können die Bromberger Unternehmer wegen ihrer Unanglichkeit nicht heranzureichen. Der Zugang von Maurern, Zimmerern und Bauarbeitern ist fernzuhalten.

Die Gärtner und Gartenarbeiter in Bremen sind während der Osterfeiertage in den Streik getreten. Es machte sich dies notwendig, weil die Unternehmer jede Verhandlung zurückwiesen und sich bereits auf einen anfänglich festgesetzten Termin zur Arbeitsniederlegung eingerichtet hatten. — In Wandsbeck treten die Gärtner ebenfalls nach Ablauf der Kündigungsfristen in den Streik. Zugang ist fernzuhalten.

Ein Streikender ausgewiesen. Ein italienischer Maurer, der in Strahburg i. E. am Streik teilnahm, ist ausgewiesen worden. Als Grund wird zwar die nicht einwandfreie Vergangenheit des Mannes angegeben, aber es giebt doch zu denken, daß die Polizei erst jetzt an der Vergangenheit des Italiens Anstoß nahm, nachdem er bereits sechs Jahre in Strahburg gearbeitet hat, und nun mit seinen streikenden Kollegen gemeinsame Sache macht. Aber so geht es im lieben deutschen Vaterlande: Wenn die Ausländer als Streikbrecher kommen, werden sie mit offenen Armen empfangen, erlauben sie sich aber, zu streiken, dann „fallen sie lästig“.

Die Zimmerer in Dannebrück sind — wie der „Voss. Ztg.“ telegraphiert wird — in den Ausstand getreten.

Ausland.

Eine internationale Konferenz der Bergarbeiter fand Oster-sonnabend in Brüssel statt. Die englische Bergarbeiter-Organisation war vertreten durch Beard, Abraham und Bantson, die deutsche durch Götze, die französische durch Cotte und Bagot und die belgische durch Gobrot und Colvaert. Die Aufgabe der Konferenz war, das Datum für den nächsten internationalen Bergarbeiter-Kongress sowie dessen Tagesordnung festzusetzen.

Nach eingehender Besprechung einigte man sich, den internationalen Kongress auf 1. Juni nach Brüssel einzuberufen. Die Beratungen sollen möglichst bis Donnerstag den 4. Juni beendet sein. — Die Tagesordnung enthält folgende Punkte: 1. Verlängerung der Arbeitszeit der Bergarbeiter auf acht Stunden täglich (einschließlich Ein- und Ausfahrt); 2. Altersversicherung für die Bergarbeiter; 3. Mineninspektion; 4. Minimallohn; 5. Verstaatlichung der Minen; 6. Generalstreik. — Zum dritten Punkte legte Götze folgende Resolution vor: Die Unternehmer sind gesetzlich zu verpflichten, auf den Werken Einrichtungen zur Förderung der Arbeitergesundheit zu schaffen, in erster Linie geräumige Bäder-Anstalten. Auch zur Bekämpfung der Wurmkrankheit sind alle Mittel zu ergreifen, die Wissenschaft und Praxis als zweckdienlich anerkennen haben.

Der Kongress erhebt auf neue die Forderung nach Hilfsinspektoren aus den Reihen der Arbeiter, gewählt durch die Delegierten und besoldet vom Staat.

Weiter wünscht Cotte, daß der Kongress in einer Resolution die Regelung der Unfallversicherungs-Gesetze zu Gunsten der ausländischen Arbeiter verlange.

Die Dockarbeiter in Marseille erklären sich mit der Vereinheitlichung der Sommer- und Winterlöhne bei der Einführung des neunstündigen Arbeitstages einverstanden. Die Reder stimmten zu und die Verhandlungen über die Beilegung des Streikes wurden eingeleitet.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Socialdemokratischer Wahlverein für Adlershof. Donnerstag, den 10. April, abends 8 1/2 Uhr: Mitglieder-Versammlung im Lokale des Herrn H. Rechner, Oppenstraße 56. Auf der Tagesordnung steht u. a. ein Vortrag des Genossen Georg Bernhardt über: „Versammlungsrecht und Reichstagswahl“. Gäste — auch Frauen — durch Witzelberger eingeführt, haben Zutritt. Mittwochabend 7 Uhr. Handzettelverbreitung vom Genossen Stemmwedel, Friedenstr. 1 aus. Der Vorstand.

Sammellisten verloren. Auf dem Wege von Karlsdorf nach Friedrichsfelde sind zwei Sammellisten des Niederbarnimer Kreises für die Reichstagswahlen verloren gegangen. Es sind die Nummern 10 067 und 10 068 und sind darauf bereits 70 Pf. gezahlt. Es wird erjucht, dieselben anzuhalten und an den Genossen Pinfeler in Friedrichsfelde, Luisenstr. 15, einzuliefern.

Lokales.

Koststand und Waisenspflege.

Als in den letzten Jahren Wohnungsteuerung und Arbeitsmangel die unbedeutende Bevölkerung Berlins stärker noch als sonst bedrückten, war man in kommunalen Kreisen eifrig bemüht, den Sachverhalt möglichst zu vermindern. Gegenüber den Mahnungen der socialdemokratischen Stadtverordneten erklärte man auf freimüthiger Seite dreist, ein Koststand sei nicht vorhanden, wenigstens kein außergewöhnlicher. Zwar machten sich in der Kommunalverwaltung sehr bald die Folgen der steigenden Not bemerkbar. Aber es durfte nun einmal keinen Koststand geben, weil sonst der Kommunalrat sich der Pflicht, von Gemeinde wegen etwas zur Binderung der Not zu thun, weniger leicht hätte entziehen können.

Inzwischen haben die verschiedenen Zweige der Gemeindeverwaltung ihre Berichte über das Etatsjahr 1901/02 veröffentlicht. In der Hand dieser Berichte haben wir mehrfach nachgewiesen, welchen Einfluß der außergewöhnliche Koststand, der angeblich nicht vorhanden war, auf die städtische Verwaltung ausgeübt hat. Auch der Bericht über die städtische Waisenspflege, der als einer der letzten jetzt veröffentlicht worden ist, liefert wieder den hand-

greiflichen Beweis dafür, daß in Berlin in den letzten Jahren eine ganz außergewöhnlich große Not geherrscht hat. In dem Bericht wird zwar mit keinem einzigen Wort davon gesprochen, aber die dürren Zahlen, die er aufzählt, reden eine desto bedeutendere Sprache. Die verwaiseten, verlassenen oder sonst hilflos gewordenen Kinder, denen die Waiserverwaltung Obdach, Nahrung und Erziehung gewährt, hatten sich schon von 1900 bis 1901 von 4891 auf 5810, also um 8 1/2 Proz. vermehrt. Bis 1902 ist ihre Zahl weiter auf 5907, also um weitere 11 Proz. gestiegen. Es wiederholt sich hier nur, was in der Waisenspflege Berlins seit Jahrzehnten immer aufs neue zu beobachten gewesen ist. So oft ein außergewöhnlicher Koststand auftrat, vermehrte sich sofort auch die Zahl der der Waisensverwaltung anheimfallenden Kinder. Das gilt nicht nur für diejenigen Kinder, die wegen Armut, Krankheit usw. der Eltern in Waisenspflege genommen werden. Auch die eigentlich verwaiseten Kinder werden in Zeiten der Not zahlreicher als sonst der Waisenspflege zugeführt.

Durch diese steigende Inanspruchnahme der Waisenspflege wird natürlich auch der Etat in steigendem Maße belastet. Die Ausgaben der Waisensverwaltung, auf den Kopf der Bevölkerung berechnet, hatten sich Jahre hindurch auf ungefähr derselben Höhe gehalten. Noch im Jahre 1899/1900 hatten sie nur 59 1/2 Pf. pro Kopf betragen, aber im folgenden Jahre stiegen sie plötzlich auf 63 1/2 Pf. und im Jahre 1901/02 sogar auf rund 70 Pf. pro Kopf. Um die Ausgaben für die übrigen Zweige des städtischen Armenwesens steht es ähnlich. Was die Gemeinde an direkter Hilfe verweigert, das muß sie hinterher auf dem indirekten Wege der Armenpflege wenigstens teilweise gewähren.

Eine Wahlkundgebung der Hausagrarien.

Einen Aufruf zu den Reichstagswahlen erläßt der Bund der Berliner Grundbesitzervereine. Es heißt darin u. a.: „Nichts liegt uns ferner, als etwa den Streit der politischen Parteien und Lager der Hausbesitzer zu tragen. Es handelt sich bei den künftigen Reichstagswahlen zweifellos um eine Machtprobe, um einen Entscheidungskampf zwischen Bürgertum und Socialdemokratie, der für die ganze Zukunft unseres Volkes Bedeutungsvoll ist. Am Ausgange dieses Kampfes sind auch die Hausbesitzer stark interessiert, die in der Socialdemokratie nicht die politische Partei, sondern die nach Macht und Einfluß ringende wirtschaftliche und sociale Weltanschauung erblicken, die derjenigen der Hausbesitzer diametral gegenübersteht. Ob konservativ oder national-liberal, ob freisinnig oder ultramontan zu wählen ist — das hat jeder mit sich selbst auszumachen, das kommt für ihn als Hausbesitzer erst in zweiter Linie in Betracht, aber der einen Devise muß er als Hausbesitzer unter allen Umständen treu bleiben: Für das anständige Bürgertum und gegen die Socialdemokratie, die grundsätzliche und unverböhnliche Gegnerin der Hausbesitzer.“

Daß die Socialdemokratie die unverböhnliche Gegnerin hausagrarischer Ansehenssucht ist, ist unzweifelhaft richtig. Spahobst macht sich dagegen die feine Unterscheidung zwischen der Socialdemokratie als „Partei“ und der nach Macht und Einfluß ringenden socialdemokratischen „Weltanschauung“. Wir sollten doch meinen, daß in den politischen Parteibestrebungen der Socialdemokratie auch deren Weltanschauung einermäßig zum Ausdruck komme. Die Socialdemokraten pflegen uns wenigstens nicht den Luxus einer Parteiangehörigkeit zu leisten, die mit untrer Weltanschauung nichts zu thun hat. Aber die Herren Hausagrarien haben augenscheinlich von sich auf andre geschlossen. Sie bringen es in der That fertig, einer Partei anzugehören, die z. B. die Freizügigkeit auf ihre Fahne geschrieben hat und gleichzeitig ihrer hausagrarischen Weltanschauung gemäß nach Beschränkung der Freizügigkeit schreit. Verlangte doch seiner Zeit die „Deutsche Hausbesitzer-Zeitung“ kategorisch, daß die Stadtverwaltungen arbeitslosen Elementen, die nicht einmal für einen Monat die Miete aufbringen konnten, den Zugang sperren sollten, und forderte doch die „Allg. Haus- und Grundbes.-Ztg.“ sogar in einem hausagrarischen Kommunalprogramm, daß die Gemeinde den Zugang von Arbeitskräften erschweren und regulieren müsse. Daß der Kommune bei dieser Gelegenheit auch die Pflicht zugewiesen wurde, „Hausstreiks thätlich zu verhindern“, sei nur nebenbei erwähnt. Wie glauben kann, daß ein freisinniges Hausagrariertemüt an diesen Forderungen Anstoß genommen hat. In der That, so lange ein socialdemokratischer Proletarier nicht zu begreifen vermag, daß es nur ein Gebot der städtischen Weltordnung ist, an den Hausbesitzer als Mietzins 25—30 Prozent seines Jahreslohnes zu entrichten, ist er nicht reif für die Weltanschauung eines Hausagrariers und dessen unverböhnlicher Gegner.

Die Stare von Plöhensee.

Der moderne Strafvollzug ist manchen Leuten zu human. Der heute ins Gefängnis oder ins Zuchthaus gesteckt wird, der entbehrt — so klagen sie — eigentlich nicht viel mehr als die Freiheit. Wenn er sich keinen Verstoß gegen die Anstaltsdisciplin über gegen die Vorschriften der Hausordnung zu Schulden kommen läßt, so hat er Tag für Tag seine warme Jelle, kriegt Tag für Tag sein reichlich ausreichendes Essen, braucht sich auch, so oft er sich abends in sein warmes Bett legt, niemals Sorgen um den folgenden Tag zu machen — nun, was will er noch mehr! Wo sind all die feine ausgefallenen Mittel geblieben, mit denen man in früheren, weniger vergrößerten Zeiten die Freiheitsstrafe zu schärfen so meisterhaft verstand?! Selbst die einst so beliebten Prügel sind nur noch als äußerstes Disciplinarmittel für Zuchthäuser in Gebrauch. Wenn man dem Aufenthalt hinter Kerlmauern so sehr alle seine Schreden nimmt — ja, dann darf man sich wirklich nicht wundern, daß die Gefängnisse und die Zuchthäuser nicht leerer, sondern nur immer voller werden.

Neue Eisener werden mit Genugthuung Kenntnis nehmen von einer Maßregel, die kürzlich in dem Strafgefängnis Plöhensee getroffen worden ist. Auf den Höfen der Anstalt sieben eilige Bäume, und diese Bäume waren seit vielen Jahren mit Mistkästen ausgerüstet, die Jahr für Jahr von den Staren eifrig bemutet wurden. Zahlreiche Gefangene haben an den Staren ihre Freude gehabt, aber damit ist es nun vorbei. Die Kästen sind jetzt mit einem Male durch Anstaltspersonal heruntergeholt worden, so daß die Stare von Plöhensee obdachlos geworden sind und sich nach andern Quartieren umsehen müssen. Wer diese Maßregel angeordnet hat, das entzieht sich unser Kenntnis, aber sie dürfte sicherlich auf die Eigenmächtigkeit des ersten besten Unterbeamten zurückzuführen sein. Die Anordnung ist aufsehenerdig genug erfolgt. Die Stare waren bereits zurückgekehrt und gingen schon daran, sich wieder wohnlich einzurichten. Wenn man durchs die Tiere von den Anstaltshöfen verbannen wollte, so hätte man nun schließlich noch ein paar Monate warten können, bis sie ihre Brut ausgezogen hatten. Aber offenbar hat man es mit einem Male sehr eilig gehabt.

Die Insassen der Anstalt sind begreiflicherweise darüber empört, daß man ihnen diese Freude genommen hat. Neue Eisener aber, denen der moderne Strafvollzug, wie gefaßt, schon lange viel zu human war, werden befriedigt Befall spenden, wenn sie von der über die Plöhensee Stare verhängten Emmission erfahren. Ein Gefängnis ist ja nicht zum Amüsement seiner Insassen da!

Das Osterwetter. Nach den ziemlich kalten Oster-Freiertagen fiel die Temperatur, die am Montag früh nur 2 Grad + betrug, in der Nacht zum Dienstag bis auf 0,3 Grad Kälte und gleichzeitig setzte ein intensiver Schneefall ein. Bei der empfindlichen Kälte blieb in der Umgebung Berlins der Schnee liegen und überzog Felder und Wege mit einer weißen Decke, die auch der steigenden Temperatur gegenüber bis in die späten Vormittagsstunden Stand hielt. Die Kälte, die auch strichweise zur Eisbildung führte, hat leider unter dem schon kräftig entwickelten Pflanzenwuchs bedeutenden Schaden verursacht und ganz besonders haben die Obstbäume gelitten. Die jungen Blätter sind in der einen Nacht vielfach schwarz geworden und die schon entwickelten Blüten und Blütenknospen der Kirschenbäume erstoren. Auch Kastanien und Lindenblüten die Ziersträucher haben durch die Kälte, die jedenfalls durch das massenhafte Auftreten von Eisbergen im atlantischen Ocean herbeigeführt worden, gelitten.

Tot aufgefunden wurde vorgestern morgen vor ihrer Wohnung die 40 Jahre alte Gastwirtin Witwe Vertha Wischke geb. Krümmel aus der Waldemarstr. 38. Die Frau war in ihren Vereinsjahren vorgestern morgen bis 4 1/2 Uhr am Waffeltätig gewesen und wollte dann in die im vierten Stock des Seitenflügels gelegene Wohnung hinaufgehen. Um 7 Uhr fand der Wäckerling sie vor der Thür tot auf dem Treppentritt liegen. Ein Herzschlag hatte ihrem Leben jäh ein Ende gemacht.

Eine der größten Einbrecherbanden, die jemals Berlin und Umgebung unsicher machten, ist von der Kriminalpolizei abgefaßt und eingesperrt worden. Sie bestand aus dem Schlosser Gustav Volkmann, dem Handlungsgehilfen Otto Goldbach, dem ehemaligen Bägler Hermann Weinide, einem Tischler Strömer, dem Porzellanmaler Johann Gilge und dem Handlungsgehilfen Alphons Varent. Goldbach war der „kaufmännische Direktor“ der Bande. Er hatte Beziehungen zu verschiedenen Geschäften, wußte die gestohlenen Sachen an den Mann zu bringen und besorgte dann auch die Abrechnung. In der Alten Schönhauserstraße bewohnte er als Junggeselle drei prächtig eingerichtete Zimmer. Echtes Perserteppiche bedeckten in allen Zimmern den Fußboden, Waffen und dergleichen schmückten die Wände. Varent wohnte für sich allein in der Kridtstraße, die andere vier hatten eine gemeinsame Wohnung in der Langestraße. In der Wohnung Goldbachs hielten die Einbrecher regelmäßig ihre Konferenzen zur Besprechung ihrer Pläne ab. Technischer Leiter der Bande war Volkmann, dem die übrigen Mitglieder sich unterordneten, sobald ein Einbruchsplan nach gehöriger Beratung einmal festgestellt war. Als Spezialität betrieb die Gesellschaft den Einbruch in Comptoir- und Fabrikräume. Hauptgeschäft hat sie es dabei auf die Geldspinde abgesehen, die sie mit großer Geschicklichkeit von der Wand abrückte und von hinten öffnete, um an die Tresore heranzukommen. In der Schönhauser Allee allein verübten Volkmann und Genossen drei Geldspindereinbrüche, u. a. bei einem Drehschloß-Fabrikanten auf dem Grundstück Nr. 78. Hier gelangten sie über den Bahndamm des Nordringes und einen Baum auf das Geschloß, sprengten die eiserne Thür der Fabrik, warfen das Geldspind auf eine Chaiselongue und erbrachen dann die Hinterwand. Auf dem Nebengrundstück Nr. 77 waren sie zweimal vergeblich in einer Glaswarenfabrik. Aus Kerger, daß sie nichts gefunden hatten, schlugen sie im Comptoir alles kurz und klein und hinterließen dem Eigentümer einen Zettel mit der Mahnung, das nächste Mal Geld ins Spind zu legen. In der Chausseestraße drangen sie über einen Kirchhof in eine Fabrik ein und vergifteten den Wächhund. Auch ein großer Teil der Einbrüche, die in der letzten Zeit in der Umgebung Berlins, wie in Südenbe, Rankwitz und Groß-Richterfelde verübt wurden, kommt auf das Konto dieser Bande. In Markshof suchten die Einbrecher zwei Gastwirte heim. Bei dem einen fanden sie u. a. einen Topf, den sie mit Butter gefüllt glaubten. Als sie aber darauf bei dem andern frühstücken und die Semmeln, die sie bei ihm entdeckten, schmieren wollten, sahen sie zu ihrem großen Kerger, daß sie nicht Butter, sondern Was hatten. Mit diesem beschmierten sie nur alle Wände, nachdem sie vorher ausgeräumt hatten, was ihnen mitnehmenswert erschien. In Jeshendorf suchte Volkmann mit seiner Bande die vom Urban dorthin verlegte Erziehungs-Anstalt für verwahrloste Knaben einmal wieder auf, der er selbst früher zwei Jahre angehört hatte. Hier wollte er von Beamten und Wärtern einmal bei Nachtzeit Kleidungsstücke und dergleichen holen. Bisher sind der Bande 31 Einbrüche nachgewiesen worden, sie hat aber ohne Zweifel noch mehr verübt. Den letzten Raubzug machte sie nach Weihensee. Hier stahl sie in einer Nacht in dem Geschäft von Hirsch für 5000 M. Stoffe und hatte alle Einrichtungen getroffen, die ganze Werte gleich in Wägen nach Berlin mitzunehmen. Unterdessen hatte aber die Kriminalpolizei ein aufmerksames Auge auf Goldbach geworfen, der mit seiner Braut ein verschwenderisches Leben führte, obwohl niemand recht sagen konnte, wovon er eigentlich lebte. Während er beobachtet wurde, lernte die Kriminalpolizei auch die anderen Leute kennen, die zu ihm zu den „Konferenzen“ kamen. Als nun der große Einbruch in Weihensee gemeldet wurde, ließen die Beamten Goldbach nicht mehr aus den Augen und ertapten ihn schließlich, während er Geschäftsleuten in den gestohlenen Waren seine „Offerten“ machte. Unmittelbar nach dem „kaufmännischen Direktor“ wurden dann auch die übrigen Mitglieder der Bande festgenommen. In ihren Wohnungen wurden noch allerhand andre Sachen gefunden, die jedenfalls auch irgendwo gestohlen sind, so bei Goldbach u. a. auch eine sehr wertvolle alte Geige, deren Verlust noch nicht angezeigt ist. Die Geige trägt die Aufschrift Manufacture Berlin u. Coppholz Jacobus Steiner; sie kam vom Eigentümer im Zimmer 37 des Polizeipräsidiums in Empfang genommen werden. Die Bande, die alles leugnete, zu überführen, war keine leichte Arbeit, es gelang aber, wie schon erwähnt, der Kriminalpolizei bis jetzt in 31 Fällen. Da hiermit die Ermittlungen einen vorläufigen Abschluß erreichten, so wurden die verhafteten Einbrecher am Sonnabend nach Moabit in das Untersuchungsgefängnis gebracht. Ihre Wohnungen wurden polizeilich durchsucht, da das meiste, was sie enthielten, wahrscheinlich auch gestohlen ist, so ohne Zweifel die Dekorationen in den Räumen Goldbachs.

Einen Osterausflug nach Berlin hatten zwei Schüler im Alter von 12 resp. 13 Jahren aus Frankfurt a. M. unternommen, jedoch wurden die beiden Abenteuer bald nach ihrer Ankunft hier selbst festgehalten und durch die telegraphisch benachrichtigten Eltern gesteuert von hier abgeholt. Es handelt sich um die Söhne von zwei Kaufleuten aus Frankfurt a. M., die sich einmal einige vergnügliche Tage machen wollten und zu diesem Zwecke die Klassen der Eltern um 400 resp. 170 M. erleichterten. Mit dieser Summe gedenken sie nach der Reichshauptstadt und der ältere Knabe, der schon einmal hier war, übernahm die Führerrolle. Zunächst begaben sie sich, um zu Mittag zu speisen, bald nach ihrer Ankunft nach einem Restaurant in der Potsdamerstraße, wo sie ein so verschwenderisches Essen bestellten, daß sie hierdurch die Aufmerksamkeit des Kellners erregten. Dieser verständigte einen Schutzmännchen, welcher die jugendlichen Durchbremer festnahm und nach der Polizeiwache brachte. Sie blieben bis zu der gestern erfolgten Ankunft der Väter in polizeilichem Gewahrsam.

Eine Jagd hinter einem nackten Menschen gab es am ersten Feiertage morgens früh in der Linienstraße. Ein Mann von etwa 40 Jahren leidete sich vor dem Hause Nr. 200 vollständig aus, warf alle Kleidungsstücke, auch das Hemd, weg und lief nackt so schnell die Straße entlang, daß weder ein Schutzmännchen noch Passanten ihn einholen konnten. Erst als ein Milchhändler ihn mit seinem Wagen am Hakejahn Markte stellte, konnte man ihn ergreifen. Ein Schutzmännchen bedeckte ihn nun mit seinem Mantel und brachte ihn mit dem Milchwagen nach der Wache, wo man ihn die ausgeleierten Kleider nur mit Gewalt wieder anziehen konnte. Der Unglückliche, der geisteskrank und noch nicht bekannt ist, wurde mit einer Drochke nach der Charité gebracht. Er weigert sich fortgesetzt, seinen Namen zu nennen.

Eine ganze Reihe von Unfällen, zum Teil schwerer Natur, werden von den Osterfeiertagen gemeldet. Am Sonntag gerieten das 30 Jahre alte Dienstmädchen Franke mit dem fünfjährigen Sohn

ihrer Herrschaft, des Kaufmanns Kalufius, Prenzlauer Allee 45, beim Uebersteigen des Bahndammes vor dem Hause Alexanderstraße 50 unter einen Straßenbahnwagen der Linie 11. Die Franke erlitt eine schwere Gehirnerschütterung und starbblutende Kopfverletzung, der Knabe leichtere Verletzungen am Kopfe. Das Dienstmädchen fand Aufnahme im Krankenhaus am Friedrichshof, das Kind wurde nach der elterlichen Wohnung gebracht. — Am Sonntagvormittag kreuzte der Maurer Schütz, Weußelstr. 49 wohnhaft, an der Ecke der Turm- und Waldstraße den Bahndamm. Er blieb stehen, um einen mit Eisen beladenen Lastwagen vorbeifahren zu lassen, trat jedoch mit dem rechten Fuß so dicht an denselben heran, daß ihm das Hinterrad über den Fuß hinwegging und zwei Beine total zermalmete. Der Verunglückte fand Aufnahme im Krankenhaus Moabit. — Beim Absteigen von einem fahrenden Straßenbahnwagen verunglückte der Kaufherr Karapath, Chormersstr. 27 wohnhaft. Er sprang vor dem Hause Schönhauser Allee 138 von dem in voller Fahrt befindlichen Straßenbahnwagen 1978 der Linie Brie-Nieder-Schönhausen und fiel so unglücklich, daß er eine schwere Gehirnerschütterung erlitt. Er wurde nach der Charité gebracht. — Ein bedauerlicher Unfall ereignete sich gestern nachmittag bei dem Rennen in Karlsdorf. Bei dem Schluß-Rennen stürzten an der letzten Hürde die Pferde „Mein Glück“ und „Nietrolisch“, wobei die Reiter, der Jockey Lippold und Winkler, Armbrüche, ferner der erstere auch einen Schlüsselbeinbruch erlitt. Eins der gestürzten Tiere mußte, da es sich ebenfalls schwere Verletzungen zugezogen hatte, erschossen werden.

Lebensgefährlich verunglückt ist am Freitagmittag in der Hermannstraße zu Hirsch der 30 Jahre alte Bauarbeiter Richard Eichelbaum aus Brie. Er fuhr auf einem Zweirad in der Richtung nach Brie zu, wollte dabei einem Straßenbahnwagen ausweichen und fuhr dabei gegen einen zweiten Motorwagen der Straßenbahn, welchen er vorher nicht gesehen hatte, da er durch den engen Straßenbahnwagen verdeckt war. Eichelbaum stürzte infolge des heftigen Anpralls im Bogen von seinem Rade und fiel so unglücklich auf das Straßenpflaster, daß er einen komplizierten Schädelbruch und eine schwere Gehirnerschütterung erlitt. Der Bedauerndwerte, der erst seit kurzer Zeit verheiratet ist, wurde in fast hoffnungslosem Zustande nach dem Driker Kreis-Krankenhaus gebracht.

Selbstmord einer Chansonette. Auf eine sonderbare Art hat sich die 32 Jahre alte Sängerin Emma Weber geb. Brandt aus der Kommandantenstr. 21 das Leben genommen. Nachdem sie sechs Jahre mit einem Artisten verheiratet gewesen war, wurde die kinderlose Ehe vor zwei Jahren geschieden. Seitdem trat die Sängerin unter dem Namen Emma Weber-Brandt in verschiedenen Spezialitäten-Theatern auf, zuletzt am Alexanderplatz. Unter ihren Berufsgegenossen und dem Stammpublikum hieß sie wegen ihrer stattlichen Körperfülle die „dicke Emma“. Vor vier Monaten trat Frau Weber in Beziehungen zu einem Herrn in Jeshendorf, von dem sie wußte, daß er verheiratet war. Er lernte sie in der Singstube, in der sie auftrat, kennen, und berebete sie, vom Brettel abzutreten, bezahlte ihr die Wohnung und befruchtete auch sonst die Kosten ihres Unterhalts und besuchte sie fast täglich. Am Karfreitagmorgen nahmen die Hausgenossen wahr, daß er in großer Aufregung ihre Wohnung verließ. Während sie ihm sonst immer noch auf der Treppe „Adieu mein lieber Bub“ nachgerufen hatte, hörte man damals kein Abschiedswort. Am Sonnabendmorgen um 8 Uhr bat Frau Weber ihre Wirtin, Briefe aus Jeshendorf nicht mehr anzunehmen. Von der Zeit an ließ sie sich nicht mehr sehen. Zwei Briefe kamen noch, die Wirtin ließ sie aber folgenlos zurückgehen. Der Frau kam es dann verdächtig vor, daß sie von ihrer Wirtin nichts mehr hörte. Am ersten Feiertag mittags ließ sie das Zimmer öffnen und nun fand man die Sängerin tot im Bett liegen. Sie hatte sich aus drei Drahtstäben und Watte eine Maske gemacht, diese mit Chloroform getränkt, mit Packend überzogen und dann auf das Gesicht gelegt und hierüber noch die Bettdecke gezogen. In einem Briefe für die Revierpolizei hatte sie nur angegeben, daß sie Selbstmord begangen habe. Die Briefe ihres Verehrers hatte sie mit einem blauen Bändchen zusammengebunden und auf das Päckchen einen Zettel gelegt, der nur die Worte „Lug und Trug“ enthielt. Die Armenkommission hat sie in einem Schreiben, sie möge ihre Kostime, in denen sie sich ihr Brot verdient habe, einer namhaft gemachten, ihr befreundeten armen Kollegin überlassen.

Von der Veerdigung in den Tod! Der bekannte Restaurateur Otto Sain de Boulemard aus Hohen-Neuendorf lernte am zweiten Osterfeiertag von der Veerdigung seiner Tante aus Rheinsberg zurück. Abends geriet er wegen einer geringfügigen Unruhe mit seinem Personal in Streit und schoß sich des Radis vor den Augen seiner Glesra in die Schläfe, so daß der Tod sofort eintrat. Er war erst 52 Jahre alt und befand sich in den besten Vermögensverhältnissen.

Auf seiner Arbeitstätte erschossen hat sich der 71 Jahre alte Weigehöfer August Wost aus der Gerichtstr. 24. Der alte Mann litt seit 18 Wochen an starkem Rosenbluten und konnte trotz ärztlicher Hilfe keine Linderung finden. Die ganze Zeit über war er arbeitsunfähig. Kopfschmerzen und Schwindelanfälle trieben ihn schließlich in den Tod. In einem Anfall von Verzweiflung ging er nach der Gerberei von Böhm in der Gerichtstr. 23, in der er 32 Jahre beschäftigt war, besuchte dort seine Arbeitsgenossen, ging dann in die Trockenkammer hinauf und schoß sich eine Revolverkugel in die rechte Schläfe. Als die Arbeiter, die den Schuß fallen hörten, ihn fanden, war er schon tot. Wost war seit zwei Jahren verwitwet; eine erwachsene unverheiratete Tochter führte ihm die Wirtschaft.

Verloren. Am Montag, den 2. Feiertag wurde im Prater bei der Rattwee ein Portemonnaie mit ca. 100 Mark Inhalt verloren. Der ehrliche Finder wird gebeten, dasselbe in der Expedition Kasanien-Allee 65/66 bei E. Wost, abzugeben.

Ein unentgeltlicher Kursus in Elektrotechnik beginnt am Donnerstag, den 16. April, abends 7 1/2 Uhr, in der 7. städt. Fortbildungsschule. Die Teilnahme ist jedermann gestattet und bedingt keine Vorwissenisse. Anmeldungen werden abends im Amtszimmer Gräsestraße 85/88 entgegengenommen.

Professor Moritz Lazarus gestorben. In Merane ist der bekannte Universitätsprofessor Lazarus gestorben; derselbe hat ein Alter von 78 Jahren erreicht. Lazarus war auf verschiedenen Lehrgebieten tätig. Psychologie der Völker und des Staatslebens, Erkenntnistheorie und Pädagogik waren die Hauptfächer in denen er lehrte.

Aus den Nachbarorten.

Einen gräßlichen Selbstmord beging am Morgen des zweiten Osterfeiertages vor den Augen zahlreicher Anwohner der 23jährige Sohn des Uhrmachers Wrofe in Potsdam auf dem dortigen Bahnhofe. Der im Geschäft seines Vaters thätige junge Mann litt an epileptischen Krämpfen und ist diesseitig schon in einer Anzahl gewesen. Sobald er geistige Getränke zu sich genommen hatte, wirkte dies unheilvoll auf ihn ein und er machte dann allerlei unüberlegte Streiche. Am Abend des ersten Osterfeiertages war Wrofe in einem Restaurant gewesen und hatte sich dann spät in der Nacht nach dem Bahnhofe begeben, wo er sich bis gegen Morgen herumdrückte. Einem Bekannten, der ihn fortziehen wollte, erklärte er, er wolle bis Bahn-

hof Charlottenhof fahren, während er zu dem am Bahnhof haltenden Drochsenkutschern sagte, er habe die Absicht, sich totfahren zu lassen, was diese nicht für Ernst hielten. Von dem Dr. med. Körbitz, dem er kannte, borgte sich Wrofe darauf 10 Pf., löste sich dafür eine Fahrkarte und betrat den Bahnsitz, wo gerade der um 8 Uhr 10 Min. nach Berlin gehende Vorortzug einfuhr. Dicht vor dem kaiserlichen Empfangsalon warf sich mit Wrofe unglücklich vor die Lokomotive. Ein vielstimmiger Ausruf des Publikums belehrte den Lokomotivführer erst darüber, was geschehen war. Als der Zug hielt, wurde Wrofe mit abgefahrenem Kopf, Bein und Arm gräßlich verblutet unter demselben hervorgeholt. Seine Leiche wurde noch im Lauf des Tages nach dem Kirchhof gebracht.

Von einem Eisenbahnzug überfahren und getötet wurde, anscheinend infolge eines Unglücksfalles, am Osterfeiertagabend auf der Station Nowawes-Neuendorf der 23jährige Laborant Max Runge, welcher auf dem Laboratorium „Eule“ bei Kottbusenerbrück beschäftigt war. Er hatte bis gegen 11 Uhr in einem Restaurant zu Nowawes guter Dinge gejezt und sich dann etwas angeheitert nach dem Bahnhof begeben, um nach Neubabelsberg zurückzufahren. Anscheinend ist nun Runge von dem Bahnsitz abgestürzt, als der von Berlin um 11 Uhr 23 Minuten kommende Wannseezug die Station passierte. Seine arg verblutete Leiche wurde erst eine Stunde später, als der nächste Wannseezug eintraf, aufgefunden. Sein in Nowawes als Privatwächter thätiger Vater rekonozitierte dieselbe. Der junge Mann lebte in geordneten Verhältnissen, so daß ein Selbstmord ausgeschlossen erscheint.

Neu-Weihensee. Am 1. Osterfeiertag vergiftete sich der Inhaber der hiesigen höheren Knabenschule, Liedke. Gegen 10 Uhr abends fanden ihn Angehörige entsezt auf dem Teppich seiner Wohnung liegen. Eizienzjorge haben L. zu der verzwweifelten That getrieben.

Lichtenberg. Bei der Etatsberatung brachten die Genossen wiederum den Antrag ein, daß Gemeinde-Arbeiten nur an solche Unternehmer vergeben werden sollen, die die im Gewerbe bestehenden tariflichen Abmachungen einhalten. Genosse Well wies im Besonderen auf die Thatsache hin, daß Druckerarbeiten der Gemeinde noch immer nicht in tarifreuen Druckereien hergestellt würden. Die Gemeinde dürfe sich in Privatverhältnissen der Betriebsunternehmer nicht einmischen, das sind seit Jahren dieselben Argumente, die gegen das Verlangen gestellt gemacht werden und das, trotzdem Genosse Grauer darauf hinweisen konnte, daß die Baukommission der Gemeinde sich die Anregung zu eigen gemacht habe. — Die Forderung neuer Lehrkräfte für die Gemeindegulen fand wieder die „Liberalen“ als Gegner. Gemeindevorstand und Socialdemokraten mußten gemeinsam für die notwendigsten Lehrstellen eintreten. In Lichtenberg könne von einem Schulnotstande nicht geredet werden, denn — in Ostpreußen noch 150 Kinder eine Klasse besuchten, in Lichtenberg aber nur — 80 Schüler eine solche füllten! So lange nicht der Staat die Schullasten übernehme, müsse jede geforderte Lehrkraft verweigert werden, das waren die Argumente der „liberalen Kommunalpolitiker“. Vorstand und Socialdemokratie bildeten die Majorität. — Einige Zahlen aus dem Etat von 1895 zum Etat 1903 veranschaulichen die Entwicklung Lichtenbergs. 1895 zählte es 25000, 1903 46000 Einwohner. 1895 belief sich das Ordinarium des Hauptretais mit den Nebenretais auf 500000 und 1903 auf circa 2 Millionen Mark. Die Gesamtausgabe der ordentlichen Gemeindeverwaltung im Jahre 1895 betrug pro Kopf der Bevölkerung 14 M. und 1903 27 M. Der Grund und Boden nach dem gemeinen Wert berechnet, wurde 1895 geschätzt auf 64 Millionen Mark, 1903 auf 102 Millionen Mark. In der Zwischenzeit sind erbaut worden drei Schulhäuser, zwei Turnhallen und ein Armenhaus. Das Wasserwerk ist in eignen Betrieb übergegangen und mehr als 1 Million Mark sind für Straßenpflasterung aufgewandt worden.

Der Niederbarnimer Kreislandrat und Großgrundbesitzer Herr von Tressow befindet sich auf dem Kriegspfade gegen die Socialdemokratie. Nachdem der Friedrichsfelder Kriegerverein seinen „Kameraden“ Wube ausgeschloffen, weil dieser seinen Saal der Socialdemokratie zu Versammlungen zur Verfügung stellte, hat der Herr Landrat auch den Lichtenberger „Kriegskameraden“ Hirsch, seines Reichens Saalbesitzer, darauf hingewiesen, daß ein „Kamerad“ die Socialdemokratie nicht durch Hergabe seiner Räume fördern dürfe. Auch hier ist der Ausschluß aus dem Kriegerverein erfolgt und damit wohl das Gerüde widerlegt, daß Herr Wube in Friedrichsfelde, in welchem Orte der Herr Landrat seinen Besitz hat, für sein Eintreten für die endliche Einführung der Besteuerung des Grund und Bodens nach dem gemeinen Wert besonders in Verzug gekommen sein soll.

Pankow. Großfeuer brach gestern nachmittag gegen 2 Uhr in dem Hause Spandauerstraße 25, welches dem Bureauvorsteher Maaz gehört, aus. Fast sämtliche Möbel in der ersten Etage sind verbrannt. Auch drohte die Decke einzustürzen. Die freiwillige Feuerwehr hatte ca. 2 Stunden zu thun, um den Brand zu löschen. Eine Person erlitt geringe Brandwunden am Kopfe.

Charlottenburg. Ein gefährlicher Schlässlienschwindler, der seit Monaten zahlreiche Vermieten in Berlin und den Vororten gebrandtschagt hat, ist gestern (2. Osterfeiertag) in der Person des 23 Jahre alten Hausdieners Walter Krüger von der Charlottenburger Polizei dingfest gemacht worden. Krüger wollte gestern im Hause Wilmersdorferstr. 152 seine Schwindeleien versuchen, geriet aber an die falsche Adresse. Ein herbeigekommener Schutzmännchen nahm ihn fest. Von der Kriminalpolizei wurde er als ein alter Bekannter erkannt, der schon viel auf dem Kerkhof hatte und zuletzt eine mehrjährige Gefängnisstrafe verbüßt.

Gerichts-Zeitung.

Mundraub oder Diebstahl? Ueber die Gesichtspunkte, die bei der Entscheidung dieser Frage zu berücksichtigen sind, hatte sich kürzlich das Reichsgericht auszusprechen. Zwei halbwüchsige Burschen hatten bei einem Diebstahl, den sie im Wehpalast ausgeführt hatten, zwei Flaschen Weiswein erbeutet, die sie alsbald verzehrten. Dessenungeachtet nahm die Strafkammer Mundraub, sondern Diebstahl an und verurteilte die beiden Jungen wegen des letzteren Vergehens. Die Strafkammer ging von der Ansicht aus, daß bei der Schuldfrage der Gesamtwert der beiden Flaschen maßgebend und dieser Wert kein unbedeutender, auch die Menge kein unbedeutender sei, und zwar ganz besonders deshalb, weil die Thäter nur halb-wüchsige Burschen aus den unteren Schichten der Bevölkerung seien. Dagegen machte Rechtsanwält Dr. Weithauer in der Revision geltend: Zur Anwendung der Strafbestimmung wegen M und a u b e s würde es genügen, daß die Gegenstände, trotzdem sie von bedeutendem Werte sind, doch nur in geringer Menge entwendet sind. Das Thatbestandsmerkmal des unbedeutenden Wertes sei ein objektives, und es dürfe deshalb nicht auf die oben herangezogene Thatsache Bezug genommen werden, daß bei der Bestimmung des Thatbestandsmerkmals ausschlaggebend gewesen sei, daß es sich um Burschen aus den unteren Schichten der Bevölkerung handelte. Das subjektive Moment hätte nur bei der Frage des alsbaldigen Verbrauchszwecks erkannt werden dürfen, dieses Thatbestandsmerkmal sei jedoch nicht erörtert worden. — Das Reichsgericht hat aus den gleichen Gründen das Urteil der Strafkammer aufgehoben und ausgeführt: Die Gründe, aus welchen die Strafkammer die Momente des unbedeutenden Wertes und der geringen Menge des Weines verneinte, sei lediglich der Persönlichkeit der Thäter entnommen, während hierfür nur objektive Gesichtspunkte in Betracht kommen. Die Frage, ob der Wert ein unbedeutender und die Menge eine geringe ist, sei zwar im wesentlichen thatsächlicher Natur, im vorliegenden Fall sei aber die Entscheidung vom Rechtsirrtum beeinflusst, indem ohne Angabe des wirklichen Wertes des Weines davon ausgegangen wird, daß die Beurteilung des Wertes und der Menge je nach dem Lebensalter und der sozialen Stellung des Thäters eine verschiedene sein könne. — Daraus mußte auf Einstellung des Verfahrens erkannt werden, da zu einer Beurteilung wegen Mundraubes der erforderliche Strafaptrag nicht vorlag.

Pariser tritt seine Strafe an. Der wegen Bucherz zu zwei Jahren Gefängnis, fünfjährigen Ehrverlust und 10 000 M. Geldstrafe verurteilte Kaufmann Heinrich Pariser hat gestern dem Gericht angezeigt, daß er auf Einlegung von Rechtsmitteln verzichtet und bereit sei, seine Strafe anzutreten.

Soziale Rechtspflege.

Gegen die Strohämmer im Baugewerbe geht jetzt das Gewerbegericht Magdeburg mit äußerster Strenge vor. Ursache dazu war aber auch genügend vorhanden. In jeder Sitzung traten Maurer, Zimmerer usw. gegen die Bankfirma Meyer Oppenheimer in Hannover auf, die mit der Ausführung Magdeburger Bauten die bekannten Strohämmer beauftragte. Diese Strohämmer betrogen aber häufig die Arbeiter um ihren verdienten Lohn und gerichtlich war ihnen dann wie immer nicht beizukommen. Diesem skandalösen Zustande hat das Gewerbegericht jetzt endlich ein Ende gemacht. Es verurteilt in jedem Falle (und deren sind sehr viele!) die Bankfirma und mehr wie ein Dutzendmal hat diese bereits bluten müssen. Die Begründung der Urteile ist sehr interessant. Zunächst wird die Zuständigkeit des Gewerbegerichts damit begründet, daß die Firma dem Strohmann die Baugelder in einer dem Werte des fertiggestellten Baues keineswegs entsprechenden Höhe gewährt und daß sie jederzeit vom Betrage zurückzutreten befugt ist, während der Strohmann jeden Augenblick, wie grundbuchlich festgesetzt ist, die Zwangsvollstreckung zu gewärtigen hat. Darin steht das Gericht die wenn auch verschleierte gewerbliche Tätigkeit „Arbeitgeber“ sei aber nur derjenige, der auf eigenes Risiko ein Gewerbe betreibt. Der Strohmann, Maurer M., sei ein leistungsunfähiger Unternehmer, da ihm erst von anderer Seite die Mittel vorgestreckt werden mußten, ehe er überhaupt anfangen konnte. Da außerdem die sog. Verträge mit einer (wie die Bankfirma wußte) mittellosen Person abgeschlossen seien, so erhellt ohne weiteres, daß diese Verträge nur zum Schein und lediglich in der Absicht geschlossen seien, das Vermögen der Beklagten etwaigen Forderungen der Banklieferanten und Arbeiter zu entziehen. Scheingeschäfte sind aber nach § 137 des Bürgerlichen Gesetzbuchs nichtig.

Das gestiel natürlich der famosen Bankfirma nicht und deshalb ersandte sie zum letzten Termin als Vertreter einen Bankier Hofe, der erklärte, die Firma stehe mit den Klägern in keinem Vertrags- oder Arbeitsverhältnis. Der Vorsitzende aber durchkreuzte die Vertuschungspläne. Um nämlich ein für allemal aus dem Lohnwaben der Trübs, Hintermänner, Geldgeber, Emissionsteiler usw. herauszukommen, beschloß das Gericht, sich im nächsten Termin — wüßte Wissen das erste Mal seitens eines Gewerbegerichts — die Baugeldverträge, die Meyer Oppenheimer mit den Strohämmern „abgeschlossen“ hat, vorlegen zu lassen. Dann aber giebt's für die Schwindler und Strohämmer kein Entkommen mehr und Hunderte von Bau-Arbeitern Magdeburgs und Umgegend werden tief aufatmen.

Andern Gewerbegerichten kann das strenge Vorgehen gegen die Banklöwe und deren Vorder- und Hintermänner nicht dringend genug zur Nachachtung empfohlen werden!

Verammlungen.

Die Steinscher hielten am Donnerstag eine vom Gesellen-ausschuß einberufene Verammlung ab, in welcher Martmann den Bericht über den Stand des lokalen Streikfonds erstattete. Die Einnahmen desselben betragen einschließlich eines alten Bestandes von 16 294,82 M. insgesamt 20 009,97 M., die Ausgaben 1438,81 M. Weiter sind die von den Verbandsmitgliedern im Jahre 1902 gezahlten Beiträge im Betrage von 3775,65 M. an den Verband zurückgezahlt worden, welche als Grundfonds für die lokale Arbeitslosen-Unterstützung Verwendung gefunden haben. Die Zahlungen zum lokalen Streikfonds sind bis auf weiteres eingestellt. Als Revisoren für den verbleibenden eisenen Bestand wurden Genosse Brömmel und P. Grubig gewählt. Bezüglich des 1. Mai wurde beschlossen, daß auch in diesem Jahre die Arbeitsruhe strikte durchzuführen ist. Der besseren Kontrolle halber soll ein Stempel verabfolgt werden. Für den Fall, daß Maßregelungen eintreten sollten, werden die Betroffenen unterstützt. Den holländischen Arbeitern bewilligte die Verammlung 300 Mark, den ausgesperrten Holzbearbeitungsmaschinenarbeitern 100 Mark. Unter Gewerkschaftlichen wurden die Verhältnisse bei verschiedenen Firmen einer Kritik unterzogen. Unter andern wurde mitgeteilt, daß bei Radzid in Köpenick, einem Unternehmer, der noch vor wenigen Tagen in den Reihen der Arbeiterschaft gestanden hat, Leistungen verlangt werden, die uns Unsumme grenzen. Es wurde den Köpenicker Genossen zur Pflicht gemacht, hiergegen energisch Stellung zu nehmen. Bei verschiedenen Berliner

Firmen, so bei Drehme, versucht nun die Bestimmung des Lohn-tarifes, wonach an Heiligabend um 3 Uhr Feierabend ist (ohne Lohnabzug) dadurch zu umgehen, daß man am Sonnabend vor Ostern nicht mehr arbeiten läßt. Eine Abstellung der Mißstände bei der Straßenbahn Siemens u. Halske ist an dem Indifferentismus der daselbst beschäftigten Arbeiter gescheitert.

Metallarbeiter-Gewerkschaft. Eine am 6. d. M. abgehaltene Verammlung der Verwaltungsstelle Berlin beschloß hinsichtlich der Maifeier:

Für die einzelnen Betriebe sind Verastatt-Verammlungen abzuhalten; wenn zwei Drittel der im Betriebe beschäftigten Arbeiter beschließen, den 1. Mai zu feiern, hat die Arbeit an diesem Tage zu ruhen. Mitglieder, welche durch Umstände verhindert sind, die Arbeit ruhen zu lassen, haben ihrem Verdienst entsprechend die von der Organisation ausgegebenen Markmarken zu entnehmen, jedoch gilt als Mindestlohn eine Marke. Weiter wurde beschlossen, daß sich unsere feiernden Kollegen der Gruppen-Verammlung, welche vom Berliner Gewerkschaftslarstell in den Bornsiasalen, Ackerstr. 6/7, einberufen wird, anzuschließen haben, desgleichen wurde beschlossen, daß jedem feiernden Kollegen in dieser Verammlung ein Ausweis darüber in sein Mitgliedsbuch eingetragen werden soll.

Hierauf sprach Dr. Friedberg über die bevorstehende Reichstagswahl. Nach Schluß des beifällig aufgenommenen Vortrages nahmen die Verammelten eine Resolution an, worin sie sich verpflichten, alle ihre Kraft für die Verwirklichung des socialdemokratischen Gedankens einzusetzen.

Die im Holzarbeiter-Verbande organisierten Musikinstrumenten-Arbeiter hielten am 7. April ihre Vertrauensmänner-Verammlung ab. Die Kontrollkommission berichtete über die vielfach wegen ausgedehnter Differenzen stattgefundenen Verastattungen. In verschiedenen Betrieben hatten die Unternehmer versucht, Preis-reduzierungen vorzunehmen, was jedoch seitens der Organisation in vielen Fällen zurückgewiesen werden konnte. Es wurde von einigen Kollegen die Hoffnung ausgesprochen, daß die vom Partei-vorstand unternommenen Einigungsversuche zwischen den hier bestehenden lokalen Organisationen und den Centralverbänden auch für die Musikinstrumenten-Arbeiter einen befriedigenden Abschluß erlangen möchten. Betreffs der Maifeier sprachen sich die Delegierten allgemein dahin aus, daß dieselbe in allen Betrieben, wo die Zahl der Organisierten eine nennenswerte sei, wieder durch vollständige Arbeitsruhe begangen wird.

Der socialdemokratische Agitationsverein für den Reichstags-Wahlkreis Straßund - Franzburg - Rügen hielt am 5. April seine ordentliche Generalverammlung ab. Der Vorsitzende gab bekannt, daß an Agitationsmaterial 1000 Exemplare Weibels Rede und 5000 Flugblätter zur Verwendung kamen. Des weiteren wurden 25 000 Flugblätter zur Wahlagitator für den Kreis auf Kosten des Vereins bewilligt. — Der Kassierbericht ergab eine Einnahme von 131,77 M., eine Ausgabe von 39,98 M., so daß ein Bestand von 91,79 M. verbleibt. Gewählt wurden Max Putzmann, Beisitzer, Sohamm, Kassierer, Wahls, Revisor.

Socialdemokratischer Wahlverein für Mariendorf und Umgegend. In der am 7. April bei Adel in Tempelhof stattgefundenen General-verammlung gab der Vorsitzende den Tätigkeitsbericht. Ferner gab der Kassierer den Kassierbericht. Der Verein hatte im ersten Vierteljahr eine Einnahme von 153,62 M., eine Ausgabe von 59,95 M., an die Centralkasse des Kreises sind 102,41 M. abgeliefert, bleibt ein Bestand von 0,20 M. Der Verein zählt 192 Mitglieder, und zwar in Tempelhof 91, Mariendorf 69, Südende 2, Mariensfelde 26, Lichterfelde 2, Mahlow und Berlin je 1 Mitglied. Ferner verteilen sich die Mitglieder auf folgende Berufe: Arbeiter 73, Maurer 41, Klempner 9, Schriftsteler 8, Zimmerer 7, Schlosser 6, Tischler 6, Buchdrucker 5, Dreher 4, Metallarbeiter 3, Steinselger 3, Töpfer, Tapezierer, Mechaniker, Steinarbeiter, Stukkateure, Schmiede, Maler je 2. Je ein Klempnermeister, Töpfermeister, Handelsmann, Bäckermeister, Schuhmachermeister, Wüdhauer, Cigarettenfabrikant, Cigarettenmacher, Antreiber, Heizer, Maschinist, Elektromonteur, Former, Steinbruder, Gummiarbeiter, Stricker, Eisenhobler, Kammer, Lithograph, Wöbelpolierer, Panznermacher, Rosafelger, Stereotypen. Als Bezirksführer für Tempelhof wurde Genosse Flieg gewählt.

Centralverband der Handlungsgehilfen und Gehilfen Deutschlands, Bezirk Berlin. Mittwochabend 9 Uhr: Sitzung in den „Arminhallen“, Kommandantenstr. 20. Gäste sind willkommen.

Vermischtes.

Ein Jährlich zur See Wörder. Eisen, 13. April. In der Nacht zum Osterfest erlag der Jährlich zur See Häffener auf der Straße den Einjährigfreiwilligen der Infanterie Hartmann im Streit. Hartmann soll angeblich nicht gegrißt haben. Beide waren Schulkameraden. Häffener gehört der Marine seit 10. April 1901 an

und hatte kürzlich die See-Offizier-Hauptprüfung an der Marine-schule mit Erfolg bestanden. Er war bereits an Bord des Torpedo-Schulschiffes „Blücher“ kommandiert und sollte unmittelbar nach Ostern den Kursus in der Ausbildung mit der Torpedowaffe auf der Hensburger Torpedostation beginnen. Hartmann, der Sohn des Besitzers des hiesigen „Berliner Hofes“, diente im 9. Fußartillerie-Regiment. Er erhielt drei Stiche mit dem Seitengewehr, von denen einer die Lunge durchbohrte und den Tod sofort herbeiführte.

Ein Hamburger Dampfer gestrandet. Der Hamburger Dampfer „Helfrid Wissemal“ geriet vor Landkrona kommend, bei Malind auf Grund. Ein dänischer Vergungsdampfer ist zur Hilfeleistung abgegangen.

Ein deutscher Offizier wegen Spionage verhaftet. Sa n Rem o, 14. April. Die Polizei verhaftete hier einen früheren deutschen Genie-Offizier Namens Wessel, welcher von der deutschen Polizei-behörde schon lange wegen Spionage und Unterjagung gesucht wird. Wessel soll Pläne von deutschen Festungen an fremde Nationen verkauft haben. Bei seiner Verhaftung rief er aus: „Lassen Sie mich, es handelt sich um politische Angelegenheiten“. Als er in den Wagen gebracht wurde, mit welchem er ins Gefängnis transportiert werden sollte, rief er den Ruf: „Nieder mit Deutschland!“ aus.

Ueberschwemmung. Budapest, 13. April. Der infolge anhaltenden Regens angeschwollene Ternoablauf hat einen großen Teil der Stadt Galaturn im Komitat Zala überschwemmt. Die Dämme des Flusses werden vom Militär verstärkt. An der steierischen Grenze wurde der Eisenbahndamm fortgeschwemmt. Der Bahnverkehr ist unterbrochen.

4500 Faß Petroleum in Brand geraten. Cadix, 13. April. Im Lagerhof der Compania Transatlantica, in dem 4500 Faß Petroleum aufgestapelt sind, ist heute eine Feuersbrunst ausgebrochen. Bisher ist niemand verunglückt. Da sich nur 30 Meter vom Lagerhof entfernt ein Pulvermagazin befindet, sind alle Maßnahmen zum Schutze desselben getroffen und Gräben angelegt worden, um das brennende Petroleum fortzuleiten.

Briefkasten der Redaktion.

Z. S. Sie haben darin wohl recht, indes ist das Material so reichhaltig, daß wir uns aus Raumgründen nur eine beschränkte Auswahl gestalten konnten.

Juristischer Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7^{1/2} bis 9^{1/2} Uhr abends statt. Gebühren: 7 M.

S. N. 100 Jfelhorst. Die Geschworenen bejahen oder verneinen die Schuldfrage. Sodann spricht das Gericht das Urteil. Ist das aus drei Richtern bestehende Gericht einstimmig der Ansicht, die Geschworenen haben sich zu Ungunsten des Angeklagten geäußert, so kann es die Sache dem nächsten Schwurgericht überweisen. — **S. N. 9.** Dieselben Fragen sind bereits vor etwa 14 Tagen in verneinendem Sinne beantwortet. — **C. N. 1.** Ja. — **N. N. 100.** Zum Wagn sind Sie nicht berechtigt. — **N. S. Galeasce.** 1. Nein. 2. Ja. 4. Jahre lang. 3. u. 4. Nein. — **S. 20.** Der Uebernahme der Fälligkeit steht ein Hindernis nicht entgegen. **C. S. Antonstr. 9.** Die können Bestätigung der Mitbewohner innerhalb einer angemessenen Zeit unter der Androhung verlangen, daß Sie dieselbe sonst auf Kosten des Wirts vornehmen lassen würden. Die Drohung führen Sie dann mit Hilfe eines Kammerjägers aus. — **W. W. 1000.** 1. Ja. 2. Nein. — **N. S. 25.** Eine Berufung hätte keine Aussicht auf Erfolg. — **W. 2.** 1. Die Alimentenklage hat Aussicht auf Erfolg. Die Alimentenhöhe ist gesetzlich nicht fixiert. 15 bis 25 Mark monatlich gelten als angemessen. 2. Ein Antrag auf Befreiung oder dergleichen des Betroffenen würde zwecklos sein. — **C. P. S. 12.** 1. Alle. 2. Die vom 1. April ab für die Arbeiter und Wäscherknecht eingeführten Lohnsätze gelten für alle, auch die großjährigen Arbeiter. — **N. N. 100.** In die Lohnbücher sind mit Hilfe einzutragen: Art und Umfang der übertragenen Arbeit, bei Accorabarbeit die Stückzahl, die Lohnsätze, ferner die Bedingungen für die Lieferung von Werkzeugen und Stoffen zu den übertragenen Arbeiten und endlich die Bedingungen für die Gewährung von Kost und Wohnung, sofern Kost oder Wohnung als Lohn oder Teil des Lohnes gewährt werden sollen.

Witterungsübersicht vom 14. April 1903, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometere-höhe mm	Wind-richtung	Windstärke	Wetter	Stationen	Barometere-höhe mm	Wind-richtung	Windstärke	Wetter	Temp. u. G. (M. = C. F.)
Stolmenbe.	746	S	6	Regen	1	Saparanda	741	SE	2	2
Hamburg	751	SB	4	wolkig	5	Petersburg	743	SE	5	bedeckt
Berlin	750	SB	4	bedeckt	4	Gort	767	SB	3	heiter
Frankf./M.	763	SB	2	bedeckt	2	Aberdeen	—	—	—	—
Rünchen	760	SB	5	bedeckt	1	Paris	764	SE	2	wolkig
Wien	759	B	1	bedeckt	4	—	—	—	—	—

Weiter-Prognose für Mittwoch, den 15. April 1903. Die Nacht heiter, jedoch noch kühl und unbeständig mit geringen Niederschlägen und frischen nordwestlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

II. Wahlkreis.

General-Verammlung des Socialdemokratischen Wahlvereins für den II. Berliner Reichstags-Wahlkreis am Mittwoch, den 15. April 1903, abends 8^{1/2} Uhr, im „Wilhelm-Theater“, Friedrichstr. 236. Tages-Ordnung: 1. Bericht des Vorstandes und der Revisoren. 2. Wahl des Vorstandes und der Revisoren. 3. Vereins-Angelegenheiten. 4. Mitteilungsblatt legitimiert. 5. Häufigsten Besuch erwünscht. Der Vorstand.

Socialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis. Donnerstag, den 16. April 1903, abends 8^{1/2} Uhr, im „Erdbeer“, Chausseestraße Nr. 88: 217/6

Ausserordentliche General-Versammlung. Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Ledebour. 2. Wahl der Delegierten zur preussischen Landeskonferenz. 3. Verschiedenes. Der Vorstand.

Deutscher Buchbinder-Verband. Zahlstelle Berlin. Sonntag, den 19. April, vorm. 11 Uhr, Lindenstr. 69: Besichtigung der Druckerei des „Vorwärts“. Treffpunkt um 10 Uhr, im Restaurant von Augustin, Fiedrichstr. 69, Hof parterre. Mittwoch, den 29. April, abends 8^{1/2} Uhr: **Ordentliche General-Versammlung** im Lokal Dresdener Casino, Dresdenerstr. 96. Tagesordnung später. Die Ortsverwaltung.

5 1/2 Pfund Brot 50 Pf. Backware 6 Stück für 10 Pf. Albrechts Bäckereien: Wrongefstraße 9, Kranzstraße 19, Waldenstraße 28, Zankwitzstr. 2, Northalle Bismarckstr., Stand 222/23, Northalle Andrasstr., Stand 19/18.

Steppdecken kauft man am preiswertesten nur direkt in der Fabrik, 72 Wohl-fraße 72, wo auch alle Steppdecken aufgearbeitet werden. S. Strohmandel, Berlin 14. Illustrierter Preisversteigerungsblatt.

Bauhandwerker! Bauberufe!

Laut Beschluß einer am 14. April stattgefundenen Verammlung ist mit 537 gegen 19 bei 3 ungültigen Stimmen der **allgemeine Ausstand** überall da erklärt worden, wo die Unternehmer unsern Tarif nicht anerkannt haben. Da schon sofort eine große Zahl der maßgebendsten Firmen bewilligt haben, so wird zu diesem Zweck an alle arbeitenden Stukkateure eine **rote** Arbeitsberechtigungskarte ausgestellt, welche mit dem Stempel des Centralverbandes der Stukkateure Deutschlands (Filiale Berlin) versehen ist. Wir ersuchen alle Bauberufe, in üblicher Weise jeden arbeitenden Stukkateur an seine Pflicht zu erinnern, damit unser Vorgehen in wenigen Tagen ein erfolgreiches ist. 173/13 Die Streikleitung.

Achtung! Radfahrer. Achtung! Wer ein erstklassiges Fahrrad, das beste der Gegenwart, mit patentiertem Original-Doppelknoten-Lager (D. R. P. 100 596), mit durchgehender Achse, also nicht geteilter Achse, ist stabil, staubdicht und hat den Vorteil, daß bei täglicher Benutzung die Delung garantiert 2 Jahre vorhält, 146 M. Händlerpreis 275 M. oder W. K. C. mit Gabel-Lager sowie 1 Exzellenz-Räder 9 M. u. 6,25. 1 Exzellenz-Schlauche 3 M. u. 4 M., auch Teiltagen und Rollen jeder Art kaufen und den Zuschändler-Praktik in die eigene Tasche stecken will, wende sich nur an die Geschäftsstellen des Vereins **Voran II Prod.-u. Einkaufs-Genossenschaft für Radfahrer, Mitglied des A.-R.-B. Solidariät.** Hein. Gosslerstr. 16, Siffl., Lambek, Usedomstr. 8, part. Schütze, Reichenbergerstr. 96a, Seraphin, Rummelsburg, Kantstr. 16, ferner in Steglitz, Harderstr. 6, 1. Teilzahlung ohne Vorauszahlung. Anzahlung 58 M. Abzahlung monatlich 10 M., alte Räder werden in Zahlung genommen. **Sonntag, den 19. April: Tour nach Veltin (Paris, Lusonstr. 14).** Start: Bahnhof Wedding, früh 7^{1/2} Uhr, für Ost und Südost 7 Uhr, Andrasplatz. Gäste willkommen. **Mittwoch, den 29. April, abends 8^{1/2} Uhr, im Elysium, Landsberger Allee 40:**

General-Versammlung. Tages-Ordnung: 1. Bericht des Vorstandes. 2. Abrechnung der Geschäftsstelle und des Kassierers. 3. Vorlegung der Statuten, der Fahrradversicherung gegen Diebstahl. 4. Verschiedenes. — Mitglieder werden aufgenommen. Einschreibebogen 50 Pf. Beitrag monatlich 25 Pf., für Mitglieder 15 Pf. 106/15 **Der Vorstand.** **Baustellen I. Erkner.** Meter 51 Pf. **Verfallene Pfänder!** Zum Fest! Goldschmied mit Brillanten jeder Art, gold. u. silb. Uhren, Ketten, Ringe, laubler u. schän, werd. spottb. verk. Alles Gold, Silber u. gel. u. in Zahl. gen. in Pfandl. Pringestr. 28/1, Ecke Ritterstr.

Orts-Krankenkasse der Schlosser und verwandten Gewerbe. Dienstag, den 21. d. Mt., abends 8 Uhr, im Dresdener Garten, Dresdenerstr. 45:

General-Versammlung. Tages-Ordnung: Gemeinschaftliche Sitzung der Arbeit-geber und Arbeitnehmer. 1. Bericht der Kommission zur Prüfung der Jahresrechnung pro 1902 resp. Einlösung des Rechnungsbogens. 2. Vortrag über: „Das Zivildienstversicherungsgesetz“. 3. Verschiedenes. Die Herren Delegierten werden ersucht, recht zahlreich zu erscheinen, und die überfandte Legitimation mitzubringen. 5865 **Der Vorstand.** B. Feinrich, Vorsitzender.

Verein socialdemokr. Gast- u. Schankwirte Berlins und Umgegend. Freitag, den 17. April cr., nachmittags 5^{1/2} Uhr, beim Kollegen **Wernau, Schwedterstraße 23/24:**

General-Versammlung. Tages-Ordnung: 1. Bericht des Vorstandes, unter andern die Angelegenheit Reimann, Schiedlich, Hennig. 2. Bericht des Kassierers vom ersten Quartal und Jahresbericht sowie Bericht der Revisoren. 3. Bericht der Rechtschutz-Kommission. 4. Ergänzungswahl des Vorstandes, der Revisoren und der Rechtschutz-Kommission. 5. Aufnahme neuer Mitglieder. 6. Vereinsangelegenheiten, u. a. Antrag der Revisoren, betreffend Stimmrecht in den Vorstandssitzungen. **Der Vorstand.** J. U. Ferdinand Ewald. **Dr. Schünemann,** Spezialarzt für Haut-, Horn- und Fransenleiden, Seydelstr. 9. 12-13, 3/6-1/8, S. Com. 9-11. **Tuchstoffe** Paletotstoffe — Chevots, Reste spottbillig. **Molkenmarkt 12-13** Carl Engel, „Ecks zur Rippe“.

